

Technische Universität Chemnitz
Philosophische Fakultät
Institut für Politikwissenschaft
Juniorprofessur Politikwissenschaftliche Forschungsmethoden
Studiengang: Politik in Europa
Abschluss: Master of Arts



TECHNISCHE UNIVERSITÄT
CHEMNITZ

Masterarbeit

Neumitglieder der Partei DIE LINKE in Sachsen 2011 – 2016:
Soziodemografische Struktur, Beitrittsmotivationen und Einstellungen

Eingereicht von: Kevin Scheibel, B.A.
Matrikel-Nr. und Email: 262592
kevin.scheibel@s2010.tu-chemnitz.de
Tag der Abgabe: 30.01.2017
Erster Prüfer: Jun.-Prof. Dr. Tom Mannewitz
Zweiter Prüfer: Prof. Dr. Eric Linhart

I Inhaltsverzeichnis

II	Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	4
III	Abkürzungsverzeichnis	6
1	Einleitung	7
1.1	Problemstellung	7
1.2	Forschungsstand I – Deutsche Literatur	10
1.3	Forschungsstand II – Ausgewählte internationale Literatur	13
1.4	Aufbau	15
2	Theoretische Vorüberlegungen und Erhebungsinstrument	16
2.1	Die Mitgliederbefragung 2016	16
2.2	DIE LINKE in Sachsen heute: Organisationsstruktur und Wahlergebnisse	17
2.3	Komplex I: Soziodemografie und Parteiaktivität	18
2.3.1	Theoretische Grundlagen: Ressourcen- und Cleavagetheorie	18
2.3.2	Operationalisierung im Fragebogen	20
2.4	Komplex II: Motivationale und Sozialpsychologische Beitrittsfaktoren	23
2.4.1	Theoretische Grundlagen I: Beitrittsmotive und Beitrittsimpulse	23
2.4.2	Theoretische Grundlagen II: Sozialpsychologischer Ansatz	26
2.4.2	Operationalisierung im Fragebogen	27
2.5	Komplex III: Ausgewählte Einstellungsfragen	31
2.5.1	Theoretische Grundlagen	31
2.5.2	Operationalisierung im Fragebogen	33
3	Durchführung der Mitgliederbefragung 2016	37
3.1	Online-Befragung	37
3.2	Postalische Befragung	38
3.3	Pretestphase und Probleme	39
4	Ergebnisse und Auswertung	41
4.1	Soziodemografie und Parteiaktivität	41
4.1.1	Soziodemografische Struktur der Neumitglieder	41
4.1.2	Gesellschaftliche Verwurzelung der Neumitglieder	48
4.1.3	Neumitglieder innerhalb der Parteistruktur	51
4.1.4	Soziodemografie im Vergleich von Stadt- und Flächenverbänden	58
4.2	Motivationale und Sozialpsychologische Beitrittsfaktoren	59
4.2.1	Auswertung der Beitrittsmotive und Beitrittsimpulse	59
4.2.2	Auswertung der sozialpsychologischen Einflussfaktoren	66
4.3	Auswertung der Einstellungsfragen	72
4.3.1	Wirtschaftliche Situation	72
4.3.2	Institutionenvertrauen	74
4.3.3	Materialismus und Postmaterialismus	77
4.3.4	Protestpotenzial und Regierungsverantwortung der Partei DIE LINKE ...	79
4.3.5	Demokratie	82

5 Zusammenfassung und Fazit	84
IV Literaturverzeichnis	87
V Anhang	91
Anh.1 Begleit- und Erinnerungsschreiben zur Befragung	91
Anh.2 Antworten der qualitativen Erhebung zu den Beitrittsimpulsen	93
VI Selbstständigkeitserklärung.....	101

II Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildungen

Abb.1	Logo der Mitgliederbefragung 2016	16
Abb.2	Soziodemografischer Komplex I	21
Abb.3	Soziodemografischer Komplex II	22
Abb.4	Erhebung motivationaler Einflüsse auf den Parteibeitritt	28
Abb.5	Erhebung von Interessen und Political Efficacy	30
Abb.6	Einstellungskomplex I: Einschätzung der wirtschaftlichen Situation	35
Abb.7	Einstellungskomplex II	36
Abb.8	Rücklaufquote der Online-Befragung im Zeitverlauf	38
Abb.9	Fragebogenkopf mit Identifikationsnummer und Datenschutzhinweis	39
Abb.10	Zusammensetzung nach Geschlecht	41
Abb.11	Zusammensetzung nach Alter	42
Abb.12	Zusammensetzung nach formaler Bildung	43
Abb.13	Zusammensetzung des Merkmals "Höchstens Hauptschulabschluss"	43
Abb.14	Zusammensetzung nach Erwerbsstatus	44
Abb.15	Zusammensetzung des Merkmals "in Ausbildung"	44
Abb.16	Zusammensetzung nach Beschäftigungsverhältnis	45
Abb.17	Zusammensetzung nach sub. Schichteinstufung	46
Abb.18	Zusammensetzung nach Gewerkschaftszugehörigkeit	47
Abb.19	Zusammensetzung nach Konfessionszugehörigkeit	47
Abb.20	Zusammensetzung nach Familienstand	48
Abb.21	Neumitglieder nach Eintrittsjahr	52
Abb.22	Neumitglieder nach Kreisverband I	53
Abb.23	Neumitglieder nach Kreisverband II	53
Abb.24	Neumitglieder nach Aktivität	55
Abb.25	Mitgliedschaft in BAG und LAG	56
Abb.26	Amts- und Mandatsträgerschaft	56
Abb.27	Formen der Parteiaktivität	57
Abb.28	Stadt-Land-Vergleich I: Geschlecht	58
Abb.29	Stadt-Land-Vergleich II: Altersgruppen	58
Abb.30	Einzel motive absteigend geordnet	59

Abb.31	Motivkomplexe absteigend geordnet	60
Abb.32	Individuelle Beitrittsimpulse (kategorisiert)	62
Abb.33	Mobilisierende Themen	64
Abb.34	Allgemeines politisches Interesse	66
Abb.35	Interesse für Politikebenen	67
Abb.36	Interesse für Politikfelder	68
Abb.37	Political Efficacy	69
Abb.38	Parteiinterne Efficacy	70
Abb.39	Institutionenvertrauen	74
Abb.40	Materialismus und Postmaterialismus I: Einzelne Items	77
Abb.41	Materialismus und Postmaterialismus II: Typen	78
Abb.42	Materialismus und Postmaterialismus III: Altersgruppen	79
Abb.43	Einstellungen zur Regierungsbeteiligung	79
Abb.44	Zustimmung für Regierungsbeteiligung nach Soziodemografie	80
Abb.45	DIE LINKE als Protestpartei	81
Abb.46	Haltung zur Demokratie als beste Staatsform	82
Abb.47	Demokratiezufriedenheit	83

Tabellen

Tab.1	Motivkomplexe und Beitrittsanreize	25
Tab.2	Inglehart-Index – Typologie	34
Tab.3	Gesellschaftliche Verwurzelung der Neumitglieder in Sachsen	49
Tab.4	Rekrutierungsfähigkeit der sächsischen LINKEN nach Kreisen	54
Tab.5	Mittelwerte der einzelnen Aktivitäten	57
Tab.6	Korrelationen zwischen Soziodemografie und Motivkomplexen	65
Tab.7	Zusammenhang zwischen Parteiaktivität und parteiinterner Efficacy	71
Tab.8	Lageparameter zur wirtschaftlichen Situation	72
Tab.9	Einschätzung der wirtschaftlichen Situation	72
Tab.10	Wirtschaftliche Situation in Abhängigkeit zur sub. Schichteinstufung	73
Tab.11	Institutionenvertrauen	75
Tab.12	Zusammenhang zwischen Alter und Institutionenvertrauen	76
Tab.13	Korrelationen zur Demokratiezufriedenheit	83

III Abkürzungsverzeichnis

DP 2009	Deutsche Parteimitgliederstudie von 2009
et al.	„und weitere“ (Autoren)
Mitgliederbefragung 2016	Bezeichnung der vorliegenden Studie
Neumitglieder	Beschriftung für die Ergebnisse der vorliegenden Studie in Abbildungen und Tabellen
PP 1998	Potsdamer Parteimitgliederstudie von 1998
SOE	Landkreis / Kreisverband Sächsische Schweiz-Osterzgebirge

1 Einleitung

1.1 Problemstellung

Die Parteimitgliedschaft in Deutschland kennzeichnet sich vor allem durch einen stetigen Rückgang der Mitgliederzahlen in fast allen etablierten Parteien. Waren 1990 noch 3,65 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung Mitglieder einer Partei, so sank der relative Anteil etwa bis zum Jahr 2013 auf nunmehr 1,81 Prozent.¹ Auch der Vergleich der sächsischen Landesverbände bestätigt diese Entwicklung: So besitzen alle im sächsischen Parlament vertretenen Parteien mit Ausnahme von AfD und Grünen eine tendenziell schrumpfende Mitgliederbasis bzw. Rekrutierungsfähigkeit.² Als zentraler und verfassungsmäßig vorgesehener Teil der politischen Willensbildung in der repräsentativen, bundesdeutschen Demokratie sind Parteien jedoch auf Mitglieder angewiesen, um ihre Funktionen innerhalb des politischen Systems möglichst optimal erfüllen zu können.³ Dabei können besonders Transmissions-, Integrations- und Sozialisationsfunktion durch niedrige Mitgliederzahlen negativ beeinträchtigt werden, da die Anhänger einer Partei letztlich ein wichtiges Bindeglied zwischen Gesellschaft und politischen System darstellen, bzw. die Partei als „lebendige Verbindung zwischen Staatsvolk und politischen Eliten“⁴ auszeichnen.

Zahllose Programmentwürfe der Parteien zur Neumitgliedergewinnung und wissenschaftliche Publikationen zum Thema Mitgliederschwund unterstreichen die Wahrnehmung schrumpfender Mitgliederzahlen als Krisenphänomen der heutigen Parteiendemokratie. Eine breite Mitgliederbasis stellt neben dem angesprochenen gesellschaftlichen Linkage auch eine wichtige Ressourcenquelle für Parteien dar: Einerseits generieren Mitgliedsbeiträge und Spenden eine Haupteinnahmequelle in den Finanzhaushalten aller Parteien, andererseits bildet die eigene Anhängerschaft den primären Pool zur Rekrutierung politischen Personals auf allen Ebenen. Ein generelles Interesse von Parteien an effektiven Methoden zur Neumitgliedergewinnung ist daher naheliegend. Die vielfältigen Gründe für das schwindende Interesse an Parteimitgliedschaften wurden in der wissenschaftlichen Literatur bis heute bereits ausführlich erläutert⁵: Neben dem Wegfall sozialer Milieus und Klassen sowie der damit verbundenen Tendenz zu sozialer Mobilität wird vor allem die Entwicklung hin zu einer postmaterialistischen Lebensweise betont, in der individuelle Selbstverwirklichung und Freizeit einen höheren Stellenwert genießen. Auch die historische Rolle der Partei als

¹ Niedermayer, Oskar: Parteimitglieder in Deutschland: Version 2015, Berlin 2015, S. 4.

² Ebenda, S. 5-14.

³ Spier, Tim et al. (Hg.): Parteimitglieder in Deutschland, Wiesbaden 2011, S. 27.

⁴ Ebenda, S. 16.

⁵ Wiesendahl 2006; Kleinert 2007; Niedermayer 2009; Bukow 2013; Kölln 2015.

Hauptlieferant politischer Informationen sei angesichts eines wachsenden Medienangebots und fortschrittlicher Kommunikationstechnologie mehr und mehr verdrängt worden. Insgesamt ist jedoch festzustellen: Die Parteimitgliedschaft kann und konnte zu keinem Zeitpunkt als Massenphänomen in der Bundesrepublik bezeichnet werden.⁶ Zwar gelang es insbesondere CDU und SPD in den 1970ern und 1980ern ihre Mitgliederbasis stark zu erweitern, wodurch ein Höchststand von knapp unter zwei Millionen Mitgliedern in Deutschland erreicht wurde, im Vergleich zur Wahlbeteiligung stellte die Parteimitgliedschaft jedoch auch zu dieser Zeit keine gesellschaftlich weitverbreitete Beteiligungsform in Deutschland dar.⁷

Aus diesem Grund ist es naheliegender, zu untersuchen, aus welchen Motiven sich Menschen heute für den Eintritt in eine Partei entscheiden, anstatt der Frage nachzugehen, warum es die Mehrheit nicht tut. Dabei ist es auch notwendig, die sozioökonomische Zusammensetzung und politischen Einstellungen der (Neu-)Mitglieder zu erfassen, um schlussendlich ein umfassendes Bild über die Mitgliederstruktur einer Partei zu erhalten. Neben der absoluten Mitgliederzahl und einigen grundlegenden Informationen über Regional-, Alters- und Geschlechterverteilung, welche aus den Mitgliederdatenbanken der Parteien entnommen werden können, ist allgemein wenig über diese Zusammensetzung bekannt. Variablen, die etwa Auskunft über die formale Bildung, Konfessionszugehörigkeit oder den Erwerbsstatus geben, oder sich mit komplexeren Einstellungs- und Motivationsfragestellungen befassen, müssen erst im Rahmen statistischer Erhebungen ermittelt werden.⁸

Das Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, ein solches umfassendes Bild der Neumitgliederstruktur am Beispiel des sächsischen Landesverbandes der Partei DIE LINKE herzustellen. Dabei soll jeder der drei genannten Komplexe – soziodemografische Struktur, politische Einstellungen und Beitrittsmotivationen – sowie deren Beziehungen und Korrelationen zueinander mittels einer empirischen Umfrage unter den Parteimitgliedern erforscht und erläutert werden. Die Problemstellung gliedert sich demnach zusammenfassend in vier Teilfragen:

- Wie setzen sich die Neumitglieder der Partei soziodemografisch zusammen?
- Was bewegt Menschen in Sachsen zum Beitritt in die Partei DIE LINKE?
- Welche (politischen) Einstellungen vertreten sie?
- Gibt es Zusammenhänge zwischen verschiedenen Merkmalen?

⁶ Wiesendahl, Elmar: Mitgliederparteien am Ende? Eine Kritik der Niedergangsdiskussion, Wiesbaden 2006, S.44.

⁷ Spier et al. 2011, S. 61.

⁸ Ebenda, S. 31.

Mit 8483 Mitgliedern⁹ ist der sächsische Landesverband bundesweit der größte innerhalb der LINKEN und der zweitgrößte im Vergleich zu allen anderen Landesparteien in Sachsen. DIE LINKE ist seit der ersten Wahlperiode 1990 im sächsischen Parteiensystem etabliert und politisch sowohl auf kommunaler als auch auf Landesebene als stärkste Oppositionspartei im Landtag personell und organisatorisch fest verankert. Vielmals als „ostdeutsche Volkspartei“¹⁰ deklariert, vereint DIE LINKE heute in sich ein breites Personenspektrum innerhalb ihrer Mitgliederstruktur über alle Altersklassen, Bildungsschichten und sozialen Milieus hinweg (siehe Abschnitt 4.1.1). Sie eignet sich daher sehr gut als exemplarisches Beispiel für die vorliegende Arbeit, welche in Bezug auf die Durchführung der Datenerhebung gemeinsam mit der sächsischen Landesgeschäftsstelle der LINKEN, speziell der Bereiche *Strategieentwicklung, -beratung und öffentliches Wirken* sowie *Unterstützung Kreisverbände, Landesweite Zusammenschlüsse, Material, Mitgliedergewinnung, -betreuung*, angefertigt wurde. Die Kooperation beschränkte sich hierbei jedoch lediglich auf logistische und organisatorische Aufgaben, um einen reibungslosen Ablauf für die Befragung der fast 1000 Neumitglieder, die im Zeitraum 2011 bis Mai 2016 in die Partei eingetreten sind, zu gewährleisten. Die theoretische Ausarbeitung und die Analyse der erhobenen Daten erfolgte hingegen unabhängig und allein durch den Verfasser.

Um Vergleichbarkeit mit anderen Studien herzustellen, orientiert sich die Arbeit methodisch schwerpunktmäßig an den bisher einzigen beiden deutschen Studien, die eine vergleichende Betrachtung der Mitgliederbasis aller im Bundestag vertretenen Parteien als Forschungsgegenstand behandeln: Eine bundesweit repräsentative Befragung wurde erstmalig mit der „Potsdamer Parteimitgliederstudie“ von 1998 unter der Leitung von Wilhelm Bürklin durchgeführt. Als deren gezielte "Fortschreibung“¹¹ führten Ulrich von Alemann und Markus Klein elf Jahre später die „Deutsche Parteimitgliederstudie 2009“ durch, deren Fragebogen nahezu deckungsgleich mit dem der erstgenannten Studie war und dessen Komponenten auch für die Erhebung der Daten für die vorliegende Arbeit verwendet wurden. Eine weitere Orientierung lieferte die Studie „Tomorrow’s Leaders?: Understanding the Involvement of Young Party Members in Six European Democracies“ von Michael Bruter und Sarah Harrison, ebenfalls aus dem Jahr 2009, welche besonders mit Blick auf die Fragen zu den politischen Einstellungen und der Parteiaktivität der Befragten deutlich wird.

⁹ Mitgliederdatenbank des Landesverbandes DIE LINKE. Sachsen vor Beginn der Erhebung am 31. Mai 2016.

¹⁰ Neu, Viola: Die Linke: eine Volkspartei?, in: Kronenberg, Volker/Mayer, Tilman (Hg.): Volksparteien: Erfolgsmodell für die Zukunft? Konzepte, Konkurrenzen und Konstellationen, Freiburg 2009, S.190.

¹¹ Spier et al. 2011, S.32.

Gerade auf Ebene der Länder finden sich innerhalb der Parteienforschung bisher nur sehr wenige Beispiele, bei denen die Mitgliederstruktur einzelner oder mehrerer Landesverbände umfassender empirisch untersucht wurde. Da sich auch die o.g. genannten Forschungsprojekte ausschließlich allgemein auf alle Parteien der Bundesebene bzw. auf einen europäischen Ländervergleich beziehen, gilt es zudem, einerseits einen sächsischen Bezug und andererseits einen parteispezifischen Bezug innerhalb der Befragung herzustellen.

1.2 Forschungsstand I – Deutsche Literatur

Parteimitglieder stellen seit vielen Jahren ein großes Forschungsfeld innerhalb der deutschen Parteienforschung dar.¹² Überblickartige Zusammenfassungen bieten hierbei zunächst - und primär für die Bundesebene - allgemeinere Werke wie etwa das „Handbuch Parteienforschung“¹³ von Oskar Niedermayer, das „Handbuch der deutschen Parteien“¹⁴ von Frank Decker und Viola Neu sowie „Parteien – Parteiensysteme – Parteienforschung“¹⁵ von Uwe Andersen. Aufgrund ihres inhaltlichen Schwerpunkts, lediglich überblicksartiges Wissen zu vermitteln, skizzieren diese in eher kürzeren Abschnitten vorrangig einige wesentliche soziodemografische Merkmale von Parteimitgliedern. Vergleichbare Werke, die sich auf Parteien im Freistaat Sachsen beziehen sind etwa „Politik in Sachsen“¹⁶ von Eckhard Jesse et al., „Parteien in Sachsen“¹⁷ von Christian Demuth und Jakob Lempp und „Sachsen seit der Friedlichen Revolution“¹⁸ von Konstantin Herrmann.

Einen tieferen Einblick in statistische Kennwerte bietet hingegen die Publikation „Parteimitglieder in Deutschland“¹⁹ von Oskar Niedermayer, welche im Jahreszyklus bei den Arbeitsheften des Otto-Stammer-Zentrums der Freien Universität Berlin erscheint. Neben Längsschnittdarstellungen zu den Mitgliederzahlen einzelner Parteien auf Bundes- und Landesebene sowie deren Rekrutierungsfähigkeit, werden Bezüge zwischen soziodemografischen Merkmalen und verschiedenen Parteien hergestellt. So beschäftigt sich die Publikation etwa mit den Parteieintritten nach Altersgruppen oder der Repräsentation von

¹² Die Ausführungen zum Forschungsstand in diesem Abschnitt sowie in Abschnitt 1.3 beziehen sich ausschließlich auf Arbeiten, die im akademisch-wissenschaftlichen Rahmen entstanden sind. Vernachlässigt werden demnach interne Umfragen die von einzelnen Parteien selbst durchgeführt wurden und deren Methoden sich zwar an denen der empirischen Sozialforschung orientieren, jedoch aufgrund fehlender Transparenz sowie eines mangelnden wissenschaftlichen Anspruchs an dieser Stelle nicht erwähnt werden.

¹³ Niedermayer, Oskar (Hg.): Handbuch Parteienforschung, Wiesbaden 2013

¹⁴ Decker, Frank/Neu, Viola (Hg.): Handbuch der deutschen Parteien, Wiesbaden 2007

¹⁵ Andersen, Uwe (Hg.): Parteien – Parteiensysteme – Parteienforschung, Schwalbach 2009.

¹⁶ Jesse, Eckhard et al.: Politik in Sachsen, Wiesbaden 2014.

¹⁷ Demuth, Christian/Lempp, Jakob (Hg.): Parteien in Sachsen, Dresden und Berlin 2006.

¹⁸ Herrmann, Konstantin (Hg.): Sachsen seit der friedlichen Revolution. Tradition, Wandel, Perspektiven, Markleeberg 2010.

¹⁹ Niedermayer 2015.

Frauen und jüngeren Generationen. Auch Informationen zu Eintritten, Austritten und Todesfällen innerhalb der verschiedenen Parteien sind ein inhaltlicher Schwerpunkt, wobei diese sich auf die absoluten Zahlen beschränken und keine Auskunft über individuelle Motivationen geben. Dennoch stellt „Parteimitglieder in Deutschland“ eine wichtige Orientierung zu Beginn empirischer Parteimitgliederstudien dar und ermöglicht im soziodemografischen Bereich parteiübergreifend vergleichende Betrachtungen.

Schließlich stellen die bereits erwähnten Arbeiten „Potsdamer Parteimitgliederstudie“ von 1998 und die „Deutsche Parteimitgliederstudie 2009“, deren Ergebnisse 2011 im Buch „Parteimitglieder in Deutschland“²⁰ veröffentlicht wurden, mit ihrem Fokus auf empirischer Sozialforschung den bisherigen Höhepunkt innerhalb der deutschen Parteimitgliederforschung dar. Neben dem angesprochenen Bezug zu Beitrittsmotivationen und politischen Einstellungen beschäftigen sich die Autoren zudem mit Zufriedenheit und Erwartungshaltungen von Mitgliedern gegenüber ihren jeweiligen Parteien und der Frage, welche individuellen und gesellschaftlichen Gründe zum Parteiaustritt führen können.

Eng verknüpft mit der Parteimitgliederforschung ist besonders in der Literatur des beginnenden 21. Jhd. das Phänomen des Mitgliederschwunds, wobei sich sowohl die politische Theorie und Ideengeschichte, als auch Vertreter der Systemlehre, mit der eigentlichen Rolle von Mitgliedern innerhalb der Parteien sowie den Gründen für abnehmende Beitrittszahlen beschäftigen. Letztere werden in der Wissenschaft weitestgehend als Problem in heutigen Parteiendemokratien aufgefasst. So beschäftigte sich etwa Colin Crouch 2004 (dt. Ausgabe 2008) in „Postdemokratie“²¹ mit der tragenden Rolle von Parteimitgliedern als Bindeglied zwischen Demokratie und Gesellschaft und kritisierte die Entwicklung moderner Parteien hin zu Organisationen, die in seiner Auffassung nur von wenigen Eliten geleitet werden.²² Auch in Hubert Kleinerts „Abstieg der Parteiendemokratie“²³, Nicolai Doses „Warum schrumpfen Mitgliederparteien?“²⁴ und Oskar Niedermayers „Abkehr von Parteien?“²⁵ werden abnehmende Mitgliederzahlen u.a. als Folge einer Verlagerung von Kompetenzen nach Europa, den immer komplexer werdenden politischen Prozessen, fehlenden „großen Leitideen“²⁶ in Parteien sowie dem Wegbrechen

²⁰ Spier et al. 2011.

²¹ Crouch, Colin: Postdemokratie, Bonn 2008.

²² Vgl. ebenda, S.91ff.

²³ Kleinert, Hubert: Abstieg der Parteiendemokratie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 2007, Bd. 57, H. 35-36, S. 3-11.

²⁴ Dose, Nicolai: Warum schrumpfen Mitgliederparteien?, in: Gesellschaft, Wirtschaft, Politik, Jg. 61 (2012), Heft 3, S.293-302.

²⁵ Niedermayer, Oskar et al. (Hg.): Abkehr von Parteien? Parteiendemokratie und Bürgerprotest, Wiesbaden 2013.

²⁶ Kleinert 2007, S.11.

traditioneller sozialer Milieus (Arbeiterschaft) und einer generellen Politikverdrossenheit als eine Krise der Demokratie aufgefasst. Erst in den letzten Jahren befasste sich die Politikwissenschaft vermehrt mit möglichen Auswegen und Lösungen. Beispiele hierfür finden sich etwa in den Werken „Die professionalisierte Mitgliederpartei“²⁷ von Sebastian Bukow und „Zukunft der Mitgliederparteien“²⁸ von Oskar Niedermayer in denen vor allem die Modernisierung von Parteien mittels neuer Kommunikationstechniken und einem stärkeren Fokus auf eine professionelle Parteispitze als möglicher Umgang mit dem Mitgliederschwund und Abkehr von der „vereinsartigen Mitgliederpartei“²⁹ vorgeschlagen werden.³⁰ Weitere Ansätze liefern die zahlreichen Rekrutierungskonzepte, die sowohl von Parteien³¹, als auch in wissenschaftlichen Publikationen³² der letzten Jahre entwickelt wurden, jedoch für die vorliegende Arbeit von eher niedriger Bedeutung sind.

Wichtiger hingegen sind an dieser Stelle Arbeiten, die sich ebenso wie die beiden bereits mehrfach genannten gesamtdeutschen Parteimitgliederstudien von Bürklin und Alemann/Klein mittels Methoden der empirischen Sozialforschung den Mitgliedern als statistische Merkmalsträger nähern. Deren Anzahl ist aus deutscher Sicht recht überschaubar und wie etwa im Fall von „Parteien, Parteieliten und Mitglieder in einer Großstadt“³³ von Walter-Rogg/Gabriel aus dem Jahr 2004, die sich auf eine telefonische Umfrage unter Stuttgarter Parteimitgliedern stützen, oft auf kleinere Regionen begrenzt. Nur wenige weitere Arbeiten, wie etwa „Partizipation in politischen Parteien“³⁴ von Markus Klein aus dem Jahr 2006, beschäftigen sich mit dem gesamten Parteiensystem im bundesdeutschen Kontext.

Auf Länderebene findet sich ebenfalls nur eine geringe Zahl an Beispielen, bei denen empirische Methoden mit Bezug auf Parteimitglieder durchgeführt wurden. Zu nennen sind an dieser Stelle „Neumitglieder im Visier: Das Rekrutierungsmanagement der politischen

²⁷ Bukow, Sebastian: Die professionalisierte Mitgliederpartei, Wiesbaden 2013.

²⁸ Niedermayer, Oskar (Hg.): Die Zukunft der Mitgliederparteien, Opladen & Farmington Hills 2009.

²⁹ Bukow 2013, S.250.

³⁰ Weitere Arbeiten: Biehl 2004 und 2005; Mielke 2007; Schlönvoigt 2008; Niedermayer 2009; Burmester 2015; Köln 2015.

³¹ Beispielhaft hierfür: Der „Aktionsplan Mitgliedergewinnung“ und die Kampagne „Partei ergreifen, Mitglied werden“ von Bündnis 90/DIE GRÜNEN; Die Kampagne „Farbe bekennen, Mitglied werden“ der CDU; Die Kampagne „Mobilitätsoffensive“ und das Programm „Partei in Bewegung“ der SPD; der „Arbeitskreis Mitgliedergewinnung“ innerhalb des FDP- Landesverbandes Schleswig-Holstein; Das Projekt „LINKE 2020“ der Partei DIE LINKE.

³² Beispielhaft hierfür: Burmester 2015; Köln 2015; Decker 2014 et al.; Schlönvoigt 2008; Florack et al. 2005.

³³ Walter-Rogg, Melanie/Gabriel, Oskar W. (Hg.): Parteien, Parteieliten und Mitglieder in einer Großstadt, Wiesbaden 2004.

³⁴ Klein, Markus: Partizipation in politischen Parteien. Eine empirische Analyse des Mobilisierungspotenzials politischer Parteien sowie der Struktur innerparteilicher Partizipation in Deutschland, in: Politische Vierteljahresschrift, Bd. 47 (2006), H.1, S.35-61.

Nachwuchsorganisationen am Beispiel der NRW-Landesverbände³⁵ von Alexander Stock aus dem Jahr 2008, „Parteien und Parteimitglieder in der Region. Sozialprofil, Einstellungen, innerparteiliches Leben und Wahlentscheidung in einem ostdeutschen Bundesland – Das Beispiel Sachsen-Anhalt“³⁶ von Boll/Holtmann und „Das Parteiensystem Sachsens“³⁷ von Algasinger/Patzelt. Häufiger als mit dem gesamten Parteienspektrum beschäftigen sich Studien hingegen, ebenso wie die vorliegende Arbeit, mit einzelnen Parteien, insbesondere der CDU³⁸ und SPD³⁹. Für die PDS/LINKE existiert bisher eine einzige größere akademische Studie von Michael Chrapa und Dietmar Wittich, die 2001 unter dem Titel „Die Mitgliedschaft, der große Lümmel, Forschungsbericht zur Mitgliederbefragung der PDS 2000“⁴⁰ erschien. Die bundesweite Befragung erfolgte postalisch mittels 5000 verschickten Fragebögen und beinhaltete neben der Erfassung von grundlegenden soziodemografischen Merkmalen und Einstellungen vorrangig eine parteiinterne Themenagenda zur Organisationsstruktur, Zufriedenheit mit der Parteimitgliedschaft und Erwartungshaltungen bezüglich des politischen Kurses. Ein umfassender Bezug auf Beitrittsmotivationen oder der fokussierte Blick auf Neumitglieder als Spiegel aktuellerer politischer Entwicklungsprozesse erfolgte hingegen nicht.

1.3 Forschungsstand II – Ausgewählte internationale Literatur

Ältere Studien, die sich insbesondere mit der politischen Partizipation und der Bereitschaft, politischen Gruppierungen beizutreten, finden sich insbesondere in der englischsprachigen Literatur nach dem Erscheinen der beiden Studien „Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments“⁴¹ von 1967 und „Participation in America. Political Democracy and Social Equality“⁴² von 1972, die erstmalig versuchten, Modelle zur Erklärung von Partizipation (Cleavagetheorie und Ressourcenmodell) zu erstellen und deren Inhalte in späteren Abschnitten der vorliegenden Arbeit näher beleuchtet werden. Eine einstellungsorientierte

³⁵ Stock, Alexander: Neumitglieder im Visier: Das Rekrutierungsmanagement der politischen Nachwuchsorganisationen am Beispiel der NRW-Landesverbände, Marburg 2008.

³⁶ Boll, Bernhard/Holtmann, Everhard (Hg.): Parteien und Parteimitglieder in der Region. Sozialprofil, Einstellungen, innerparteiliches Leben und Wahlentscheidung in einem ostdeutschen Bundesland – Das Beispiel Sachsen-Anhalt, Wiesbaden 2001.

³⁷ Algasinger, Karin/Patzelt, Werner: Das Parteiensystem Sachsens, in: Niedermayer Oskar (Hg.): Intermediäre Studien in Ostdeutschland, Opladen 1996, S.237-262.

³⁸ Falke 1982; Bürklin et al. 1997; Neu 2007.

³⁹ Butzlaff/Hambauer 2014.

⁴⁰ Chrapa, Michael/Wittich Dietmar: Die Mitgliedschaft, der große Lümmel, Forschungsbericht zur Mitgliederbefragung der PDS 2000, Berlin/Halle 2001.

⁴¹ Lipset, Seymour M./Rokkan, Stein: Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments, in: Lipset, Seymour M./Rokkan, Stein (Hg.): Party Systems and Voters Alignments. Cross-National Perspectives, New York 1967, S. 1-64.

⁴² Nie, Norman/Verba, Sidney: Participation in America. Political Democracy and Social Equality, New York 1972.

Herangehensweise zur Erklärung politischer Partizipation, basierend auf Politikinteresse und Political Efficacy, wurde des Weiteren von Fishbein/Ajzen ebenfalls 1972 veröffentlicht.⁴³ Diese berücksichtigt insbesondere den politischen Sachverstand des Befragten und dessen subjektives Gefühl, inwieweit das politische System offen für individuelle Partizipation ist.

Spätere Studien, wie etwa „Labours Grass Roots. The Politics of Party Membership“ (1992), „Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics“⁴⁴ (1995), und „Party Membership and Participation“⁴⁵ (2006) vertieften und ergänzten die eingangs erwähnten früheren Werke, etwa um den General-Incentives-Ansatz, einem Anreizmodell für Parteibeitritte, der ebenfalls eine Grundlage für die nachfolgenden Ausführungen in späteren Abschnitten dieser Arbeit darstellt.

Ausländische Studien zu Parteimitgliedern wurden in einer Vielzahl von Ländern durchgeführt. Nur wenige beinhalten jedoch den internationalen Vergleich. Ein wichtiges aktuelles Beispiel hierfür, welches bereits an früherer Stelle in dieser Arbeit erwähnt wurde, stellt „Tomorrow’s Leaders?: Understanding the Involvement of Young Party Members in Six European Democracies“⁴⁶ von Michael Bruter und Sarah Harrison dar. Diese beschäftigten sich im Speziellen mit jüngeren Parteimitgliedern in sechs europäischen Ländern und befragten diese nach ihren Erwartungshaltungen in Bezug auf die Mitgliedschaft sowie ihrer innerparteilichen Aktivität und Prioritäten. Ausgehend von den gewonnenen Erkenntnissen wurde ein dreidimensionales Modell bestehend aus einer professionellen (professional-minded), einer sozialen (social-minded) und einer moralischen (moral-minded) Orientierung erstellt, in das die Mitglieder eingeordnet und sowohl im nationalen als auch im europäischen Kontext miteinander verglichen werden konnten. Die Arbeit beinhaltete neben Einstellungsfragen auch motivationale Items, wie etwa die Frage nach dem Wunsch, ein Amt oder ein Mandat wahrzunehmen oder wie wichtig Freundschaften oder Verdienstmöglichkeiten innerhalb der Partei für den jeweiligen Befragten sind bzw. einen Anreiz darstellen.

⁴³ Fishbein, Martin/Ajzen, Icek: Beliefs, Attitudes, Intentions and Behaviour. An Introduction to Theory and Research, Reading (Mass.) 1972.

⁴⁴ Verba, Sidney/Schlozmann, Kay L./Brady, Henry E.: Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics. Cambridge (Mass.) 1995.

⁴⁵ Heidar, Knut: Party Membership and Participation, in: Katz, Richard S./Crotty, William J. (Hg.): Handbook of Party Politics, London u.a. 2006, S. 301-315.

⁴⁶ Bruter, Michael/Harrison Sarah; Tomorrow’s Leaders?: Understanding the Involvement of Young Party Members in Six European Democracies, in: Comparative Political Studies 42, 2009.

1.4 Aufbau

Inhaltlich gliedert sich die vorliegende Arbeit zunächst in zwei größere Abschnitte:

Im ersten Teil (Kapitel 2 und 3) erfolgt zunächst die Einführung in die theoretischen Grundlagen und definitorische Eingrenzungen, welche maßgeblich auf der Herangehensweise der deutschen Parteimitgliederstudie von 2009 basieren, jedoch stellenweise um weitere Elemente ergänzt wurden. Ebenso enthält dieser Abschnitt der Arbeit mit einer kurzen Ausführung zur LINKEN und ihrer Mitglieder in Sachsen, d.h. deren Organisationsstruktur und Bedeutung im Kontext der letzten Wahlergebnisse, eine Beschreibung des Forschungsgegenstandes. Schließlich wird der erste Teil der Arbeit mit einem Kapitel zur Durchführung der empirischen Befragung beendet. In diesem Abschnitt stehen nicht nur methodische Überlegungen und die Vorstellung der Fragebogenitems im Vordergrund, sondern auch Herausforderungen und Probleme, die während des Forschungsprozesses aufgetreten sind sowie die Auswertung der Pretests.

Im zweiten Teil (Kapitel 4 bis 7) der Arbeit erfolgt schließlich die Auswertung der empirisch gewonnenen Daten geordnet nach den drei großen Themenkomplexen Soziodemografie/Parteiaktivität (Komplex I), Beitrittsmotivationen (Komplex II) und Einstellungen (Komplex III). Dabei werden die Ergebnisse jedes Komplexes zunächst einzeln deskriptiv dargestellt und analysiert. Korrelationen zwischen den Bereichen, d.h. vordergründig Zusammenhänge der Einstellungs- und Motivationsmerkmale in Abhängigkeit soziodemografischer Items, werden jeweils während oder am Ende eines Komplexes untersucht und erläutert. Den Schluss der Arbeit markiert eine kompakte Zusammenfassung der Forschungsergebnisse, ein abschließendes Fazit zur Neumitgliederstruktur der Partei DIE LINKE in Sachsen sowie ein Ausblick auf mögliche zukünftige Forschungsprojekte.

2 Theoretische Vorüberlegungen und Erhebungsinstrument

2.1 Die Mitgliederbefragung 2016

Die vorliegende Querschnittsstudie wurde innerparteilich unter dem Label „Mitgliederbefragung 2016“ (Abb.1) vom Autor in Kooperation mit dem Landesverband Sachsen durchgeführt und beinhaltet die – in der Einleitung bereits erwähnten – drei Themenkomplexe, deren theoretische Grundlagen und Operationalisierung in den folgenden Abschnitten ausführlich erläutert werden:

- Komplex I: Soziodemografie und Parteiaktivität
- Komplex II: Motivationale und Sozialpsychologische Einflüsse auf den Parteibeitritt
- Komplex III: Ausgewählte Einstellungsfragen

Als Grundgesamtheit für die Befragung wurden im Vorfeld alle Mitglieder der Partei DIE LINKE in Sachsen definiert, die in den letzten fünf Jahren, d.h. zwischen dem 1. Januar 2011 und dem 31. Mai 2016, in die Partei eingetreten sind und zu letzterem Zeitpunkt noch Parteimitglieder waren. Diese werden im Folgenden auch als Neumitglieder bezeichnet. Die Bestimmung des Beitrittszeitraums erfolgte aus der Motivation, eine Vergleichbarkeit mit der Deutschen Parteimitgliederstudie von Spier et al., welche 2009 durchgeführt und 2011 veröffentlicht wurde, zu ermöglichen. Auf diese Art und Weise kann die in dieser Studie thematisierte Gruppe von Neumitgliedern in Sachsen, mit der Gesamtheit der (bundesdeutschen) Altmitglieder bei Spier et al. optimal verglichen werden und dennoch der Bezeichnung „Neumitglieder“, als eine Personengruppe, die in den letzten fünf Jahren eingetreten sind, angemessen gerecht werden.

Als Erhebungsinstrument diente im Zeitraum vom 11. Juli bis 31. September 2016 ein Fragebogen bestehend aus 87 Variablen, welcher den insgesamt 873 Befragten entweder postalisch oder online zu Verfügung gestellt wurde (Näheres zur Durchführung der Erhebung in Kapitel 3) und dessen schrittweise Erstellung ebenfalls in den nachfolgenden Abschnitten erläutert wird.



Mitgliederbefragung 2016
DIE LINKE.

Abb.1: Logo der Mitgliederbefragung 2016, eigene Grafik.

2.2 DIE LINKE in Sachsen heute: Organisationsstruktur und Wahlergebnisse

Der sächsische Landesverband der Partei DIE LINKE umfasst insgesamt 8483 Mitglieder, die sich drei verschiedenen, vertikal aufgebauten Organisationsebenen zuordnen lassen. Jede Organisationsebene wählt eigene Vorstände zur parteiinternen Vertretung. Die unterste Ebene ist der Ortsverband und umfasst meist die Mitglieder einer Stadt, inklusive der zugehörigen Gemeinden („Die Mitglieder der Ortsverbände bilden die Basis für die politische Arbeit in den Städten und Gemeinden.“⁴⁷). Die zweite Organisationsebene bildet der Kreisverband, welcher – wie bereits der Name assoziiert – alle Parteimitglieder eines Landkreises umfasst. Der Landesverband gliedert sich in 13 Kreisverbände, die sich an den Kreisen des Freistaats Sachsen orientieren und in zwei Fällen⁴⁸ nur namentlich, nicht jedoch geografisch, von ihnen abweichen. In den folgenden Teilen der Arbeit, insbesondere im Abschnitt 4.1.4, in dem der soziodemografische Vergleich von Stadt- und Flächenverbänden erfolgt, werden alle Kreisverbände mit Ausnahme der Stadtverbände Chemnitz, Dresden und Leipzig als Flächenverbände definiert. Die oberste Organisationsebene bildet schließlich der Landesverband mit dem Landesvorstand als höchstes Parteigremium in Sachsen.

Zu den letzten Landtagswahlen 2014 erreichte DIE LINKE ein Ergebnis von 18,9 Prozent, was einer Zahl von 27 Abgeordneten entspricht. In den Kreistagswahlen im gleichen Jahr wurde hingegen ein Gesamtergebnis von 16,6 Prozent⁴⁹ erzielt. In beiden Fällen stellten die Ergebnisse die zweitstärksten hinter denen der CDU dar.

⁴⁷ Onlinepräsenz der Partei DIE LINKE.Sachsen, in: <https://www.dielinke-sachsen.de/partei/vor-ort/> (Letzter Zugriff: 01.01.17).

⁴⁸ Landkreis Leipzig (KV Westsachsen) und Landkreis Nordsachsen (KV Nordwestsachsen).

⁴⁹ Sachsen.de (Hg.): Wahlergebnisse der Kreistagswahl 2014, in: https://www.statistik.sachsen.de/wpr_neu/pkg_s10_erg_kt.prc_erg_kt?p_bz_bzid=KT14&p_ebene=SN&p_ort=14&p_wart=KT (Letzter Zugriff: 01.01.17).

2.3 Komplex I: Soziodemografie und Parteiaktivität

2.3.1 Theoretische Grundlagen: Ressourcen- und Cleavagetheorie

Einen ersten Ansatz zur Klärung der Frage, warum Menschen sich als Mitglied einer bestimmten Partei anschließen, liefern die Cleavagetheorie nach Lipset/Rokkan von 1967 sowie die Ressourcentheorie nach Verba/Nie von 1972, welche bereits im Abschnitt zum Forschungsstand erwähnt wurden.

Die Ressourcentheorie geht von der Annahme aus, dass das Individuum für den Parteibeitritt über eine Reihe von partizipationsrelevanten- bzw. fördernden Ressourcen verfügen muss, die in drei Faktoren unterschieden werden können:⁵⁰

- Kenntnisse und Fähigkeiten, die für die politische Partizipation notwendig oder hilfreich sind. Hierzu zählen sowohl kommunikative als auch kognitive Fertigkeiten, die dem Einzelnen etwa ermöglichen, seine eigenen Ansichten gegenüber anderen Personen zu artikulieren oder komplexe Zusammenhänge und Informationen zu erfassen, einzuordnen und auf sie zu reagieren.
- Die Zeit, die der Einzelne für die politische Arbeit aufwenden kann.
- Die verfügbaren finanziellen Mittel, um den Erfordernissen bestimmter Aktivitäten nachzukommen.

Ausgehend von der Folgerung, dass sich besonders ressourcenstarke Personen eher für einen Parteibeitritt entscheiden, sind eine Reihe Thesen aus der Ressourcentheorie ableitbar, die sich auf die Wahrscheinlichkeit beziehen, mit der sich bestimmte Individuen oder soziale Gruppen für einen Eintritt entscheiden. So ist etwa anzunehmen, dass Menschen mit höherer Bildung in leitenden beruflichen Positionen im Gegensatz zu niedrig gebildeten Menschen mit weniger anspruchsvollen beruflichen Tätigkeiten in Parteien überrepräsentiert sind, da sie eher über praktische Kenntnisse hinsichtlich Argumentation, Planung und dem Verstehen grundsätzlicher politischer Zusammenhänge verfügen.⁵¹ Ebenfalls überrepräsentiert sind, der Ressourcentheorie zu folge, Personen, die über ein hohes Maß der Ressource Zeit, wie etwa Rentner oder Nichterwerbstätige, oder über ein größeres Einkommen verfügen. Auch die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Berufsgruppe kann beitriffördernd sein: So ist etwa zu erwarten, dass sich Angehörige des öffentlichen Dienstes aufgrund ihrer beruflichen Nähe

⁵⁰ Vgl. Niedermayer, Oskar: Ein Modell zur Erklärung der Entwicklung und Sozialstruktur von Parteimitgliedschaften, in: Jun, Uwe et al. (Hg.): Die Zukunft der Mitgliederpartei, Opladen und Farmington Hills 2009, S.102.

⁵¹ Vgl. Spier et al. 2011, S.40.

und Affinität zu politischen Institutionen häufiger für den Eintritt in eine Partei entscheiden als andere Berufsgruppen.⁵²

Im Gegensatz zur Ressourcentheorie beschäftigt sich die Cleavagetheorie mit der Zugehörigkeit des Individuums zu einer oder mehreren sozialen Gruppen (Cleavages) und erlaubt auf diese Art und Weise Rückschlüsse darüber zu treffen, warum der Einzelne einer bestimmten Partei beitrifft und keiner anderen. Vor dem Hintergrund der Existenz eines sozioökonomischen Cleavages kann etwa angenommen werden, dass Arbeiter unter den Mitgliedern der SPD und LINKEN aufgrund ihres Selbstverständnisses als Arbeiterparteien häufiger vertreten sind, als etwa in CDU und FDP.⁵³ Die konfessionelle Zugehörigkeit ist im Zusammenhang mit der Cleavagetheorie ein weiterer Faktor, welcher Einfluss auf die Beitrittsentscheidung nehmen kann. So sind insbesondere Katholiken häufiger in den Unionsparteien vertreten.⁵⁴

Im direkten Zusammenhang mit der Ressourcentheorie ist anzumerken, dass sich beide Ansätze partiell überschneiden bzw. widersprechen können. So verfügen etwa Arbeiter nach der Ressourcentheorie nur über eher begrenzte zeitliche Möglichkeiten und Kenntnisse zur politischen Partizipation und sollten daher nach diesem Ansatz in Parteien unterrepräsentiert sein. Die Cleavagetheorie postuliert hingegen deren hohes Maß an politischer Mobilisierung in Parteien wie SPD und LINKE. Die Kombination von Ressourcentheorie und Cleavagetheorie kann jedoch auch dabei helfen, Phänomene besser zu erklären. So lässt sich etwa der hohe Anteil männlicher Parteimitglieder einerseits dadurch erklären, dass Frauen durch ihr geringeres Einkommen und die Doppellast aus Arbeit und Haushalt bzw. Kindererziehung über vergleichsweise geringere Ressourcen verfügen, andererseits dadurch, dass Politik im geschlechterspezifischen Sozialisationsprozess eher als „Männersache“⁵⁵ angesehen wird.⁵⁶

Anhand der vorangegangenen Beispiele wird jedoch des Weiteren deutlich, dass sich die Erklärungskraft der Cleavagetheorie bestenfalls dazu eignet, gröbere, holzschnittartige Erwartungshaltungen zu formulieren: Durch eine zunehmende soziale Mobilität, insbesondere in den letzten Jahrzehnten, konnte ein Bedeutungsverlust großer sozio-politischer Cleavages, wie etwa der historischen Arbeiterklasse, im Wahlverhalten festgestellt werden. Dieser ist auch in der soziostrukturellen Zusammensetzung von Parteien zu erwarten.⁵⁷ Ebenso trägt der

⁵² Vgl. Spier et al. 2011, S.40.

⁵³ Vgl. ebenda, S.40f.

⁵⁴ Vgl. ebenda, S.41.

⁵⁵ Niedermayer 2009, S.104.

⁵⁶ Vgl. ebenda.

⁵⁷ Vgl. Spier et al. 2011, S.41.

gesellschaftliche Emanzipationsprozess der Frau dazu bei, dass der relative Anteil von Männern in Parteien und folglich auch in der Politik heute längst nicht mehr so groß ist, wie in der frühen Bundesrepublik.

Abschließend ist festzustellen, dass sich bis heute Parteimitgliederstudien auf beide Theorien beziehen, da diese Anhaltspunkte hinsichtlich der zu erwartenden Umfrageergebnisse liefern können.

2.3.2 Operationalisierung im Fragebogen

Der soziodemografische Komplex umfasst zunächst mit den Fragen 20 bis 28 neun Fragen (Abb.2), die maßgeblich denen der Deutschen Parteimitgliederstudie von Spier et al. entsprechen um auf diesem Weg an späterer Stelle einen Vergleich der Studien zu ermöglichen.⁵⁸ Erfasst wurden Geschlecht, Geburtsjahr, Familienstand, formale Bildung, Erwerbsstatus, Berufliche Stellung, subjektive Schichteinstufung sowie die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft und Konfession. Mit Ausnahme von Frage 23 und 26, welche ein ordinales Skalenniveau aufweisen, besitzen alle Fragen nominal skalierte Antwortoptionen. Insgesamt erzeugt der Fragekomplex zur Soziodemografie einerseits ein umfassendes deskriptives Bild der aktuellen Neumitgliederstruktur, andererseits stellen die hier erhobenen Variablen einen wesentlichen Bestandteil für die Ermittlung von Zusammenhängen mit den anderen beiden Komplexen dar. Ergänzend zu den allgemeinen soziodemografischen Fragen wird Komplex I durch die Fragen 1 bis 6 erweitert (Abb.3). Diese sind nicht im Fragenkatalog von Spier et al. enthalten und nehmen explizit Bezug auf parteispezifische Merkmale wie etwa das genaue Eintrittsjahr des Befragten sowie den Kreisverband, in dem er aktiv ist (Frage 1 und 3). Ersteres ermöglicht in der späteren Auswertung die separate Analyse der verschiedenen Eintrittsjahre nach Beitrittsmotivationen. Auf diese Art und Weise kann herausgefunden werden, ob etwa bestimmte politische Themen im Jahr X besonders zum Parteibeitritt motivierten. Die Abfrage des Kreisverbands hingegen ist zentrale Voraussetzung für den Stadt-Land-Vergleich. Darüber hinaus beschäftigen sich die Fragen 2, 4, 5 und 6 mit der parteiinternen Aktivität des Befragten, indem die Mitgliedschaft in Landes- oder Bundesarbeitsgemeinschaften, die allgemeine Zeit, die das Mitglied mit der Parteiarbeit verbringt, unterschiedliche Tätigkeiten der Parteiarbeit sowie Amts- und Mandatsträgerschaft abgefragt werden. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei Frage 5 und 6, welche sich mit der generellen Parteiaktivität bzw. mit der Zeit für verschiedene Parteitätigkeiten beschäftigen. Beide Fragen entstammen der – an anderer Stelle bereits erwähnten – Parteimitgliederstudie

⁵⁸ Vgl. Spier et al. 2011, S.42-54.

1. Seit wann bist du Mitglied der Partei DIE LINKE.?

2011 2012 2013 2014 2015 2016

2. Bist du Mitglied in einer Bundes- oder Landesarbeitsgemeinschaft der Partei?

Nein Ich bin Mitglied einer LAG
 Ich bin Mitglied einer BAG Ich bin Mitglied in beidem

3. Dein Kreisverband

Bautzen Leipzig Vogtland
 Chemnitz Meißen Westsachsen
 Dresden Mittelsachsen Zwickau
 Erzgebirge Nordwestsachsen
 Görlitz Sächsische Schweiz - Osterzgebirge

4. Wurdest du als Parteimitglied schon einmal in ein Amt (z.B. Kreisvorstand) gewählt oder hast du ein Mandat (z.B. Stadtrat) übernommen?

Nein Ich habe bereits ein Mandat übernommen
 Ich habe bereits ein Amt wahrgenommen Beides

5. Parteimitglieder können abhängig von ihren Möglichkeiten unterschiedlich viel Zeit für die Parteiarbeit aufwenden. Wie aktiv bist du?

nicht aktiv eher nicht aktiv eher aktiv sehr aktiv k.A.

6. Parteimitglieder können auf verschiedene Art und Weise tätig sein. Auf dieser Liste findest du einige Beispiele. Wie oft machst du folgendes?

	nie	eher nicht so oft	eher oft	Sehr oft	k.A.
Informationsmaterial der Partei verteilen (z.B. Flyer)		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
An Kundgebungen / Demonstrationen teilnehmen		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Andere von den persönlichen Ansichten überzeugen		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
An politischen Diskussionen teilnehmen		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Artikel und Texte verfassen (z.B. für eine Parteizeitung)		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Abb.3: Soziodemografischer Komplex II - Auszug aus dem postalischen Fragebogen für die Mitgliederbefragung 2016 der Partei DIE LINKE Sachsen, parteispezifische Fragen (eigene Darstellung, leichte Abweichung vom Originalformat).

von Bruter/Harrison⁵⁹ und erlauben bessere Rückschlüsse auf die verfügbaren Ressourcen des einzelnen Mitglieds zu treffen. Weiterhin ermöglichen sie eine Aussage darüber, wie aktiv und in welcher Form sich die Neumitglieder der LINKEN in Sachsen im Rahmen ihrer Parteiarbeit engagieren.

⁵⁹ Vgl. Bruter/Harrison 2009, S.1286f.

2.4 Komplex II: Motivationale und Sozialpsychologische Beitrittsfaktoren

2.4.1 Theoretische Grundlagen I: Beitrittsmotive und Beitrittsimpulse

Abschnitt 2.3 beschäftigte sich, insbesondere durch die Ressourcentheorie, mit den formalen Voraussetzungen für eine Parteimitgliedschaft und der Frage, wer gemäß seiner Kenntnisse, Zeit, Mittel und Gruppenzugehörigkeit eher zu einer Parteimitgliedschaft tendiert. Neben dieser Frage nach dem „Können“ gilt es jedoch auch zu beleuchten, warum Menschen Parteimitglied werden wollen, bzw. welche Motive und konkreten Impulse sie schlussendlich zu einem Beitritt bewegen.

Aus diesem Grund wurden die Teilnehmer der Neumitgliederstudie 2016, angelehnt an die deutsche Parteimitgliederstudie von 2009, nach insgesamt siebzehn verschiedenen Motivitems befragt, die sich wiederum auf sieben Motivkomplexe verteilen und den Kern der Frage „Was bewegt Menschen in Sachsen zum Beitritt in die Partei DIE LINKE?“ darstellen (Tab.1). Die Einzelmotive sind angelehnt an das General-Incentives-Model („Anreizmodell“) von Seyd/Whiteley⁶⁰ bzw. Klein⁶¹, welches als Ausgangspunkt die These vertritt, dass Parteieintritte primär durch positive Anreize ausgelöst werden, die von einer Person mit der Mitgliedschaft in einer bestimmten Partei verbunden werden. Die bewusste Entscheidung für den Begriff des Anreizes anstatt den des Nutzens verdeutlicht dabei, dass es sich bei der Untersuchung nicht einzig um den ökonomischen bzw. den materiellen Nutzen einer Parteimitgliedschaft handelt, sondern um allgemeinere Motivkomplexe.⁶² Alle Befragten hatten die Möglichkeit, auf die Frage, warum Sie der Partei DIE LINKE beigetreten sind, die einzelnen Motive mit „überhaupt nicht wichtig“, „weniger wichtig“, „teils-teils“, „wichtig“ und „sehr wichtig“ gemäß dem Einfluss auf ihre individuelle Beitrittsentscheidung zu bewerten.

In der Definition beschreiben *selektive, ergebnisbezogene Anreize* dabei persönliche Vorteile, die als ein Ergebnis aus der Mitgliedschaft resultieren können. Diese können etwa berufliche Vorteile durch das Knüpfen von nützlichen Kontakten sein oder das Streben nach öffentlichen Mandaten und Parteiämtern durch eine Kandidatur bei Wahlen als eine denkbare Möglichkeit, die sich aus der Mitgliedschaft ergibt. *Selektive, prozessbezogene Anreize* beschreiben hingegen die persönlichen Vorteile bzw. Befriedigungen, die das einzelne Mitglied aus der Parteiarbeit als solcher erfährt. Hierzu gehören etwa soziale Aspekte, wie die Möglichkeit, durch die Partei mit netten gleichgesinnten Personen zusammenzukommen oder der Spaß an der politischen Arbeit sowie informations- und bildungsspezifische Aspekte. Das Item „Zur

⁶⁰ Vgl. Seyd Patrick/Whiteley, Paul: Labour's Grassroots. The Politics of Party Membership, Oxford 1992.

⁶¹ Vgl. Klein 2006.

⁶² Vgl. Spier et al. 2011, S.62.

Weiterbildung meines politischen Sachverstands“ wurde in diesem Motivkomplex für die Mitgliederbefragung 2016 ergänzt und ist in der Deutschen Parteimitgliederstudie nicht enthalten. Damit soll neben dem Anreiz der politischen Information durch das Item „Um mich besser über Politik zu informieren“ auch die politische Bildung als individueller Beweggrund erfasst werden. Als Gegenstück zu den beiden selektiven Komplexen, die die persönlichen Vorteile des Mitglieds abdecken, beschreiben *kollektive, politische Anreize* die Motivation, sich für bestimmte politische Ziele einzusetzen und Inhalte zu vertreten sowie den Einfluss der Partei allgemein zu stärken. Bei dem Motiv „Um mich für sozialistische Ideale einzusetzen“ handelt es sich um ein „parteispezifisches Ideologiemotiv“⁶³, welches in der Deutschen Parteimitgliederstudie von 2009 von Partei zu Partei variierte und exklusiv den Befragten der LINKEN zur Bewertung gestellt wurde. Das Motiv „Aus Protest gegenüber anderen Parteien“ stellt hingegen eine zweite und letzte Ergänzung dar, welche erstmals in dieser Studie Anwendung findet und den Motivkomplex der kollektiv politischen Anreize um den Faktor des Protestpotenzials erweitert. Als *normative Anreize* sei der Komplex definiert, welcher sich mit dem sozialen Umfeld der Person beschäftigt, d.h. welchen unmittelbaren Einfluss Familie und Freunde auf die individuelle Eintrittsentscheidung hatten oder ob das Mitglied Erwartungen seines Umfelds mit dem Eintritt gerecht werden möchte. Die Beitrittsentscheidung aus Bürgerverantwortung definiert hingegen den Komplex der *altruistischen Anreize*, bei dem es dem Mitglied darum geht, seiner Verantwortung als Bürger nachzukommen und einen Beitrag zum Funktionieren der Demokratie zu leisten. *Ideologische Anreize* liegen vor, wenn das Mitglied im innerparteilichen Einfluss auf den politischen Kurs einen Beitrittsanreiz sah oder sich zu einem Flügel oder einer Gruppierung der Partei verbunden fühlt und diesen stärken möchte. Schließlich markieren *expressive Anreize* den Abschluss der Motivkomplexe. Diese beschreiben, inwieweit die Sympathie zu bestimmten Spitzenpolitikern oder der Partei als Ganzes positiven Einfluss auf die Beitrittsentscheidung hatte.

Die definierten Motivkomplexe helfen dabei, individuelle Beweggründe näher zu beleuchten und den Parteibeitritt des einzelnen Mitglieds besser zu ergründen. Sie allein liefern jedoch ein noch recht unvollständiges Bild, da sie etwa keine Ereignisse in der Tagespolitik, bestimmte politische Interessen oder aktuelle Themen als möglichen Einflussfaktor berücksichtigen. Spier et al. vergleicht diese kurzfristigen Beitrittsimpulse mit der Entscheidung, in einen Fußballverein einzutreten: „Ein wichtiges Motiv, in einem Fußballverein aktiv zu werden, mag die Aussicht sein, etwas für die eigenen Gesundheit und

⁶³ Vgl. Spier et al. 2011, S.64.

Fitness zu tun. Doch den Anlass dazu gibt womöglich der Kollege, der einen nach der Arbeit zum ersten Training mitnimmt.“⁶⁴ Entscheidend können demnach nicht nur die o.g. langfristigen und überlegten Motive sein, sondern möglicherweise konkrete, ggf. affektuelle oder zufällige Anlässe. Beitrittsimpulse stellen neben der inhaltlichen Ergänzung und Vertiefung der Motivkomplexe demnach einen wichtigen Indikator dafür dar, welche konkreten politischen Ereignisse und Prozesse Menschen im Untersuchungszeitraum 2011–2016 zum Beitritt in DIE LINKE motiviert haben.

Motivkomplex	Einzel motive
Selektive, ergebnisbezogene Anreize	<ul style="list-style-type: none"> - Um berufliche Vorteile zu erlangen - Aus Interesse an einem öffentlichen Mandat - Aus Interesse an einem Parteiamt
Selektive, prozessbezogene Anreize	<ul style="list-style-type: none"> - Aus Spaß an der politischen Arbeit - Um mich besser über Politik zu informieren - Um mit netten Leuten zusammenzukommen - Zur Weiterbildung meines politischen Sachverstands*
Kollektive, politische Anreize	<ul style="list-style-type: none"> - Um mich für die Ziele der Partei einzusetzen - Um den Einfluss der Partei zu stärken - Um mich für sozialistische Ideale einzusetzen - Aus Protest gegenüber anderen Parteien*
Normative Anreize	<ul style="list-style-type: none"> - Wegen des Einflusses von Familie und Freunden
Altruistische Anreize	<ul style="list-style-type: none"> - Um meiner Verantwortung als Bürger/in nachzukommen
Ideologische Anreize	<ul style="list-style-type: none"> - Um einen bestimmten Flügel der Partei zu stärken - Um den politischen Kurs der Partei zu beeinflussen
Expressive Anreize	<ul style="list-style-type: none"> - Wegen einer beeindruckenden Persönlichkeit an der Parteispitze - Um meine Sympathie für die Partei zu zeigen

* Items exklusiv in der Mitgliederbefragung 2016 enthalten

Tab.1: Motivkomplexe und Beitrittsanreize, eigene Darstellung nach Spier et al. 2011, S.62-64.

⁶⁴ Spier et al. 2011, S.72.

2.4.2 Theoretische Grundlagen II: Sozialpsychologischer Ansatz

Nachdem in Abschnitt 2.3.1 mit der Ressourcen- und Cleavagetheorie ein sozialstruktureller Ansatz und in Abschnitt 2.4.1 mit dem General-Incentives-Modell eine Theorie zur Erfassung motivationaler Einflussfaktoren näher beleuchtet wurden, liefert der sozialpsychologische Erklärungsansatz einen dritten und letzten Schwerpunkt um die Ursachen des Parteibeitritts näher zu ergründen. Dieser wurde ebenfalls bereits in der Deutschen Parteimitgliederstudie von 2009 angewendet und für die vorliegende Studie um einen Fragekomplex erweitert.

Im Gegensatz zu den vorangegangenen Herangehensweisen beschäftigt sich der sozialpsychologische Ansatz mit persönlichen Einstellungen und Interessen und lässt sich in zwei Teile differenzieren: Zunächst gilt es, das politische Interesse des Befragten zu erfassen, wobei zu erwarten ist, dass sich bei Parteimitgliedern das allgemeine Interesse an Politik von dem der Bevölkerung abhebt.⁶⁵ Wird die Beitrittsentscheidung auf das politische Interesse zurückgeführt, so beschreibt dies einen Prozess, welcher treffend bei Spier et al. erläutert wird: „Ein Bürger entwickelt Interesse am politischen Geschehen und daraufhin eigene politische Überzeugungen. Daraus entsteht der Wunsch, die Partei, deren Positionierung am ehesten mit der eigenen übereinstimmt, durch aktive Mitarbeit oder die reine Mitgliedschaft zu unterstützen.“⁶⁶ Es ist daher davon auszugehen, dass Interessenfaktoren einen großen Einfluss auf den Eintritt nehmen. Diese werden in der vorliegenden Studie in Anlehnung an die Deutsche Parteimitgliederstudie aus drei verschiedenen Perspektiven untersucht:

- Das allgemeine politische Interesse des Befragten
- Das politische Interesse auf verschiedenen Politikebenen
- Das politische Interesse für verschiedene Politikfelder

Der dritte Schwerpunkt wurde dabei vertiefend ergänzt, um eine weitere Interessendimension zu definieren und auf diesem Weg präzisere Informationen über die Befragten auf der Policy-Ebene zu erhalten. Er erfasst das persönliche Interesse für eine Reihe von Politikfeldern, wie etwa Sicherheitspolitik und Sozialpolitik, und ermöglicht es, Aussagen darüber zu treffen, welche inhaltlichen Prioritäten und Affinitäten innerhalb der Neumitgliederstruktur der LINKEN in Sachsen bestehen.

Neben der Analyse der persönlichen Interessen bildet die Political Efficacy einen weiteren Bestandteil des sozialpsychologischen Ansatzes. Sie erfasst die individuelle Einschätzung des Einzelnen dazu, inwiefern er durch sein Handeln das politische System beeinflussen kann bzw. inwieweit sein Engagement effektiv die (demokratische) Willensbildung prägt. Dabei ist zwischen Internal Efficacy und External Efficacy zu differenzieren: Erstere umfasst „die

⁶⁵ Vgl. Spier et al. 2011, S.84.

⁶⁶ Ebenda.

Überzeugung eines Individuums, selbst über die Fähigkeit zu verfügen, Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen⁶⁷. Sie erfasst demnach selbsteinschätzend die politische Eigenkompetenz des Einzelnen. Die External Efficacy hingegen bezieht sich direkt auf das politische System, indem es den „Glauben des Individuums, dass das politische System offen für Einflüsse von außen ist und auf diese auch reagiert“⁶⁸ misst. Für die vorliegende Studie wird das Konzept darüber hinaus um eine weitere, parteispezifische Efficacy-Komponente nach Bruter/Harrison⁶⁹ erweitert, welche erfasst, wie Neumitglieder ihre eigenen subjektiven Einflussmöglichkeiten in der Partei einschätzen.

2.4.3 Operationalisierung im Fragebogen

Komplex II spiegelt sich im Fragebogen zunächst in den Fragen 12 und 13 wider, in denen Beitrittsmotive und Beitrittsimpulse aus Abschnitt 2.4.1 erhoben werden (Abb.4).

Frage 12 beinhaltet die ordinale Erhebung der Beitrittsmotive und ähnelt stark Tab.1. Alle Beitrittsmotive wurden dabei mithilfe einer 5-stufigen Likertskala innerhalb einer Itematterie erfasst, wodurch dem Befragten ermöglicht wurde, die neutrale Antwortoption „teils-teils“ zu wählen. Da bei einer derart großen Itematterie durchaus die Gefahr besteht, dass einzelne Personen schnell nach einem bestimmten Muster antworten und es so zu einer Verzerrung der Messergebnisse kommen kann, wurden die einzelnen Motive zudem in ihrer Reihenfolge vermischt, um den Messfehler zu minimieren. Ebenso werden durch die Durchmischung Rückschlüsse des Befragten auf die Motivkategorien bzw. Motivkomplexe erschwert.

Frage 13 enthält die offene Frage nach dem Beitrittsimpuls. Im Gegensatz zu den Motivkomplexen von Frage 12 wurde dieser nicht in einer geschlossenen Fragestellung mit konkreten Antwortmöglichkeiten erfasst, sondern mithilfe einer offenen Frage zunächst qualitativ erhoben und anschließend durch Clusterbildung quantifiziert. Zwar entsteht durch die aufwendige Auswertung ein höherer Arbeitsaufwand, jedoch kann auf diese Art und Weise sichergestellt werden, dass individuelle Beitrittsmotive mit einer sehr hohen Präzision erfasst werden: Zwar werden die Antworten ungeachtet ihrer Länge in der späteren Analyse in Kategorien zusammengeführt, jedoch können diese im Anhang auch separat eingesehen werden. Dabei gilt es zu beachten, dass nur die Antworten, die auf dem Fragebogenpapier ausgefüllt wurden, in die Studienergebnisse einfließen. Längere Ausführungen über mehrere DIN A4- Seiten, die im Rahmen der postalischen Erhebung in drei Fällen angehängt wurden, werden hingegen nicht berücksichtigt.

⁶⁷ Spier et al. 2011, S.86.

⁶⁸ Ebenda, S.86f.

⁶⁹ Vgl. Bruter/Harrison 2009, S.1287.

12. Die Entscheidung zum Eintritt in eine bestimmte Partei kann verschiedene Gründe haben. Warum bist du der Partei DIE LINKE. beigetreten? Bitte gib an, inwieweit die folgenden Motive und Einflüsse für deine persönliche Eintrittsentscheidung wichtig waren.

	überhaupt nicht wichtig	weniger wichtig	teils-teils	wichtig	sehr wichtig	k.A.
Aus Spaß an der politischen Arbeit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wegen des Einflusses von Familie und Freunden	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Aus Interesse an einem öffentlichen Mandat (z.B. Stadtrat, Landtag)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Um mich besser über Politik zu informieren	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Um mich für die Ziele der Partei einzusetzen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Um meiner Verantwortung als Bürger*in nachzukommen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Um den politischen Kurs der Partei zu beeinflussen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wegen einer beeindruckenden Persönlichkeit an der Parteispitze	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Aus Interesse an einem Parteiamt (z.B. Ortsvorstand, Landesvorstand)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Um meine Sympathie für die Partei zu zeigen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Um mit netten Leuten zusammenzukommen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Um mich für sozialistische Ideale einzusetzen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Um einen bestimmten Flügel der Partei zu stärken	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Um berufliche Vorteile zu erlangen (z.B. durch nützliche Kontakte)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Um den Einfluss der Partei zu stärken	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Aus Protest gegenüber anderen Parteien	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Zur Weiterbildung meines politischen Sachverständs	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Wenn du dich an deinen Beitritt zur Partei zurückerinnerst: Gab es einen besonderen Anlass oder Auslöser, der dich zu diesem Schritt bewogen hat?

k.A.

Abb.4: Erhebung motivationaler Einflüsse auf den Parteibeitritt, Auszug aus dem postalischen Fragebogen für die Mitgliederbefragung 2016 der Partei DIE LINKE Sachsen (eigene Darstellung, leichte Abweichung vom Originalformat).

Die Fragen 7 bis 11 beinhalten schließlich den, in Abschnitt 2.4.2 erläuterten, sozialpsychologischen Ansatz durch die Erhebung der persönlichen politischen Interessen und der Political Efficacy (Abb.5). Dabei wurde das allgemeine politische Interesse in Frage 8 zunächst einzeln erhoben, wobei der Befragte die Möglichkeit hatte, auf einer 5-stufigen Likertskala mit „überhaupt nicht“ bis „sehr stark“ zu antworten. Angelehnt an die Deutsche Parteimitgliederstudie sollte anschließend in der Itematterie von Frage 9 das politische Interesse für die Kommunalebene, die Landespolitik in Sachsen und die Bundesebene mit der gleichen Skala bewertet werden.⁷⁰ Frage 11 stellt in der Erhebung der persönlichen Interessen den umfangreichsten Teil dar und umfasst die Beurteilung nach 13 Politikfeldern, die ausgewählt wurden, um ein möglichst breites Policy-Spektrum abzufragen. Auch in dieser Itematterie hatten die Studienteilnehmer die Möglichkeit „überhaupt nicht“ bis „sehr stark“ anzukreuzen.

Frage 10 beschäftigt sich hingegen mit der Erhebung der allgemeinen Political Efficacy. Operationalisiert wurde diese in insgesamt vier Aussagen, die vom Befragten ordinal auf einer 5-stufigen Likertskala mit den Polen „stimme überhaupt nicht zu“ und „stimme voll und ganz zu“ beantwortet wurden. Auch hier bestand die Möglichkeit der neutralen Antwort „teils-teils“. Die ersten beiden Aussagen „Ich traue mir zu, in einer Gruppe, die sich mit politischen Fragen befasst, eine aktive Rolle zu übernehmen“ und „Die ganze Politik ist so kompliziert, dass jemand wie ich nicht versteht, was vorgeht“ erfassen dabei die Internal Efficacy, d.h. die Selbsteinschätzung des persönlichen politischen Einflusses.⁷¹ Die letzten beiden Aussagen – „Die Bundestagsabgeordneten bemühen sich um einen engen Kontakt zur Bevölkerung“ und „Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht“ – beschreiben hingegen die External Efficacy des Befragten, d.h. seine Einschätzung zur Offenheit des politischen Systems gegenüber externen Einflüssen.

Das jeweils zweite Item – d.h. Aussage 2 und 4 – wurde, ebenso wie in der Deutschen Parteimitgliederstudie, umgepolt, um schnelles Ankreuzen zu verhindern und so genauere Messergebnisse zu erreichen.

Die parteispezifische Efficacy-Komponente wird schlussendlich mit Frage 7 „Hast du ganz allgemein den Eindruck, dass du als Parteimitglied Entscheidungen und Positionen der Partei beeinflussen bzw. aktiv mitgestalten kannst?“ operationalisiert. Hier konnte der Befragte auf einer 4-stufigen Likertskala, d.h. ohne neutrale Option, zwischen „nein“, „eher nein“, „eher ja“ und „ja“ wählen, sodass in der Auswertung eine Aussage über die parteiinterne Efficacy-Einschätzung des eigenen Handelns getroffen werden kann.

⁷⁰ Vgl. Spier et al. 2011, S.85.

⁷¹ Vgl. ebenda, S.87.

7. Hast du ganz allgemein den Eindruck, dass du als Parteimitglied Entscheidungen und Positionen der Partei beeinflussen bzw. aktiv mitgestalten kannst?

nein eher nein eher ja ja k.A.

8. Einmal ganz allgemein gefragt: Wie stark interessierst du dich für Politik?

überhaupt nicht wenig mittel stark sehr stark k.A.

9. Politik findet auch auf unterschiedlichen Ebenen statt. Wie stark ist dein persönliches Interesse für Kommunalpolitik, Landespolitik in Sachsen und Bundespolitik?

	überhaupt nicht	wenig	mittel	stark	sehr stark	k. A.
Kommunalpolitik (z.B. Heimatort/Kreis)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Landespolitik in Sachsen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bundespolitik	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Es folgt eine Reihe von Aussagen. Bitte gib an, ob du ihnen voll und ganz zustimmst, eher zustimmst, teils-teils zustimmst, eher nicht zustimmst oder überhaupt nicht zustimmst.

	stimme überhaupt nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme teils-teils zu	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu	k.A.
Ich traue mir zu, in einer Gruppe, die sich mit politischen Fragen befasst, eine aktive Rolle zu übernehmen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die ganze Politik ist so kompliziert, dass jemand wie ich nicht versteht, was vorgeht.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Bundestagsabgeordneten bemühen sich um einen engen Kontakt zur Bevölkerung.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Politische Themen lassen sich bestimmten Politikfeldern zuordnen (z.B. Umweltpolitik, Bildungspolitik). Wie stark ist dein persönliches Interesse für die folgenden Politikfelder?

	überhaupt nicht	wenig	mittel	stark	sehr stark	k.A.
Umweltpolitik	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sicherheitspolitik	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bildungspolitik	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sozialpolitik	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Energiepolitik	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Agrarpolitik	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Finanzpolitik	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wirtschaftspolitik	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kulturpolitik	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Migrationspolitik	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Rechtspolitik	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Gleichstellungspolitik	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Friedenspolitik	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Abb.5: Erhebung von Interessen und Political Efficacy, Auszug aus dem postalischen Fragebogen für die Mitgliederbefragung 2016 der Partei DIE LINKE Sachsen (eigene Darstellung, leichte Abweichung vom Originalformat).

2.5 Komplex III: Ausgewählte Einstellungsfragen

2.5.1 Theoretische Grundlagen

Nachdem sich die Komplexe I und II mit der Soziodemografie und den Einflüssen auf den Parteibeitritt befassten, stellt Komplex III ausgewählte politische Einstellungsfragen in den Vordergrund, um das Gesamtbild der Neumitgliederstruktur innerhalb der sächsischen LINKEN abzurunden. An dieser Stelle weicht die Mitgliederbefragung von der Deutschen Parteimitgliederstudie, welche sich hinsichtlich politischer Einstellungen schwerpunktmäßig mit der Verortung der Parteimitglieder im ein- und zweidimensionalen Politikraum beschäftigt⁷², ab. Die Frage, wo sich Mitglieder etwa auf einem links-rechts-Spektrum einordnen würden ist bei Spier et al. vor allem Grundlage für den Vergleich mehrerer Parteien, welcher für die vorliegende Forschungsarbeit von eher sekundärem Interesse ist.

Die in der Mitgliederbefragung 2016 gestellten Fragen orientieren sich hingegen maßgeblich an Bevölkerungsumfragen, wie etwa dem Sachsen-Monitor, um auf diesem Weg eine Vergleichbarkeit zwischen den Neumitgliedern und der Bevölkerung herstellen zu können. Selbstverständlich handelt es sich bei den nachstehenden Thematiken lediglich um eine überschaubare Auswahl aus dem Bereich der Einstellungsforschung. Diese wurde sowohl anhand aktueller Diskussionen und innerparteilichen Kontroversen, als auch durch Fragen, die das Selbstverständnis und die Programmatik der Partei selbst betreffen, erstellt und umfasst die Themenbereiche Wirtschaft, Institutionenvertrauen, Materialismus und Postmaterialismus, Protestpotenzial und Regierungsverantwortung der Partei DIE LINKE und Demokratie:

a) Wirtschaftliche Situation

Neben der wirtschaftlichen Situation in Deutschland und Sachsen steht an dieser Stelle auch die Einschätzung der eigenen ökonomischen Situation im Fokus. Ausgehend vom Selbstverständnis der Partei DIE LINKE, welches vor allem die Kritik an kapitalistischen Produktionsverhältnissen unterstreicht und die Mehrheit der Menschen in Deutschland als Benachteiligte innerhalb einer Klassengesellschaft sieht⁷³, ergeben sich bestimmte Erwartungshaltungen hinsichtlich der Ergebnisse in dieser Studie. So ist einerseits davon auszugehen, dass sich Parteimitglieder der LINKEN mehrheitlich einer ökonomisch benachteiligten Gruppe angehörig fühlen und aus diesem Grund zwar die wirtschaftliche Situation in Bund und Ländern eher positiv einschätzen, ihre eigene jedoch vergleichsweise schlecht. Ein anderes denkbare Ergebnis wäre jedoch auch, dass die wirtschaftliche Situation aus der Kritik an einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung generell als tendenziell schlecht

⁷² Vgl. Spier et al. 2011, S.124ff.

⁷³ Vgl. DIE LINKE (Hg.): Programm der Partei DIE LINKE, Erfurt/Berlin 2011, S.16-26.

eingeschätzt wird, d.h. dass sie bereits durch das Vorliegen einer marktwirtschaftlichen Ordnung in Bund und Ländern – ungeachtet ihrer ökonomischen Effizienz – als eher schlecht wahrgenommen wird.

b) Institutionenvertrauen

Der Themenbereich behandelt das Vertrauen der Befragten zu politischen und medialen Institutionen. Aufgrund ihrer konstanten Rolle als Oppositionspartei in Bund und Land ist dabei davon auszugehen, dass Mitglieder der Partei DIE LINKE sowohl Bundes- als auch Landesregierung in Sachsen als wenig vertrauenswürdig einstufen. Auch ein distanziertes Verhältnis zum Militär ist etwa aufgrund der konsequenten Forderung nach Kürzung des Rüstungsetats und der prinzipiellen Verneinung von Auslandseinsätzen⁷⁴ zu erwarten. Das Vertrauen zu legislativen Organen und Justiz ist hingegen ebenso wie das Vertrauen in mediale Institutionen weniger absehbar.

c) Materialismus und Postmaterialismus

Dieser Bereich erhebt mithilfe der Methoden zur Berechnung des Inglehart-Index die tendenzielle persönliche Neigung zu materialistischen oder postmaterialistischen Prioritäten. Ausgehend von der These Ronald Ingleharts, in der westlichen Welt vollziehe sich ein Wertewandel zugunsten postmaterialistischer Werte wie Selbstverwirklichung und sozialer Anerkennung⁷⁵, wird dabei überprüft, ob auch die Einstellungen der Neumitglieder der LINKEN in Sachsen diese Tendenz bestätigen und wie materialistische bzw. postmaterialistische Politikziele bewertet werden.

d) Protestpotenzial und Regierungsverantwortung der Partei DIE LINKE

Dieser Einstellungsblock beinhaltet die Stellungnahme zu Aussagen über die Partei selbst. Dabei liegt ein besonderes Augenmerk auf der zentralen Frage, ob DIE LINKE allgemein Regierungsverantwortung anstreben sollte oder nicht. Als ein Schwerpunkt der strategischen Kursbestimmung beschäftigt diese den internen Diskurs seit der Parteigründung auf allen Politikebenen und sorgte nicht nur in der Vergangenheit für Spannungen zwischen den Mitgliedern. Die Ausgestaltung eines Mittelwegs, der den systemkritischen (außer-)parlamentarischen Protest und eine mögliche konstruktive Beteiligung an Koalitionsverhandlungen miteinander vereinbart, bleibt bis heute Diskussionsschwerpunkt auf

⁷⁴ Vgl. DIE LINKE (Hg.): Programm der Partei DIE LINKE, Erfurt/Berlin 2011, S.69ff.

⁷⁵ Vgl. Inglehart, Ronald: The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles among Western Publics, Princeton 1977.

Parteiveranstaltungen.⁷⁶ Eng mit der Problematik verknüpft ist auch die Frage, ob Mitglieder die Partei selbst als eine Protestpartei wahrnehmen: Ein denkbares Ergebnis wäre dabei, dass besonders diejenigen, die eine Regierungsverantwortung verneinen, eher dazu tendieren, DIE LINKE als Protestpartei anzusehen.

e) Demokratie

Aufgrund ihrer partiell systemkritischen Grundhaltung fand DIE LINKE immer wieder im Rahmen von Publikationen der Extremismusforschung Erwähnung, wobei insbesondere die Errichtung eines „demokratischen Sozialismus“⁷⁷ als eine, mit dem demokratischen Verfassungsstaat unvereinbare, Alternative zu den bestehenden Verhältnissen hervorgehoben wurde. Dieser überhöhte zum einen das Ideal der Gleichheit über das der Freiheit und ersetze zum anderen die individuelle Freiheit durch ein kollektives Freiheitsverständnis innerhalb einer tendenziell identitären Systemvorstellung.⁷⁸ Es gilt daher in diesem Bereich herauszufinden, in welchem Verhältnis die Neumitglieder einerseits zur Demokratie in Deutschland und andererseits zur Demokratie als Staatsform stehen und ob ihre Einstellungen von denen der Bevölkerung in besonderer Weise abweichen.

2.5.2 Operationalisierung im Fragebogen

Komplex III umfasst im Fragebogen die Nummern 14 bis 19, welche die im vorherigen Abschnitt erläuterten Themenbereiche in der gleichen Reihenfolge behandeln (Abb.6 und 7).

Dabei beginnt Frage 14 mit der Erhebung der wirtschaftlichen Einschätzung mithilfe einer 3-teiligen Itematterie. Der Befragte hatte dabei die Möglichkeit, die wirtschaftliche Situation in Deutschland und in Sachsen sowie seine eigene wirtschaftliche Situation auf einer Skala von 1-10 mit den äußeren Polen „sehr schlecht“ bis „sehr gut“ zu bewerten. Interessant ist dabei nicht nur der einzelne Wert für ein bestimmtes Item, sondern vor allem das Verhältnis aller drei Items zueinander, weswegen sich an dieser Stelle bewusst für eine feinere Skalierung entschieden wurde um dem Befragten einen größeren Antwortspielraum zu ermöglichen.

Frage 15 beinhaltet das Institutionenvertrauen. Auf einer 4-stufigen Likertskala mit den Antwortmöglichkeiten „überhaupt nicht vertrauenswürdig“, „eher nicht vertrauenswürdig“, „eher vertrauenswürdig“ und „sehr vertrauenswürdig“ konnten in dieser Itematterie insgesamt elf Institutionen ordinal bewertet werden.

⁷⁶ Vgl. Jesse, Eckhard: DIE LINKE. Der smarte Extremismus einer deutschen Partei, München 2008, S.193ff.

⁷⁷ DIE LINKE 2011, S.27.

⁷⁸ Vgl. Jesse 2008, S.199-205.

Die zur Darstellung von Materialismus bzw. Postmaterialismus notwendigen Variablen werden mit Frage 17 erhoben. Dabei handelt es sich sowohl bei der Fragestellung als auch bei den Antwortmöglichkeiten um standardisierte Formulierungen, die so oder in stark ähnlicher Form überall dort genutzt werden, wo der Index erhoben wird. Aufgabe für den Befragten ist es dabei, aus den insgesamt vier vorgegeben Politikzielen zwei zu wählen, die ihm am wichtigsten und am zweitwichtigsten erscheinen:

- (A) Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in diesem Land
- (B) Mehr Einfluss der Bürger auf die Entscheidungen der Regierung
- (C) Kampf gegen steigende Preise (Inflationsbekämpfung)
- (D) Schutz des Rechtes auf freie Meinungsäußerung

Dabei ist der Befragte im ersten Schritt zunächst gezwungen zu selektieren, d.h. darüber nachzudenken, welche der vier Ziele er ausschließt. Im zweiten Schritt muss er dann aus den verbliebenen beiden Zielen eine Rangfolge gemäß seiner persönlichen Prioritäten erstellen (Durch die höhere Komplexität der Frage wurde ein Hinweis als Hilfestellung eingefügt). Zwei der genannten Antwortmöglichkeiten sind stellvertretend für materialistische Politikziele (A und C), die anderen sind hingegen Indikatoren für eine postmaterialistische Einstellung (B und D). Je nach gewählten Antworten und Priorität lässt sich nun der einzelne Befragte durch einen Auswertungsschlüssel (Tab.2) einem bestimmten Ideal- oder Mischtyp zuordnen:⁷⁹

Typ	Wichtigstes Ziel	Zweitwichtigstes Ziel
Materialist	A	C
	C	A
Tendenziell materialistisch (Materialistischer Mischtyp)	A oder C	B oder D
Tendenziell postmaterialistisch (Postmaterialistischer Mischtyp)	B oder D	A oder C
Postmaterialist	B	D
	D	B

Tab.2: Inglehart-Index – Typologie, eigene Darstellung nach der methodischen Dokumentation des Instituts für Praktische Theologie der Universität Wien.

⁷⁹ Institut für Praktische Theologie der Universität Wien (Hg.): Berechnung des Inglehart-Index, in: https://werteforschung-pt-ktf.univie.ac.at/fileadmin/user_upload/i_pt_ktf_werteforschung/Materialien_und_Downloads/Inglehart_Index_-_Materialismus_Postmaterialismus.pdf (Letzter Zugriff: 01.01.2017).

Auf diese Art kann eine Aussage darüber getroffen werden, welche Typen unter den Neumitgliedern am häufigsten vertreten sind und ob diese in ihrer Gesamtheit eher zu materialistischen oder zu postmaterialistischen Einstellungsmustern neigen.

Frage 17 widmet sich mit dem Protestpotenzial und der parteiinternen Diskussion zur Regierungsverantwortung und besteht aus drei Items, die der Befragte mit „trifft überhaupt nicht zu“, „trifft eher nicht zu“, „trifft eher zu“ und „trifft voll und ganz zu“ beantworten konnte. Das Kernstück bildet dabei die Aussage „DIE LINKE. sollte Regierungsverantwortung übernehmen“, zu der die Aussage „DIE LINKE sollte sich nicht an Koalitionsverhandlungen beteiligen“ als Gegenprobe fungiert: Da sich beide Aussagen nahezu ausschließen ist zu erwarten, dass die Befragten diese i.d.R. entgegengesetzt bewerten, d.h. einer der beiden Aussagen zustimmen und die andere ablehnen. Die dritte Aussage „DIE LINKE. ist eine Protestpartei“ prüft schließlich, inwieweit die Mitglieder selbst das Protestpotenzial der LINKEN einstufen.

Frage 18 und 19 behandeln abschließend die Einstellungen zur Demokratie. Dabei konnte der Befragte auf einer Skala mit den Polen „überhaupt nicht zufrieden“ bis „sehr zufrieden“ zunächst die Demokratie in Deutschland als spezielle Ausprägung bewerten. Anschließend sollte der diffusen Form der Demokratie als beste Staatsform zugestimmt bzw. nicht zugestimmt werden. Dabei gilt es zu beachten, dass der Begriff der Demokratie in Frage 19 nicht weiter ausgeführt wurde, wodurch dem Befragten bei der Beantwortung ein großer subjektiver Interpretationsspielraum geboten wurde.

14. Wie schätzt du die wirtschaftliche Situation in Deutschland und in Sachsen auf einer Skala von 1 – 10 ein? Wie deine eigene wirtschaftliche Situation? (1 – sehr schlecht, 10 – sehr gut)													
Die wirtschaftliche Situation in Deutschland	sehr schlecht	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	sehr gut	<input type="checkbox"/>	k.A.
Die wirtschaftliche Situation in Sachsen	sehr schlecht	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	sehr gut	<input type="checkbox"/>	k.A.
Meine eigene wirtschaftliche Situation	sehr schlecht	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	sehr gut	<input type="checkbox"/>	k.A.

Abb.6: Einstellungskomplex I, Einschätzung der wirtschaftlichen Situation, Auszug aus dem postalischen Fragebogen für die Mitgliederbefragung 2016 der Partei DIE LINKE Sachsen (eigene Darstellung, leichte Abweichung vom Originalformat).

15. Hältst du folgende Institutionen für vertrauenswürdig?

	überhaupt nicht vertrauenswürdig	eher nicht vertrauenswürdig	eher vertrauenswürdig	sehr vertrauenswürdig	k.A.
Bundestag	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Justiz	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Zeitungswesen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fernsehen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bundesverfassungsg ericht	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Polizei	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sächsischer Landtag	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bundesregierung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Parteien	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sächsische Landesregierung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Militär	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Auch in der Politik kann man nicht alles auf einmal haben. Auf dieser Liste findest du einige Ziele, die man in der Politik verfolgen kann. Wenn du zwischen diesen Zielen wählen müsstest, welches Ziel erschiene dir persönlich am wichtigsten? Welches am zweitwichtigsten?

Hinweis: Zur Auswahl einfach die gewünschte Antwort mit Feld 1 (wichtigstes Ziel) oder Feld 2 (zweitwichtigstes Ziel) durch eine Linie verbinden.

- Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in diesem Land
- Mehr Einfluss der Bürger auf die Entscheidungen der Regierung
- Kampf gegen steigende Preise
- Schutz des Rechtes auf freie Meinungsäußerung

Feld 1 (wichtigstes Ziel)

Feld 2 (zweitwichtigstes Ziel)

17. Inwiefern stimmst du folgenden Aussagen über DIE LINKE. zu?

	trifft überhaupt nicht zu	trifft eher nicht zu	trifft eher zu	trifft voll und ganz zu	k.A.
DIE LINKE. ist eine Protestpartei.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
DIE LINKE. sollte Regierungsverantwortung übernehmen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
DIE LINKE sollte sich nicht an Koalitionsverhandlungen beteiligen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Bist du mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, alles in allem gesehen zufrieden?

überhaupt nicht zufrieden nicht sehr zufrieden ziemlich zufrieden sehr zufrieden k.A.

19. Demokratie ist die beste Staatsform.

stimme überhaupt nicht zu stimme eher nicht zu stimme eher zu stimme voll und ganz zu k.A.

Abb.7: Einstellungskomplex II, Auszug aus dem postalischen Fragebogen für die Mitgliederbefragung 2016 der Partei DIE LINKE Sachsen (eigene Darstellung, leichte Abweichung vom Originalformat).

3 Durchführung der Mitgliederbefragung 2016

3.1 Online-Befragung

Kernstück der Mitgliederbefragung 2016 stellt die Erhebung der Daten mittels eines Online-Fragebogens dar. Dieser wurde mithilfe des Webtools „soSci Survey“ erstellt, einer innovativen Software zur Durchführung professioneller wissenschaftlicher Umfragen, welche 2003 am Institut für Kommunikationswissenschaft der Universität München in Kooperation mit der Universität Zürich entwickelt wurde.⁸⁰ Die Nutzung der Anwendung ist für den akademischen Bereich kostenlos und erfordert neben einigen Grundkenntnissen der Beschreibungssprachen HTML und PHP keine umfangreiche technische Expertise. SoSci Survey wird sowohl in Deutschland als auch international für zahlreiche Projekte genutzt und erfreut sich einer wachsenden Beliebtheit in- und außerhalb des akademischen Bereiches: Wurden 2006 noch 50 Befragungsprojekte mit SoSci Survey durchgeführt, wurden 2014 bereits über 13.500 Studien unter Verwendung des Tools angefertigt.⁸¹ Neben der Ausfertigung des Fragebogens, für den SoSci Survey über den gesamten Befragungszeitraum einen ebenfalls kostenlosen Webservice zur Verfügung stellt, bietet die Anwendung auch Möglichkeiten um organisatorische Aufgaben zu erfüllen. Dabei ist insbesondere die Option der Panel-Verwaltung mit Serienmailfunktion sowie die automatische Ausgabe der erhobenen Daten als SPSS-Datei, welche auch zur Anfertigung dieser Studie genutzt wurden, hervorzuheben. Der Online-Fragebogen ist mit dem in Kapitel 2 vorgestellten postalischen Fragebogen inhaltlich identisch und unterscheidet sich lediglich hinsichtlich des Layouts.

Von den insgesamt 873 Neumitgliedern wurden 789 online befragt, was etwa 90 Prozent der Grundgesamtheit entspricht. Über eine Serienmail des Landesverbandes mit individualisierter Ansprache⁸² (Anh.1) erhielt jedes Mitglied zu Beginn des Befragungszeitraums am 11. Juli 2016 einen einzigartigen Link zum Fragebogen, sodass doppelt ausgefüllte Fragebögen technisch vermieden werden konnten. Zur Steigerung des Rücklaufs wurden zudem zwei Erinnerungsmails (Anh.1), nach einer Woche am 18. Juli und nach drei Wochen am 1. August, an diejenigen verschickt, die den Bogen bis zur entsprechenden Erinnerungswelle noch nicht ausgefüllt hatten. Dadurch konnte der gesamte Rücklauf der Online-Befragung schlussendlich auf eine absolute Zahl von 348 von 789 möglichen Datensätzen gesteigert werden, was einer Quote von etwa 44,1 Prozent entspricht

⁸⁰ Vgl. Onlinepräsenz von soSci Survey, in: <https://www.soscisurvey.de/index.php?page=info> (Letzter Zugriff: 01.01.2017).

⁸¹ Vgl. ebenda.

⁸² Sowohl Anschreiben als auch Fragebogen wurden, da es sich um eine parteiinterne Studie handelt, bewusst in der „Du“-Form verfasst.

(siehe hierzu Abb.8). Die Anzahl derer, die den Fragebogen zwar begonnen, aber nicht abgeschlossen haben, fiel zudem mit 2,4 Prozent relativ gering aus.

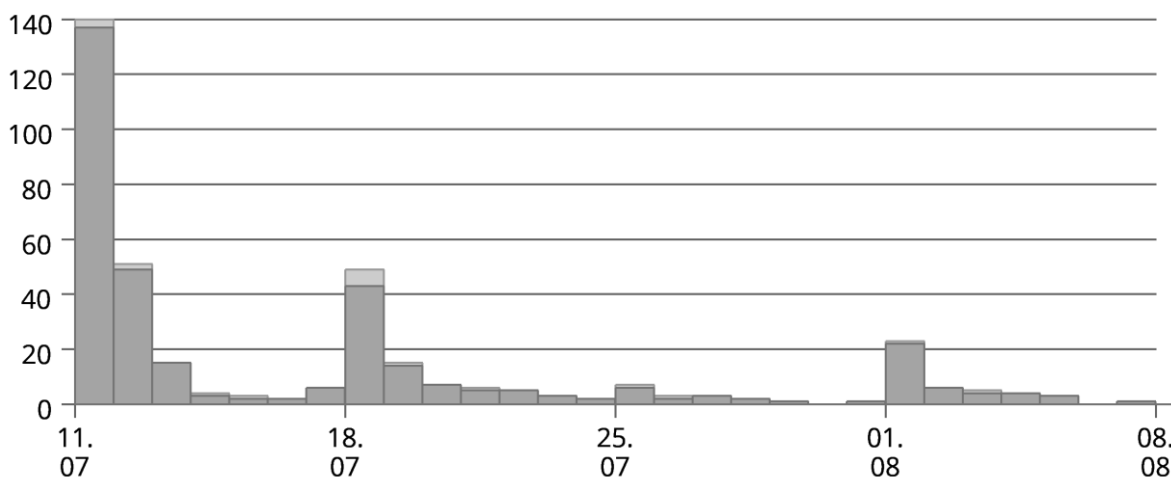


Abb.8: Rücklaufquote der Online-Befragung im Zeitverlauf: dunkelgraue Bereiche kennzeichnen vollständig abgeschlossene Fragebögen, hellgraue Bereiche begonnene Fragebögen (Diagramm erstellt mit SoSci Survey).

3.2 Postalische Befragung

Nicht alle Mitglieder der Grundgesamtheit konnten elektronisch via Email erreicht werden. Aus diesem Grund wurde eine postalische Befragung im Zeitraum des 25. Juli 2016 bis einschließlich 31. August, aus technischen Gründen etwas zeitversetzt zur Online-Befragung, durchgeführt. Sie diente als Ergänzung zum Online-Fragebogen und richtete sich ausschließlich an die 84 Mitglieder, d.h. etwa 10 Prozent der Grundgesamtheit, für die in der Mitgliederdatenbank der sächsischen LINKEN keine Mailadresse vorlag. Das Anschreiben im Format A4 beinhaltete neben einem Begleitschreiben, welches mit Anhang 1 identisch ist, den 5-seitigen Fragebogen sowie einen leeren frankierten Umschlag für die Antwort. Um doppelt ausgefüllte Fragebögen zu vermeiden, erhielt jedes Schreiben zusätzlich eine individuelle vierstellige Identifikationsnummer mit einem entsprechenden Datenschutzhinweis (Abb.9). Die finanzielle und logistische Umsetzung erfolgte durch den Landesverband Sachsen. Im Gegensatz zur Online-Befragung gab es für die postalische Erhebung keine Erinnerungswellen, was maßgeblich darin begründet liegt, dass diese als ergänzende Befragungsmethode nur einen sehr kleinen Teil der Grundgesamtheit abdeckte und dies die Aufwendung weiterer finanzieller Mittel nicht rechtfertigte.

Mit einer Quote von 35,7 Prozent, insgesamt 30 von 84 möglichen Antwortschreiben, ist der Rücklauf zwar ein wenig geringer als der der Online-Befragung, jedoch immer noch höher als der Erwartungswert des Landesverbandes im Vorfeld der Studie. Dieser rechnete, gemessen an seinen Erfahrungswerten mit anderen Mitgliederumfragen, mit einer Gesamtrücklaufquote

von etwa 15 bis 20 Prozent. Die Erhebung für die Mitgliederbefragung 2016 erreichte hingegen mit einem Gesamtrücklauf von 43,3 Prozent, d.h. 378 von 873 vollständig ausgefüllten Fragebögen, einen Wert, der die Erwartungen mehr als verdoppelte.

Mitgliederbefragung 2016	DIE LINKE. <small>LANDESVERBAND SACHSEN</small>
Fragebogennummer: XXXX	
Hinweis: Die Fragebogennummer dient ausschließlich der Vermeidung doppelt ausgefüllter Fragebögen. Eine Rückverfolgung findet zu keinem Zeitpunkt statt. Nach Abschluss der Erhebung werden alle Fragebogennummern unwiderruflich gelöscht. Deine Daten werden somit vollständig anonymisiert.	
<i>Allgemeiner Hinweis: k.A. = keine Angabe</i> <i>Bitte einen gut sichtbaren Stift zum Ankreuzen verwenden</i>	
<i>Bitte so markieren:</i> <input type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>	
<i>Korrektur:</i> <input type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>	

Abb.9: Fragebogenkopf mit Identifikationsnummer und Datenschutzhinweis, Auszug aus dem postalischen Fragebogen für die Mitgliederbefragung 2016 der Partei DIE LINKE Sachsen (eigene Darstellung, leichte Abweichung vom Originalformat).

3.3 Pretestphase und Probleme

Pretests zur Optimierung des Erhebungsinstruments wurden im Vorfeld der Befragung mit unterschiedlichen Gruppen durchgeführt. Sowohl der Online-Fragebogen als auch der postalische Fragebogen wurden getestet mit:

- 14 Mitgliedern des Ortsverbandes Crimmitschau (hauptsächlich ältere Personen)
- 14 Mitgliedern des Jugendverbandes – linksjugend ['solid] – im Kreis Zwickau
- den Mitarbeitern der Landesgeschäftsstelle in Dresden

Der Pretest mit den genannten Personengruppen ermöglichte ein breites Feedback sowohl von älteren und jüngeren Mitgliedern als auch von hauptamtlichen Mitarbeitern der Partei. Dieses fiel weitestgehend sehr positiv aus: Neben einigen wenigen Verbesserungsvorschlägen zu Formulierungen wurde etwa die Schriftgröße von den älteren Befragten bemängelt, worauf diese etwas vergrößert wurde. Inhaltliche Anregungen gab es lediglich in Form von einigen Unklarheiten bei den Fragen zum Inglehart-Index und zur Political Efficacy, wodurch der Fragebogen auch an diesen Stellen in seiner Formulierung etwas optimiert wurde. Das einzige größere Problem innerhalb der Erhebungsphase stellte rückblickend betrachtet Frage 16 (Inglehart-Index) in der postalischen Befragung dar. Diese wurde einige Male entweder falsch beantwortet, indem etwa alle vier Ziele einer Priorität zugeordnet wurden, oder aus Verständnisschwierigkeiten, insbesondere von älteren Personen, ignoriert. Ein weiteres Problem stellten insgesamt 22 ungültige Mailadressen zu Beginn der Erhebungsphase dar.

Durch Recherche und Nachfragen bei den entsprechenden Mitgliedern konnte die Zahl der nicht erreichbaren Personen jedoch auf 7 reduziert werden.

Zu erwähnen ist im Zusammenhang mit möglichen Schwierigkeiten auch der Einfluss der Partei auf das Antwortverhalten der Studienteilnehmer. Da die Umfrage in Kooperation mit der sächsischen LINKEN angefertigt wurde, könnten bei Fragen, die die Partei selbst bzw. deren Beurteilung oder die eigene Parteiaktivität betreffen, Hemmnisse auftreten. Dies würde insbesondere die Fragen 5, 6, 7 sowie 17 betreffen. Auch die Ergebnisse für die selektiven ereignisbezogenen Beitrittsmotivationen aus Frage 12, d.h. diejenigen, die den Parteieintritt aus der Hoffnung auf persönliche Vorteile erklären, könnten durch diesen Faktor verzerrt werden.

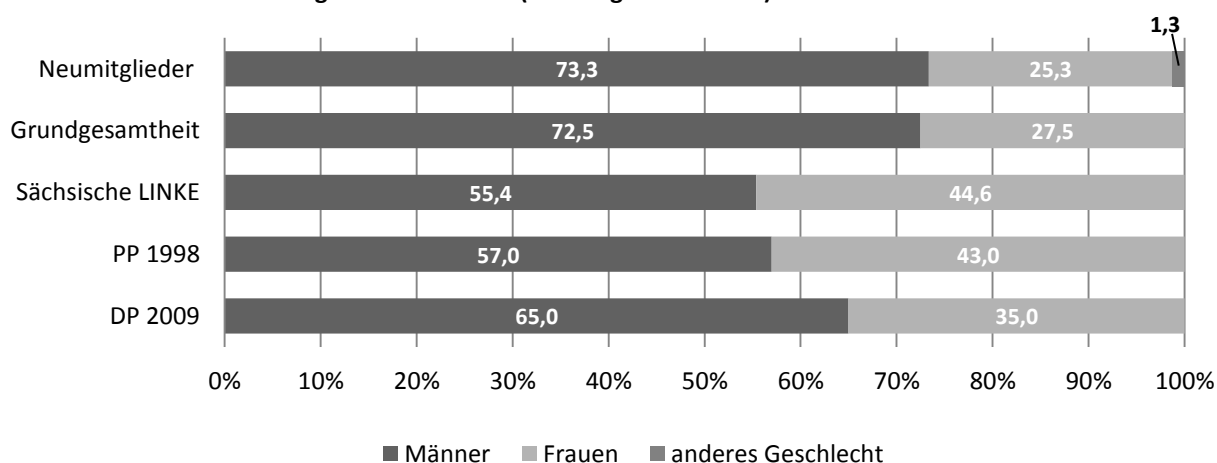
4 Ergebnisse und Auswertung

4.1 Soziodemografie und Parteiaktivität

4.1.1 Soziodemografische Struktur der Neumitglieder

Das erste Merkmal zur Untersuchung der Sozialstruktur ist das Geschlecht (Abb.10). An der Mitgliederbefragung 2016 nahmen laut Umfrageergebnissen 275 Männer (73,3 Prozent) und 95 Frauen (25,3 Prozent) teil. 5 Personen gaben ein anderes Geschlecht an (1,3 Prozent) und 3 Befragte beantworteten diese Frage nicht. Damit repräsentieren die Werte fast exakt die tatsächliche Geschlechterverteilung der befragten Grundgesamtheit⁸³. Im Vergleich zu allen Mitgliedern der sächsischen LINKEN⁸⁴ ist auffällig, dass der männliche Anteil der Neumitglieder im Vergleich zu allen Parteimitgliedern in Sachsen deutlich höher ausfällt. Dieser Trend wird auch durch den Vergleich der beiden bundesdeutschen Studien – Potsdamer Parteimitgliederstudie von 1998 (PP 1998) und Deutsche Parteimitgliederstudie von 2009 (DP 2009) – bestätigt.

Abb. 10: Zusammensetzung nach Geschlecht (Neumitglieder N=373)



Ein plausibler Erklärungsansatz hierfür ist, dass insbesondere ältere weibliche Mitglieder, die vor 1990 in die SED eingetreten sind, allmählich versterben und seither weniger Frauen in die Partei eintreten. Dies ist, verglichen mit anderen Parteien wie etwa der SPD und der CDU, deren Mitgliedschaft ebenfalls nur etwa ein Viertel Frauen umfasst⁸⁵, nicht ungewöhnlich. Der nach wie vor hohe Frauenanteil der LINKEN in Sachsen ist daher maßgeblich als Nachwirkung höherer weiblicher Mitgliederzahlen in der DDR zu werten, welche nach und

⁸³ Die relativen Häufigkeiten wurden mithilfe der Mitgliederdatenbank des Landesverbandes DIE LINKE. Sachsen ermittelt und basieren hier auf den 873 Mitgliedern, die der Grundgesamtheit der Mitgliederbefragung 2016 angehören.

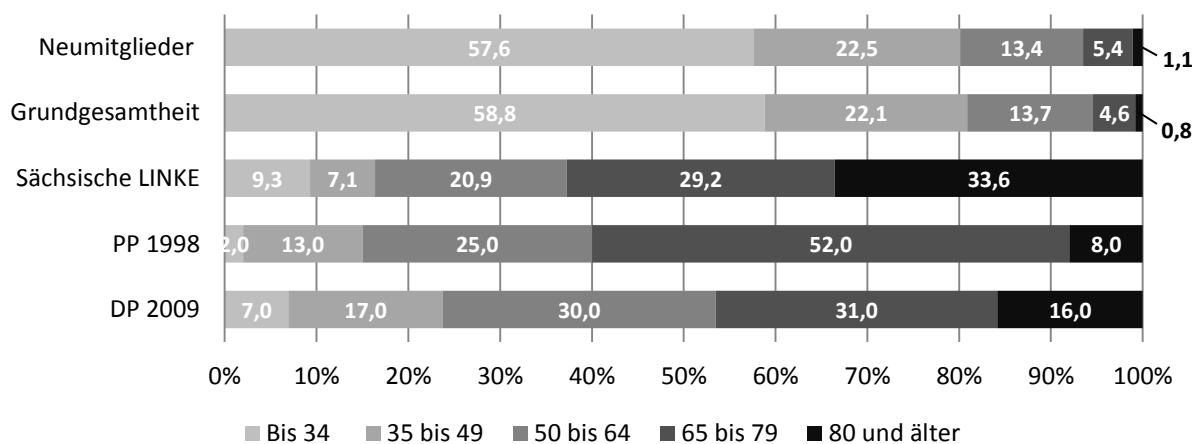
⁸⁴ Die relativen Häufigkeiten wurden mithilfe der Mitgliederdatenbank des Landesverbandes DIE LINKE. Sachsen ermittelt und basieren hier auf allen 8483 Mitgliedern des sächsischen Landesverbandes, die bis 31. Mai 2016 ihren Eintritt erklärt haben.

⁸⁵ Vgl. Niedermayer 2015, S.18.

nach schwinden. Die Tendenz der sächsischen LINKEN hin zu einem deutlich höheren männlichen Anteil markiert demnach die Angleichung an die bundesdeutsche Situation aller Parteien, in der Frauen allgemein unterrepräsentiert sind.

Nach dem Geschlecht stellt das Alter des Befragten ein zweites soziostrukturelles Merkmal dar (Abb.11). Hier beantworteten 5 Personen (1,3 Prozent) die Frage nicht. Ebenso wie bei der Variable Geschlecht entspricht das Ergebnis der ausgefüllten Umfragen fast genau der Altersstruktur der Grundgesamtheit aller Befragten. Es gilt festzustellen, dass die Grundgesamtheit der Neumitglieder im Vergleich zur Gesamtmitgliedschaft der sächsischen LINKEN insbesondere mit einem Anteil von 58,8 Prozent unter 35 Jahren und einem Anteil von 22,1 Prozent im Bereich 35 bis 49 Jahren deutlich jünger ist. Dies ist im bundesdeutschen Vergleich zu anderen Parteien nicht ungewöhnlich, sondern stellt den Regelfall dar.⁸⁶ Trotz der höheren Bereitschaft jüngerer Menschen zum Parteibeitritt bleiben ältere Personen in der sächsischen LINKEN überrepräsentiert: 62,8 Prozent der Mitglieder sind 65 oder älter. Zwar konnte DIE LINKE im bundesdeutschen Kontext ihre Mitgliedschaft etwas verjüngen, wie aus dem Vergleich der beiden Studien von 1998 und 2009 hervorgeht, jedoch ist dies vor allem auf den Zusammenschluss von WASG und PDS im Jahr 2007 zurückzuführen, bei dem sich maßgeblich die Altersstruktur der Landesverbände in den alten Bundesländern durch den Zugewinn jüngerer Mitglieder aus der WASG veränderte, während das hohe Durchschnittsalter in den Landesverbänden der neuen Bundesländer – in Sachsen zum Zeitpunkt der Erhebung für die Mitgliederbefragung 2016 rund 67,7 Jahre⁸⁷ – nahezu unverändert blieb.

Abb. 11: Zusammensetzung nach Alter (Neumitglieder N=373)

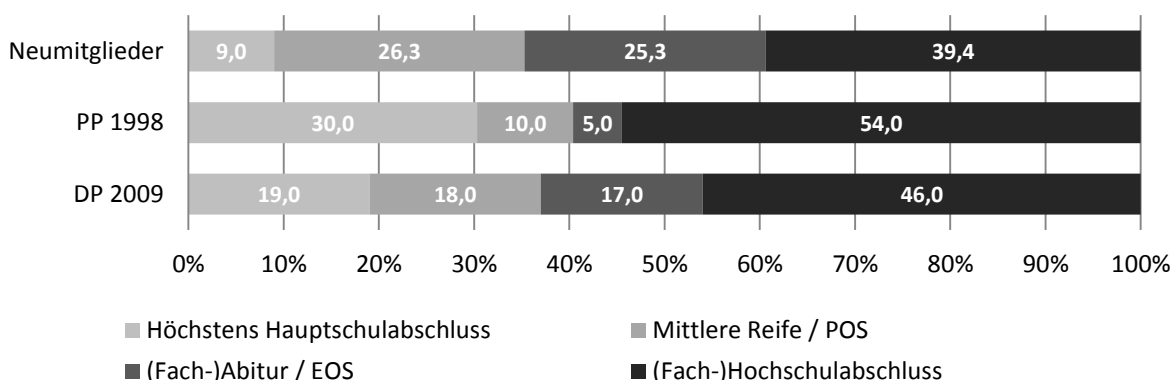


⁸⁶ Vgl. Niedermayer 2015, S.31f.

⁸⁷ Mithilfe der Mitgliederdatenbank des Landesverbandes DIE LINKE. Sachsen ermittelt.

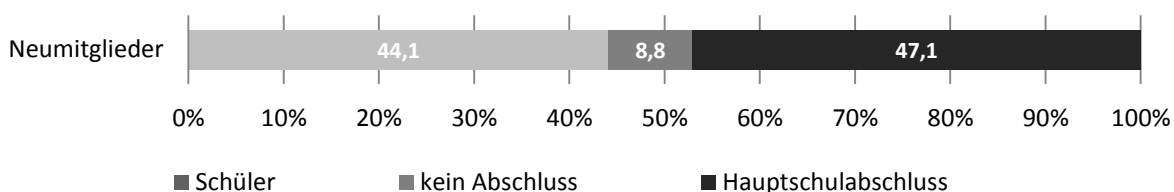
Mit Blick auf die formale Bildung (Abb.12) erschließt sich ein wesentliches Merkmal der Ressourcentheorie aus Abschnitt 2.3.1, welche besagt, dass ein höherer Bildungsstand den Parteibeitritt begünstigt. Als Ergebnis der Umfrage gaben 64,7 Prozent der Befragten an, über mindestens die Hochschulreife zu verfügen (25,3 Prozent (Fach-)Abitur / EOS und 39,4 Prozent (Fach-)Hochschulabschluss). Ein Abgleich mit der Grundgesamtheit ist an dieser Stelle nicht mehr möglich, da die Mitgliederdatenbank der sächsischen LINKEN lediglich Geschlecht und Alter als soziodemografische Merkmale erfasst. Zwar ist der Anteil mit abgeschlossener Hochschulausbildung im Vergleich zu den Studien von 1998 und 2009 geringer, jedoch bilden diese die formale Bildung aller Mitglieder der Partei ab. Demnach ist der relative Anteil derer, die ihre akademische Ausbildung bereits beendet haben höher als bei der Mitgliederbefragung 2016, deren Teilnehmer wesentlich jünger sind und sich daher mit höherer Wahrscheinlichkeit noch in einem laufenden Ausbildungsverhältnis befinden. Dies wird auch durch den vergleichsweise hohen Anteil von Personen belegt, die zwar über die Hochschulreife verfügen, jedoch noch keinen weiteren Abschluss erworben haben. Zu dieser Gruppe gehören vor allem Studenten, wie der spätere Blick auf den Erwerbsstatus zeigt.

Abb. 12: Zusammensetzung nach formaler Bildung (Neumitglieder N=376)



Auffällig ist hingegen, dass sich im Verhältnis zur Gesamtmitgliedschaft sehr wenige niedriger gebildete Personen, d.h. diejenigen, die über maximal einen Hauptschulabschluss verfügen, befinden. Diese Gruppe bildet mit 9 Prozent den kleinsten relativen Anteil und kann nochmals in drei verschiedene Merkmale – Schüler, kein Abschluss und Hauptschulabschluss – unterteilt werden (Abb.13). Hier bildet das Merkmal „kein Abschluss“ mit 8,8 Prozent die

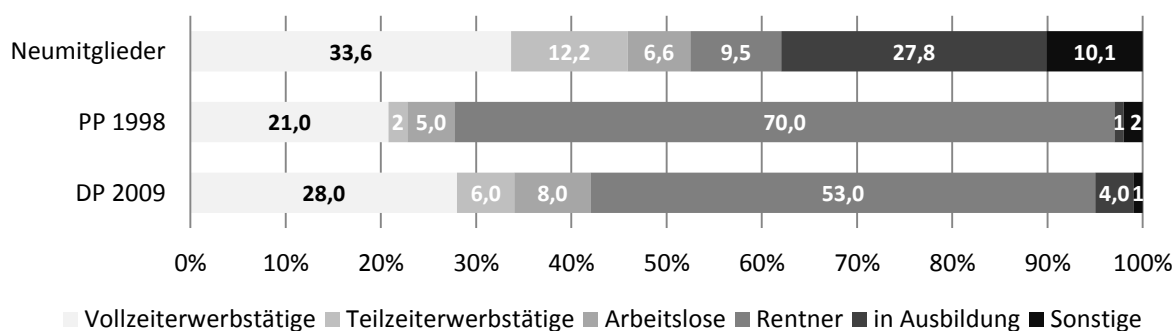
Abb. 13: Zusammensetzung des Merkmals "Höchstens Hauptschulabschluss" (N=34)



kleinste Gruppe. Im Vergleich der beiden bundesdeutschen Studien wird der Trend hin zu höher gebildeten Parteimitgliedern ebenfalls bestätigt: Besaßen 1998 noch 30 Prozent höchstens einen Hauptschulabschluss, reduzierte sich der relative Anteil auf 19 Prozent im Jahr 2009. Die Ressourcentheorie wird daher in allen drei Befragungen zur formalen Bildung bestätigt.

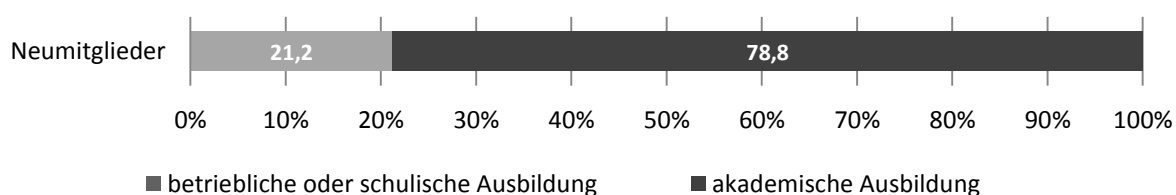
Ein ähnliches Bild unterstreicht die Analyse des Erwerbsstatus (Abb.14). Der Vergleich zu den beiden bundesdeutschen Studien ist hier problematisch, da der Anteil von Rentnern in beiden Fällen die größte Personengruppe umfasst. Da sich unter den Neumitgliedern jedoch – wie vorrangig bereits festgestellt – nur wenige ältere Personen befinden, ist diese Gruppe bei der Mitgliederbefragung 2016 folglich eher klein. Erkennbar ist jedoch, dass der Erwerbsstatus der Neumitglieder den (relativen) Trend hin zu weniger älteren Mitgliedern und mehr Auszubildenden und Voll- bzw. Teilzeiterwerbstätigen, welcher sich mit Blick auf 1998 und 2009 vollzog, weiter forciert. Die beiden größten Gruppen stellen hierbei Vollzeiterwerbstätige und Auszubildende dar. Die nähere Betrachtung der letzteren Gruppe

Abb. 14: Zusammensetzung nach Erwerbsstatus (Neumitglieder N=375)



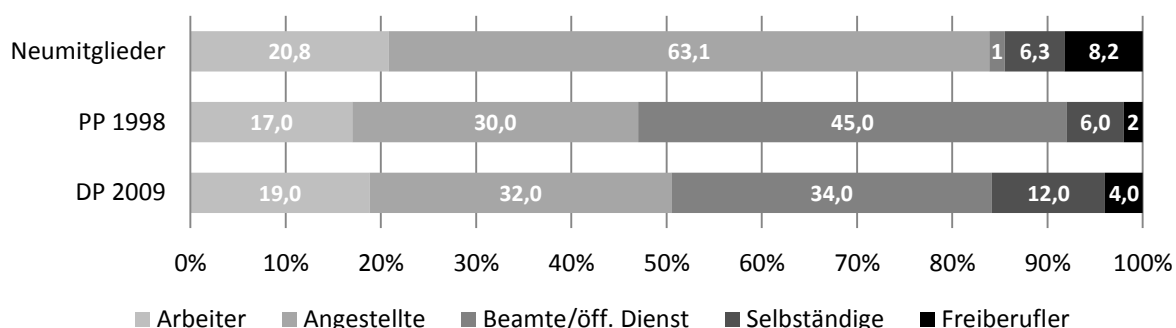
ermöglicht eine bessere Differenzierung des Ausbildungsverhältnisses und unterstützt die Ressourcentheorie hinsichtlich der Bildung (Abb.15): 78,8 Prozent der Auszubildenden befinden sich in einem Studium und lediglich weniger als ein Viertel in einer betrieblichen oder schulischen Ausbildung.

Abb. 15: Zusammensetzung des Merkmals "in Ausbildung" (N=104)



Als weitere soziodemografische Variable wurde die berufliche Stellung bzw. das Beschäftigungsverhältnis der erwerbstätigen Neumitglieder erfasst. Diese klammert hier, ebenso wie in den Studien von 1998 und 2009, den Status des Auszubildenden und des Rentners aus und konzentriert sich auf die Merkmale Arbeiter, Angestellte, Beamte/öffentlicher Dienst, Selbständige und Freiberufler (Abb.16). Dementsprechend kleiner fällt mit 255 Personen (67,5 Prozent aller Teilnehmer) die Anzahl derer aus, die diese Frage beantwortet haben. Bei den verbliebenen 32,5 Prozent, die diese Frage übersprungen oder mit „Sonstige“ beantwortet haben, handelt es sich somit zum großen Teil um jüngere Personen, die noch keinen berufsqualifizierten Abschluss erlangt haben oder um Rentner.

Abb. 16: Zusammensetzung nach Beschäftigungsverhältnis (Neumitglieder N=255)



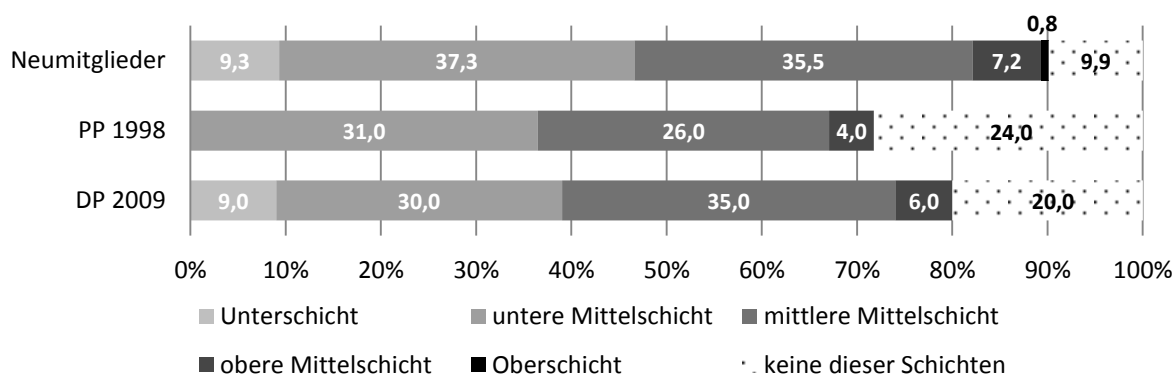
Im Vergleich zu beiden bundesdeutschen Studien ist der Anteil von Beamten bei den Neumitgliedern in Sachsen mit 1,6 Prozent signifikant niedriger und stellt kein bedeutendes Rekrutierungsfeld der LINKEN dar. Die Ressourcentheorie, welche diese Berufsgruppe als besonders überrepräsentiert in Parteien proklamiert (Siehe Abschnitt 2.3.1), bestätigt sich in der Neumitgliederstruktur somit keinesfalls. Ein möglicher – und an dieser Stelle rein hypothetischer – Ansatz, um den hohen Anteil dieser Gruppe im Kontext der bundesdeutschen Studien zu erklären, ist daher folglich, dass angehende Beamte ihren Eintritt bereits vor dem Beenden ihrer Ausbildung erklären und nach dem Abschluss in der Partei verbleiben. Auch der hohe Anteil von Angestellten, welcher mit 63,1 Prozent etwa doppelt so hoch ausfällt, bestätigt nicht die Ergebnisse der beiden Vergleichsstudien. Möglicherweise umfasst diese Gruppe jedoch eine große Zahl von Personen, die zwar im öffentlichen Dienst tätig sind, sich aber der Gruppe der Angestellten zugeordnet haben.

Zur Überprüfung der Cleavagetheorie gilt es bei der LINKEN besonders, den Anteil der Arbeiter zu betrachten. Dieser deckt sich mit einem etwas höheren Wert von 20,8 Prozent bei den sächsischen Neumitgliedern mit den Erkenntnissen von 1998 und 2009. Im parteiübergreifenden Kontext erreicht nur die SPD einen vergleichbar hohen Wert (1998: 22

Prozent, 2009: 16 Prozent⁸⁸), wodurch das Selbstverständnis der LINKEN als Partei in der Tradition der Arbeiterbewegung – zumindest in Relation zu anderen Parteien – durch den größeren Anteil dieser Gruppe bestätigt wird. Der Blick auf die absoluten Häufigkeiten zeigt jedoch, dass sich von allen 378 Befragten lediglich 53 Personen (14 Prozent) der Gruppe der Arbeiter zugeordnet haben und diese somit etwa im Vergleich zur Gruppe der Studenten oder Angestellten nur einen vergleichsweise kleinen Anteil innerhalb der sächsischen Neumitgliederstruktur darstellt.

Die ökonomische Situation wurde in der Umfrage durch das Merkmal der subjektiven Schichteinstufung erfasst, welche einerseits eine Auskunft über die wirtschaftlichen Ressourcen des Befragten ermöglicht und andererseits Rückschlüsse auf sozio-ökonomische Cleavages zulässt (Abb.17). Es gilt zunächst festzustellen, dass der relative Anteil der Neumitglieder, die sich keiner Schicht zuordnen, mit 9,9 Prozent im Vergleich zu den bundesdeutschen Studien wesentlich geringer ausfällt. Ebenso feststellbar ist eine Tendenz hin zur Einordnung in niedrigere Schichten. So gaben mit 46,6 Prozent fast die Hälfte aller Befragten eine Zugehörigkeit zur Unterschicht bzw. unteren Mittelschicht an, während 2009 lediglich 39 Prozent und 1998 nur 31 Prozent diese Antwortmöglichkeiten wählten. Da eine

Abb. 17: Zusammensetzung nach sub. Schichteinstufung (Neumitglieder N=375)



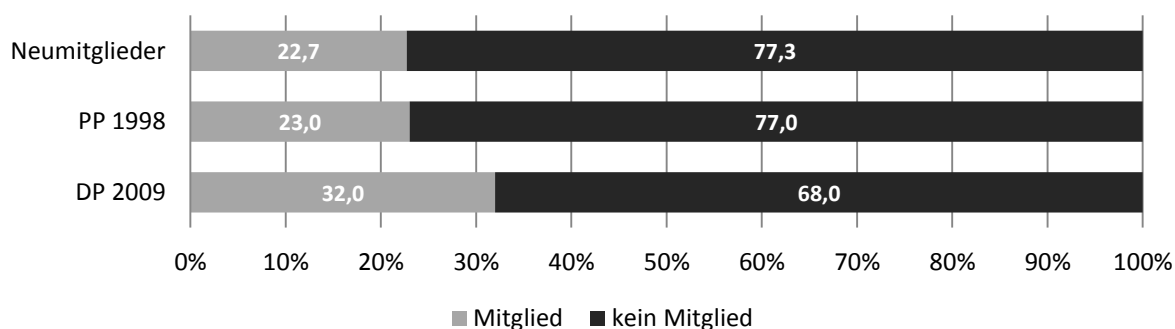
Grundannahme der Ressourcentheorie davon ausgeht, dass sich Parteimitglieder besonders aus Personenkreisen mit größeren wirtschaftlichen Mitteln rekrutieren, ist festzustellen, dass dies durch die Ergebnisse der Mitgliederbefragung 2016 nicht bestätigt werden kann. Vielmehr ist eine gesteigerte Bereitschaft zur Einordnung in eine Schicht bzw. der Trend hin zu niedrigeren Schichten mit geringeren ökonomischen Mitteln erkennbar. Diese Identifizierung mit sozio-ökonomisch schwächeren Gruppen unterstützt die Cleavagetheorie ausgehend vom Selbstverständnis der LINKEN, die sich insbesondere sozialpolitisch gegen eine

⁸⁸ Spier et al. 2011, S.50.

Umverteilung von „unten nach oben“⁸⁹ einsetzt und programmatisch die Verbesserung der Lebenssituation, insbesondere in unteren gesellschaftlichen Schichten, als ein Ziel definiert.

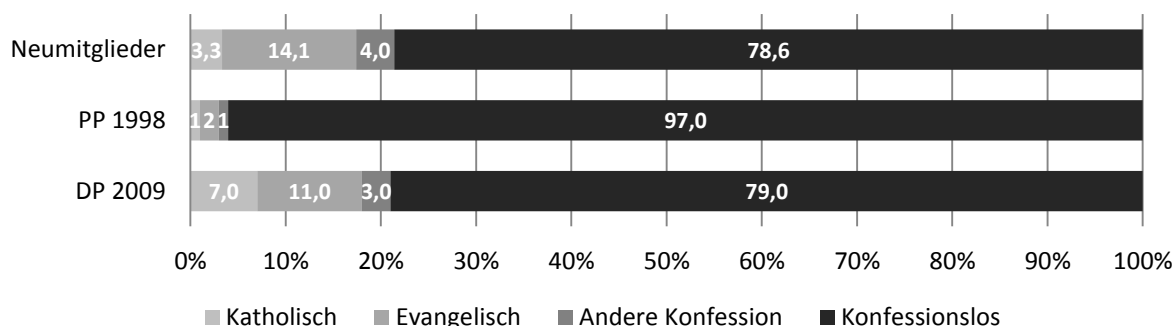
Zwei weitere Indikatoren zur Überprüfung der Cleavagetheorie stellen Gewerkschafts- und Konfessionszugehörigkeit der Befragten (Abb.18 und 19) dar. Mit Fokus auf erstere ist festzustellen, dass Gewerkschaftsmitglieder unter den Neumitgliedern in Sachsen mit 22,7 Prozent einen ähnlichen Anteil besitzen wie 1998 auf bundesdeutscher Ebene: Rund ein Viertel derer, die in den letzten fünf Jahren der Partei beigetreten sind, sind zusätzlich in einer Gewerkschaft organisiert. Der größere Sprung im bundesdeutschen Zusammenhang, welcher durch einen Anstieg der Gewerkschaftsmitglieder in der gesamten Partei auf 32,0 Prozent im Jahr 2009 erfolgte, ist zudem maßgeblich als ein Effekt der Vereinigung von PDS und WASG im Jahr 2007 zu werten, welcher einen Zugewinn von Gewerkschaftsmitgliedern – insbesondere in den alten Bundesländern – bewirkte.

Abb. 18: Zusammensetzung nach Gewerkschaftszugehörigkeit (Neumitglieder N=369)



Hinsichtlich des religiösen Cleavages decken sich die Ergebnisse der Mitgliederbefragung 2016 mit den Erkenntnissen der Deutschen Parteimitgliederstudie. Lediglich der Anteil von Katholiken und Protestanten fällt, bedingt durch das Bundesland Sachsen, im Vergleich zum bundesdeutschen Kontext geringfügig unterschiedlich aus. Die stark abweichenden Ergeb-

Abb. 19: Zusammensetzung nach Konfessionszugehörigkeit (Neumitglieder N=374)

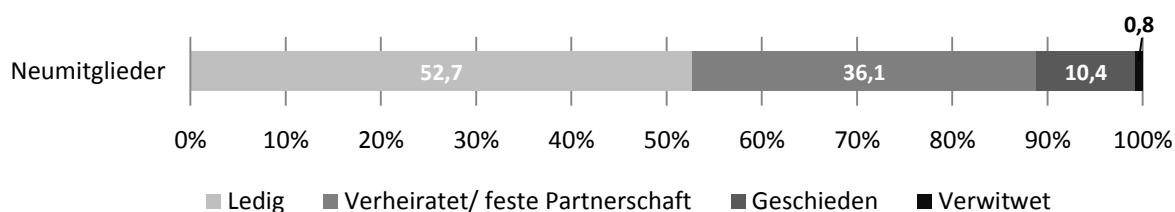


⁸⁹ DIE LINKE 2011, S.34.

nisse von 1998 und 2009 sind hingegen ebenfalls als eine Auswirkung der Vereinigung von PDS und WASG zu interpretieren, bei denen insbesondere neue Mitglieder in den – religiöser geprägten – alten Bundesländern rekrutiert wurden.

Ein letztes soziodemografisches Merkmal ist der Familienstand der Befragten (Abb.20). Dieser findet sich nicht im Katalog von Spier et al., ermöglicht aber eine Aussage über das persönliche bzw. familiäre Umfeld des Befragten und darüber, inwieweit Familienstrukturen durch die Neumitglieder der LINKEN repräsentiert werden. Die Ergebnisse zeigen, dass über die Hälfte der Teilnehmer ledig ist (52,7 Prozent) und 36,1 Prozent entweder verheiratet sind oder sich in festen Partnerschaften befinden. 10,4 Prozent gaben hingegen an, geschieden zu sein und 0,8 Prozent sind verwitwet.

Abb. 20: Zusammensetzung nach Familienstand (N=374)



4.1.2 Gesellschaftliche Verwurzelung der Neumitglieder

Nachdem der vorherige Abschnitt die Ergebnisse des soziodemografischen Fragekomplexes einzeln und im Vergleich zu den beiden bundesdeutschen Parteimitgliederstudien darstellte, gilt es nun, die gesellschaftliche Verwurzelung der Neumitglieder zu untersuchen. Gemäß der Verbindungsfunktion von Parteien zwischen Gesellschaft und Staat (Die Parteien „wurzeln (...) mit den Füßen in der Gesellschaft, reichen aber mit dem Kopf in den Staat.“⁹⁰) steht dabei die Frage im Mittelpunkt, inwieweit bestimmte soziale Gruppen der sächsischen Bevölkerung auch in der Partei DIE LINKE repräsentiert sind. Zu diesem Zweck stellt Tab.3 eine vergleichende Übersicht aller abgefragten soziodemografischen Merkmale dar, in der die Ergebnisse der Mitgliederbefragung jeweils im Kontext zur Soziodemografie der sächsischen Bevölkerung betrachtet werden. Mit Ausnahme der Daten zur Gewerkschaftszugehörigkeit⁹¹ und zur subjektiven Schichteinstufung⁹² entstammen alle Zahlen für Sachsen aus der Datenbank der jüngsten Zensus-Befragung von 2011⁹³. Des Weiteren ist anzumerken, dass

⁹⁰ Oberreuter, Heinrich: Politische Parteien. Stellung und Funktion im Verfassungssystem der Bundesrepublik, in: Mintzel, Alf/Oberreuter, Heinrich (Hg.): Parteien in der Bundesrepublik, Bonn 1990, S.24.

⁹¹ Vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund Bezirk Sachsen (Hg.): Zahlen & Mitglieder, in: <http://sachsen.dgb.de/uber-uns/bezirk/zahlen-mitglieder> (Letzter Zugriff: 01.01.2017).

⁹² Vgl. dimap (Hg.): Sachsen-Monitor 2016. Ergebnisbericht, Bonn 2016, S.16.

⁹³ Bayerisches Landesamt für Statistik (Hg.): Zensusdatenbank – Zensus 2011 der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, in: <https://ergebnisse.zensus2011.de/> (Letzter Zugriff: 01.01.2017).

Merkmal	Vergleich (Angaben in %)	
Geschlecht	Neumitglieder	
	sächs. Bev.	
Alter	Neumitglieder	
	sächs. Bev.	
Formale Bildung	Neumitglieder	
	sächs. Bev.	
Erwerbsstatus	Neumitglieder	
	sächs. Bev.	
Beschäftigung	Neumitglieder	
	sächs. Bev.	
Subjektive Schichtestufung	Neumitglieder	
	sächs. Bev.	
Gewerkschaft	Neumitglieder	
	sächs. Bev.	
Konfession	Neumitglieder	
	sächs. Bev.	
Familienstand	Neumitglieder	
	sächs. Bev.	

Tab.3: Gesellschaftliche Verwurzelung der Neumitglieder in Sachsen, eigene Darstellung.

die Bevölkerungsdaten alle Personen ungeachtet des Alters erfassen und die Teilnehmer der Neumitgliederbefragung nach §2 Abs. 1 der Bundessatzung der Partei DIE LINKE mindestens das 14. Lebensjahr vollendet haben müssen, da der Erwerb der Mitgliedschaft erst ab diesem Alter möglich ist⁹⁴. Personen unterhalb dieser Altersgrenze können demnach nicht unter den Mitgliedern der Partei repräsentiert sein. Weiterhin mussten einige Merkmalsausprägungen, wie etwa die Altersklassen, abgeändert werden, um eine Vergleichbarkeit mit den Daten des Zensus zu ermöglichen. Auch wurde aus diesem Grund die Komplexität der Merkmalsausprägungen in einigen Fällen, wie beispielsweise bei Beschäftigung, Erwerbsstatus oder Konfession, reduziert: So unterteilt sich etwa der Vergleich des Erwerbsstatus nur noch in die Kategorien „Erwerbspersonen“ und „Nichterwerbspersonen“, da die im Zensus verfügbaren Daten kein komplexeres Informationsniveau enthalten.

Im Vergleich zur gesamten sächsischen Bevölkerung kann festgestellt werden, dass die Gruppen der Männer mit einem Anteil von mehr als 70 Prozent und die der höher gebildeten Personen – insbesondere Akademiker (39,4 Prozent mit Hochschulabschluss) – unter den Neumitgliedern der LINKEN überrepräsentiert sind. Dies bestätigt zum einen das Cleavage der Politik als vorwiegend männlich dominierten Bereich sowie die Ressourcentheorie durch eine höhere formale Bildung als einflussreicher Faktor für politische Partizipation. Auch Gewerkschaftsmitglieder sind unter den Neumitgliedern überrepräsentiert. Ihr Anteil ist mit 22,7 Prozent mehr als dreimal so hoch wie der in der sächsischen Bevölkerung (6,8 Prozent). Weniger überrepräsentiert, aber ebenfalls unter den Neumitgliedern mit 51,8 Prozent anteilig mehr als 10 Prozent größer als unter der sächsischen Bevölkerung ist die Gruppe derer, die sich der Unterschicht oder der unteren Mittelschicht zuordnen (sächs. Bev.: 41 Prozent). Beide Ergebnisse sprechen für die Cleavagetheorie, da sich DIE LINKE, wie im vorherigen Abschnitt bereits erwähnt, als Partei in der Tradition der deutschen Arbeiterbewegung sieht und darüber hinaus die Interessen der unteren Schichten vertreten will. Ein weiterer Unterschied findet sich in der Altersstruktur der Neumitglieder: 41,1 Prozent sind hier der Kategorie „Bis 29“ zugehörig (sächs. Bev.: 27,2 Prozent) und lediglich 19,8 Prozent sind 50 oder älter (sächs. Bev.: 46,2 Prozent). Aufgrund dessen erscheint das Alter als ein weiterer wesentlicher Einflussfaktor für den Parteibeitritt, wobei insbesondere jüngere Altersgruppen eher zum Eintritt neigen. Hierdurch ist folglich auch der größere Anteil lediger Personen unter den Neumitgliedern abzuleiten (Neumitglieder: 52,7 Prozent, sächs. Bev. 39,7 Prozent).

⁹⁴ Vgl. DIE LINKE (Hg.): Bundessatzung der Partei DIE LINKE, §2, in: <https://www.die-linke.de/partei/dokumente/bundessatzung-der-partei-die-linke/2-die-basis-der-partei/2-erwerb-der-mitgliedschaft/> (Letzter Zugriff: 01.01.2017).

Unerwartet ist zudem die recht hohe Repräsentation des religiösen Cleavages innerhalb der sächsischen Neumitgliederstruktur. Diese fällt im bundesweiten Vergleich der LINKEN mit der deutschen Bevölkerung sowohl in der Potsdamer Parteimitgliederstudie von 1998 als auch in der Deutschen Parteimitgliederstudie von 2009 niedrig aus, was sich in einem sehr geringen Anteil religiöser Mitglieder in der Partei äußert.⁹⁵ In Sachsen deckt sich jedoch etwa der Anteil der Katholiken unter den Mitgliedern mit dem relativen Anteil der katholischen Einwohner in Sachsen (Neumitglieder: 3,3 Prozent, sächs. Bev. 3,6). Auch der evangelische Anteil ist mit 14,1 Prozent nur etwa ein Drittel niedriger als der der gesamt-sächsischen Bevölkerung (20,3 Prozent).

Zusammenfassend ist festzustellen, dass sich das Profil der Neumitglieder innerhalb der sächsischen LINKEN – ausgehend von der soziodemografischen Struktur – vorrangig durch junge, männliche Akademiker definiert, die sich der unteren Mittelschicht zuordnen. Unterrepräsentiert sind hingegen Frauen und niedrig gebildete Personen sowie Selbstständige. Auch ältere Personengruppen sind innerhalb der Neumitgliederstruktur, deren Durchschnittsalter bei 36,2 Jahren liegt, weniger vertreten, jedoch bleiben diese Gruppen im Kontext aller sächsischen Mitglieder (Durchschnittsalter: 67,7 Jahre⁹⁶) in der Partei stark überrepräsentiert.

4.1.3 Neumitglieder innerhalb der Parteistruktur

Neben dem Blick auf die Soziodemografie der Neumitglieder ist deren Einordnung und Aktivität innerhalb der bestehenden Parteistrukturen ein zweiter Schwerpunkt in Komplex I. Dabei soll zunächst die Organisationsebene, d.h. wann und wo sind die Neumitglieder in die Partei eingetreten, deskriptiv ausgewertet werden. Dies erfolgte durch die Erfassung des Eintrittsjahres und des Kreisverbandes.

Ersteres wird in Abb.21 dargestellt und vergleicht die absoluten Zahlen der in der Mitgliederdatenbank (Grundgesamtheit) verzeichneten Eintrittsjahre von Personen, die zum 31. Mai 2016 noch Mitglied der Partei waren, mit den Eintrittsjahren der Studienteilnehmer. Dabei gilt es zu beachten, dass für das Jahr 2016 nur Personen berücksichtigt wurden, die bis einschließlich 31. Mai ihren Beitritt erklärt haben. Bei Betrachtung des Diagramms wird zunächst deutlich, dass die Bereitschaft zur Teilnahme an der Mitgliederbefragung 2016 mit dem Eintrittsjahr leicht stieg und 2016 sogar eine Quote von etwa 80 Prozent (79 von 99)

⁹⁵ Vgl. Spier et al. 2011, S.54.

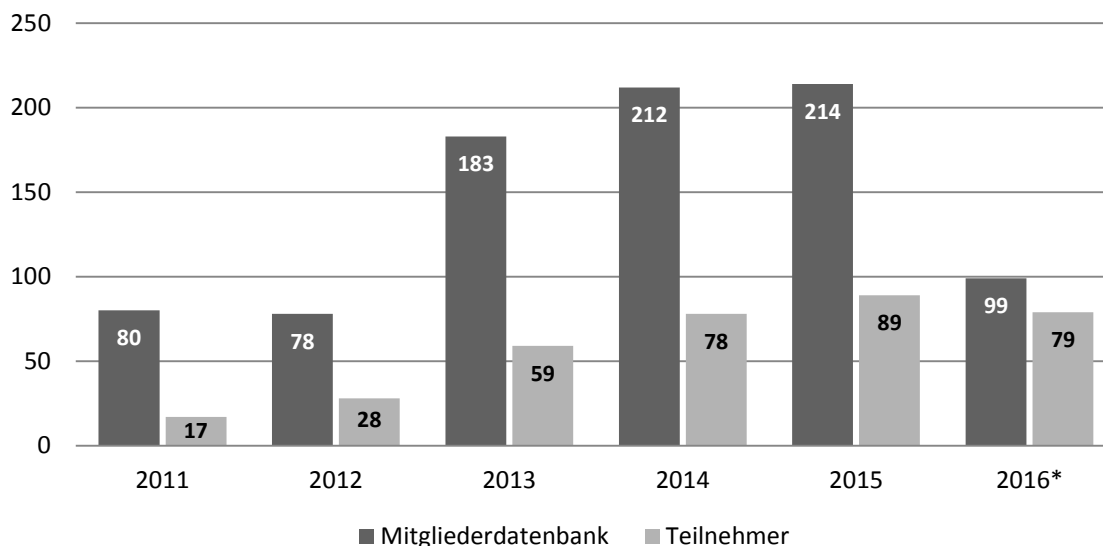
⁹⁶ Das Durchschnittsalter wurde mithilfe der Mitgliederdatenbank des Landesverbandes DIE LINKE. Sachsen ermittelt und basiert hier auf allen 8483 Mitgliedern des sächsischen Landesverbandes, die bis 31. Mai 2016 ihren Eintritt erklärt haben.

erreicht. Dies verursacht eine geringfügige Überrepräsentation der Eintrittsjahrgänge 2013 bis 2016 innerhalb der Studie.

Eine zweite Erkenntnis, die aus der Darstellung entnommen werden kann, ist zudem die Zäsur zwischen den Jahren 2012 und 2013, dem Jahr der letzten Bundestagswahl. Da die vorliegenden Daten aus der Mitgliederdatenbank jedoch nicht die absolute Zahl aller Eintritte erfassen, sondern lediglich diejenigen Personen, die bis zum Stichtag des 31. Mai 2016 noch Mitglied der Partei waren, kann an dieser Stelle keine endgültige Aussage darüber getroffen werden, ob die Beitrittszahl 2013 rapide gestiegen ist, oder sich die Austrittszahl stark verringert hat. Wahrscheinlicher ist jedoch, dass sich der Bundestagswahlkampf als wesentlicher Faktor positiv auf die Beitrittszahlen ausgewirkt hat.

Abb. 21: Neumitglieder nach Eintrittsjahr (Teilnehmer N=350)

*für 2016: nur Eintritte bis einschließlich 31.Mai



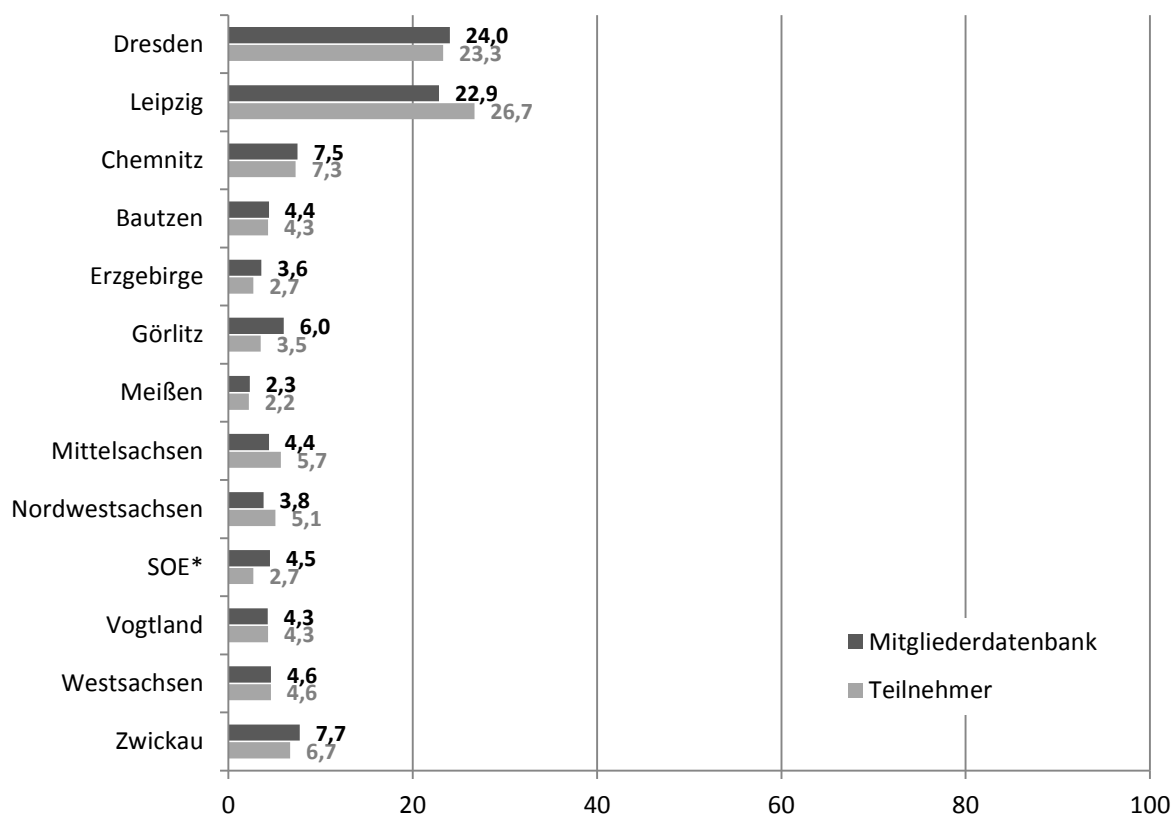
Der zweite Faktor ist die – bereits erwähnte – Einordnung der Neumitglieder nach Kreisverband, wodurch lokale Unterschiede hinsichtlich der Rekrutierungsfähigkeit der Partei in den einzelnen sächsischen Kreisen und kreisfreien Städten deutlich werden.

Abb.22 zeigt dafür zunächst die Daten der Mitgliederdatenbank im Vergleich zu den Studienteilnehmern in relativen Häufigkeiten, um die Repräsentation der Teilnehmer zu prüfen. Dabei fällt eine leichte Unterrepräsentation der Landkreise Görlitz und Sächsische Schweiz-Osterzgebirge innerhalb der Studie auf, ebenso wie die – ebenfalls geringe – Überrepräsentation der Kreise Mittelsachsen und Nordwestsachsen sowie des Stadtverbands Leipzig.

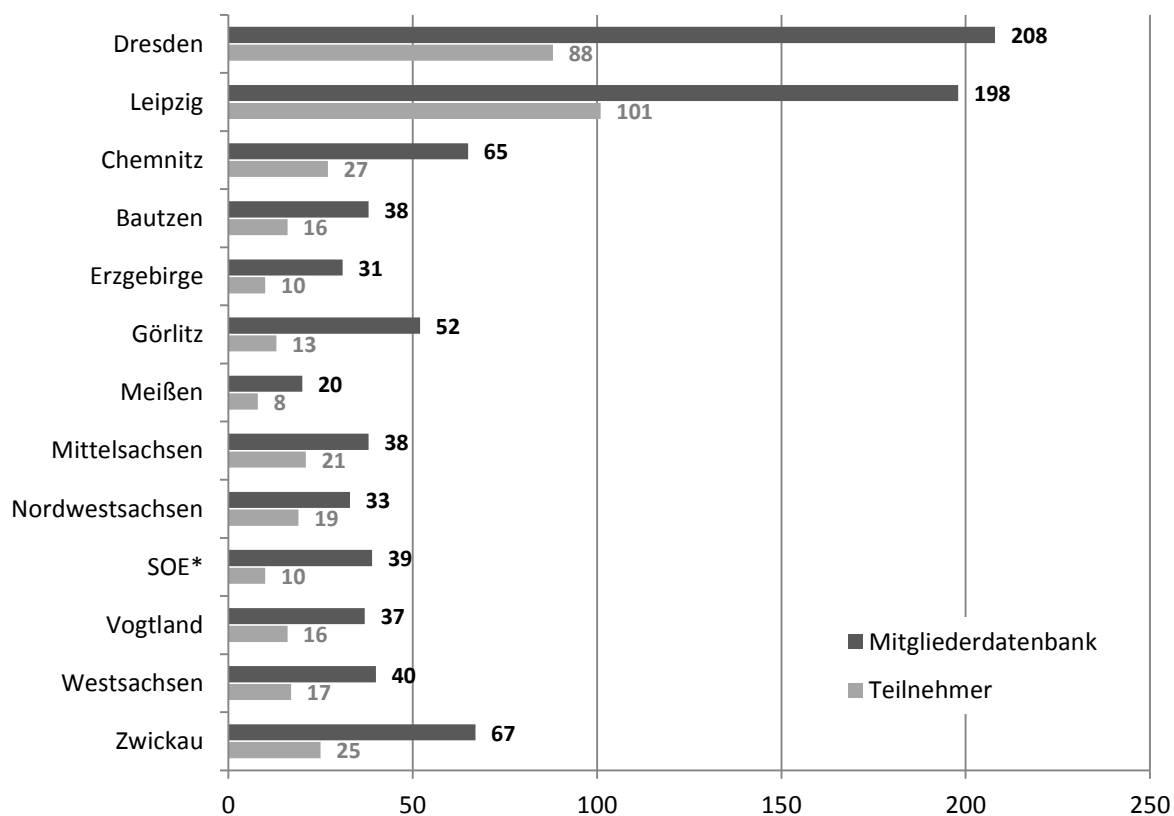
Abb.23 enthält hingegen die absoluten Häufigkeiten entsprechend verteilt auf die Kreisverbände. Auffallend sind hierbei die hervorstechenden Zahlen der drei kreisfreien

Abb. 22: Neumitglieder nach Kreisverband I (Teilnehmer N=371)

Relative Häufigkeiten in %

**Abb. 23: Neumitglieder nach Kreisverband II (Teilnehmer N=371)**

Absolute Häufigkeiten



*SOE = Sächsische Schweiz-Osterzgebirge

Städte und der Kreisverbände Zwickau und Görlitz, in denen die meisten Neumitglieder gewonnen werden konnten. Um jedoch eine präzisere Aussage für die Rekrutierungsfähigkeit der LINKEN in den einzelnen Kreisen treffen zu können, muss die absolute Zahl der Mitglieder in Relation zur jeweiligen Einwohnerzahl des Kreises gesetzt werden. Das Ergebnis ergibt einen Prozentsatz, welcher angibt, wie groß der Anteil der Parteimitglieder an der beitragsberechtigten Bevölkerung ist. Berücksichtigt werden dabei nur Personen, die über die Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft der Partei, im Falle der LINKEN ein Mindestalter von 14 Jahren, verfügen. Da die durch den Zensus zur Verfügung stehenden Daten für die sächsische Bevölkerung jedoch aufgrund ihrer Einteilung in feste Altersklassen die gewünschte Alterseinschränkung nicht ermöglichen, können in Tab.4 nur Personen ab einem Alter von 15 Jahren berücksichtigt werden. Durch das Ausklammern der 14-Jährigen sowie die Nutzung der älteren Bevölkerungszahlen des letzten Zensus von 2011 entsteht demnach eine leichte Ungenauigkeit.

Deutlich wird jedoch, dass sich die absolute Anzahl der Neumitglieder aus Abb.23 stark an der Rekrutierungsfähigkeit des jeweiligen Kreises orientiert. So besitzen etwa die fünf Kreise mit den meisten Neuzugängen zwischen 2011 und 2016 auch die größten Rekrutierungsfähigkeiten (siehe Markierungen in Tab.4), d.h. in den Kreisen, in denen – relativ zur Bevölkerung – die meisten Parteimitglieder existieren, fanden auch die meisten Eintritte innerhalb der letzten fünf Jahre statt.

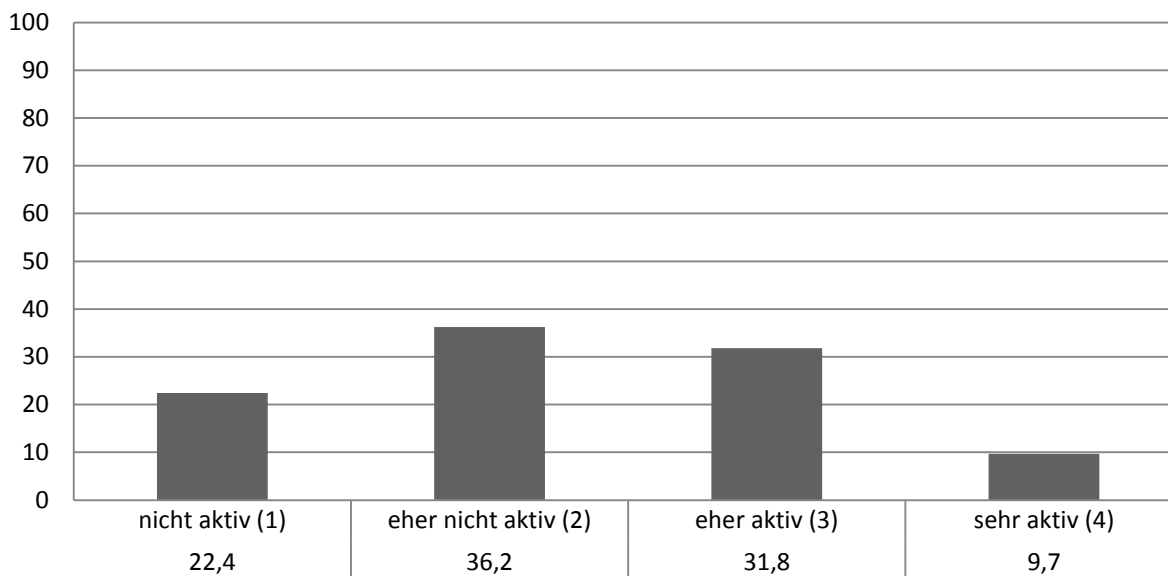
Kreis	Beitragsberechtigte Einwohner	Gesamtmitglieder der LINKEN	Rekrutierungsfähigkeit in %
Dresden	447.750	1.118	0,25
Leipzig	443.345	1.253	0,28
Chemnitz	214.258	832	0,39
Bautzen	277.551	576	0,21
Erzgebirge	319.765	664	0,21
Görlitz	239.049	686	0,29
Meißen	217.310	389	0,18
Mittelsachsen	285.296	605	0,21
Nordwestsachsen	177.886	380	0,21
SOE	216.582	439	0,20
Vogtland	214.042	385	0,18
Westsachsen	231.375	468	0,20
Zwickau	298.541	686	0,23

Tab.4: Rekrutierungsfähigkeit der sächsischen LINKEN nach Kreisen

Im nächsten Schritt soll nun die Parteiaktivität der Neumitglieder dargestellt werden. Eingeleitet wird dieser Teil durch die Frage nach der subjektiven Selbsteinschätzung der Befragten, inwieweit sie sich persönlich als eher aktive bzw. eher inaktive Parteimitglieder beschreiben würden. Die Ergebnisse werden in Abb.24 visualisiert.

Abb. 24: Neumitglieder nach Aktivität in % (N=362)

(Frage: Parteimitglieder können abhängig von ihren Möglichkeiten unterschiedlich viel Zeit für die Parteiarbeit aufwenden. Wie aktiv bist du?)



Die Auswertung ergibt, dass sich insgesamt 58,6 Prozent der Befragten in die beiden Kategorien „nicht aktiv“ und „eher nicht aktiv“ und 41,4 Prozent in „aktiv“ und „eher aktiv“ zuordnen. Eine signifikante Abhängigkeit der Antwort von Geschlecht, Alter und Eintrittsjahr konnte nicht festgestellt werden. Wird aus der vorliegenden Likertskala und der entsprechenden SPSS-Codierung (Siehe Abb.24, Zahlen in Klammern) der Durchschnittswert ermittelt, so kann dieser Werte zwischen 1 und 4 annehmen.⁹⁷ Für die Parteiaktivität entsteht auf diese Weise ein Mittelwert von 2,29, welcher somit zwischen den Kategorien „eher nicht aktiv (2)“ und „eher aktiv (3)“ mit einer leichten Tendenz zur erstgenannten Antwortmöglichkeit liegt. Die subjektive Selbsteinschätzung der Neumitglieder zeichnet folglich das – ungewöhnlich erscheinende – Bild, dass mehr als die Hälfte derer, die innerhalb der letzten fünf Jahre ihren Eintritt erklärt haben nur wenig bis keine Zeit für Parteiarbeit aufwenden. Ob dies etwa durch parteiinterne Gründe oder individuelle Beitrittsmotivationen verursacht wird, kann an dieser Stelle jedoch noch nicht festgestellt werden. Hierzu bedarf es eines Abgleichs mit den in Komplex II und III erhobenen Daten in späteren Abschnitten.

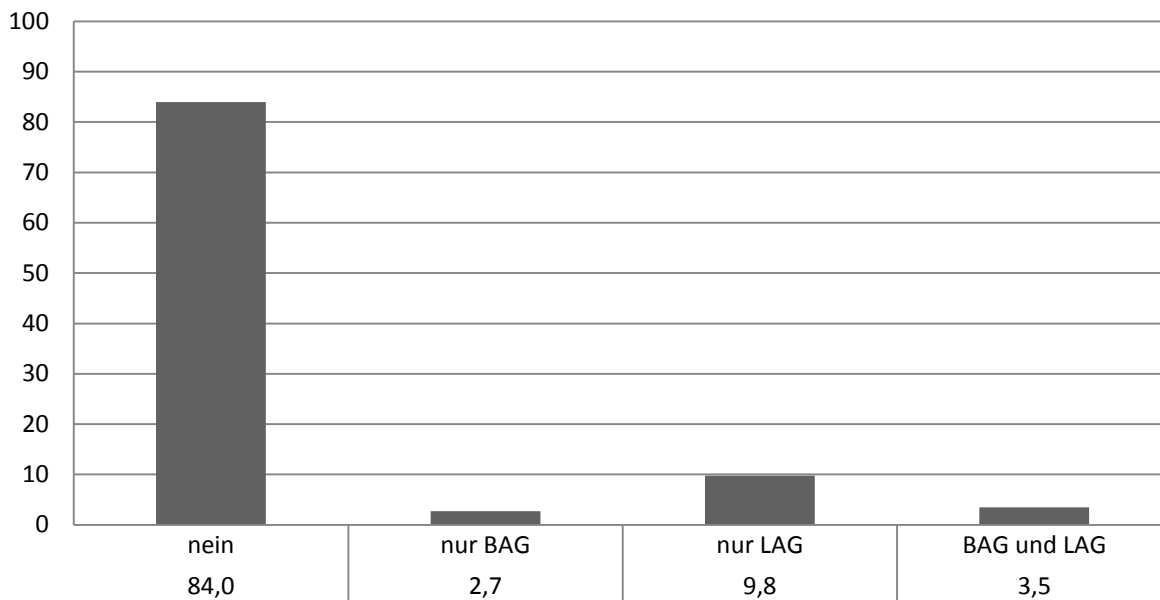
Als weitere Indikatoren für die Aktivität der Neumitglieder wurde die Mitgliedschaft in den Arbeitsgemeinschaften der Partei (Abb.25) sowie die Amts- und Mandatsträgerschaft (Abb.26) erhoben. Der Blick auf Abb.24 zeigt, dass 16 Prozent der Befragten Mitglieder in einer BAG und/oder LAG sind. Dabei erhalten die sächsischen Landesarbeitsgemeinschaften mit 9,4 Prozent einen mehr als dreimal so großen Zulauf wie die Arbeitsgemeinschaften auf

⁹⁷ Die Likertskala wird in diesem Fall als quasi-metrische Intervallskala behandelt. Dieses Verfahren findet auch in späteren Auswertungen innerhalb dieser Arbeit Anwendung.

Bundesebene mit lediglich 2,7 Prozent. 3,5 Prozent der Befragten sind hingegen sowohl in LAGs als auch in BAGs tätig.

Abb. 25: Mitgliedschaft in BAG und LAG in % (N=368)

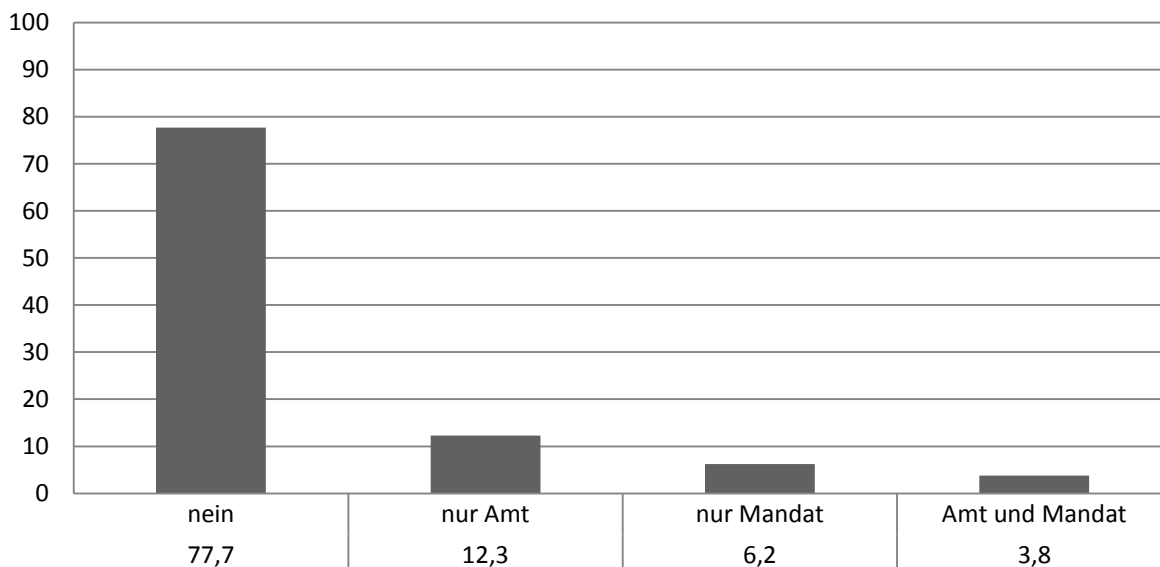
(Frage: Bist du Mitglied in einer Bundes- oder Landesarbeitsgemeinschaft der Partei?)



Ämter oder Mandate (Abb.26) wurden hingegen von 22,3 Prozent der Befragten besetzt, d.h. fast ein Viertel aller Neumitglieder der letzten fünf Jahre nahmen Posten innerhalb der Partei wahr oder wurden in ein öffentliches Mandat gewählt. Interessant ist dabei, dass der Anteil der weiblichen Neumitglieder, die bereits ein Amt oder Mandat wahrgenommen haben, mit 28,7 Prozent etwa 10 Prozent höher ist als der der Männer mit lediglich 19,8 Prozent.

Abb. 26: Amts- und Mandatsträgerschaft in % (N=373)

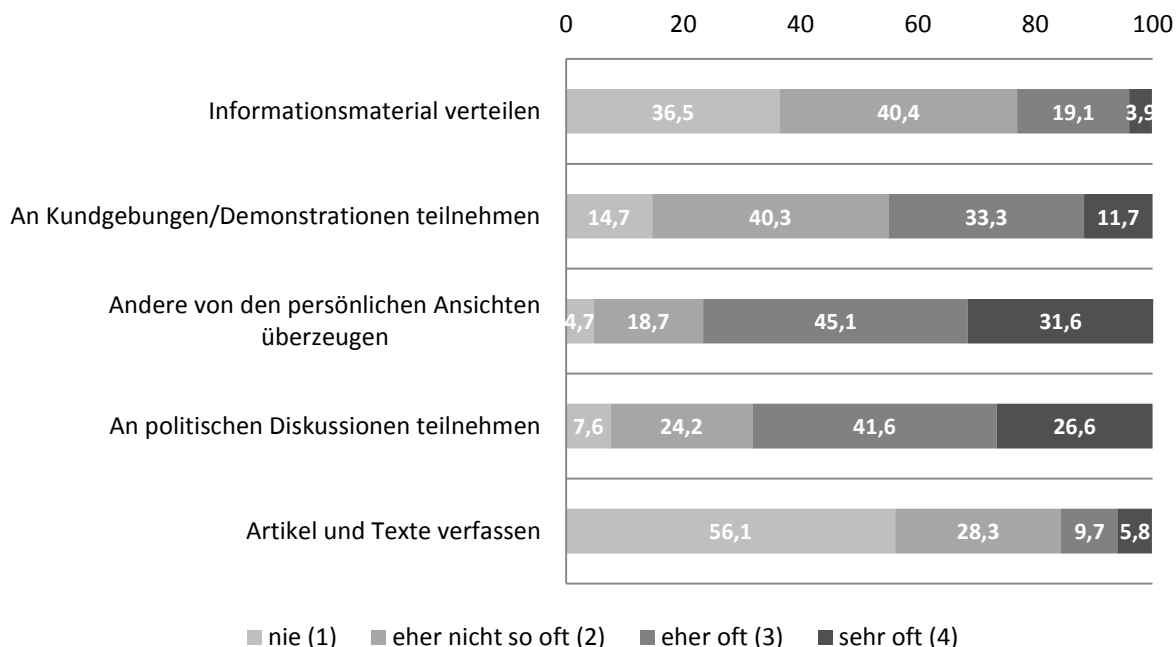
(Frage: Wurdest du als Parteimitglied schon einmal in ein Amt (z.B. Kreisvorstand) gewählt oder hast du ein Mandat (z.B. Stadtrat) übernommen?)



Im letzten Schritt zur Parteiaktivität wird nun der Itemkatalog nach Bruter/Harrison zu verschiedenen Parteaufgaben, die von Mitgliedern ausgeführt werden können, ausgewertet. Dieser erlaubt einen präziseren Blick darauf, in welchen Formen sich die Aktivitäten der Neumitglieder äußern. Abb.27 zeigt die verschiedenen Items sowie die relativen Häufigkeiten der entsprechenden Antworten und Tab.5 die Mittelwerte der einzelnen Aktivitäten absteigend von der, die am häufigsten verfolgt wird. Ausgehend von den Ergebnissen kann festgestellt werden, dass die Items, welche die direkte Kommunikation mit anderen betreffen – d.h. Diskussion und Überzeugung – am häufigsten von den Befragten wahrgenommen werden. Die Durchschnittswerte beider Items liegen hier mit 3,04 und 2,84 maßgeblich im Bereich der Antwortmöglichkeit „eher oft“. Etwas schlechter sind hingegen die Mittelwerte für die Beispielaktivitäten, bei denen eher eine körperliche Betätigung im Vordergrund steht, d.h. die Teilnahme an Kundgebungen und Demonstrationen sowie das Verteilen von Informationsmaterial. Den niedrigsten Wert erreicht mit 1,65 das Schreiben von Texten und Artikeln, etwa für ein Parteimedien, welches insbesondere analytische und kreative Fertigkeiten voraussetzt.

Abb. 27: Formen der Parteiaktivität in % (N=siehe Tab.5)

(Frage: Parteimitglieder können auf verschiedene Art und Weise tätig sein. Auf dieser Liste findest du einige Beispiele. Wie oft machst du folgendes?)



Aktivität	N	Mittelwert
Andere von den persönlichen Ansichten überzeugen	364	3,04
An politischen Diskussionen teilnehmen	368	2,87
An Kundgebungen/Demonstrationen teilnehmen	360	2,42
Informationsmaterial der Partei verteilen	356	1,90
Artikel und Texte verfassen	360	1,65

Tab.5: Mittelwerte der einzelnen Aktivitäten, absteigend sortiert.

4.1.4 Soziodemografie im Vergleich von Stadt- und Flächenverbänden

Der überblicksartige Vergleich von Stadt- und Flächenkreisen markiert den Abschluss der Auswertung von Komplex I und soll die Fragestellung beantworten, ob sich die Stadtverbände Chemnitz, Dresden und Leipzig von den übrigen Flächenverbänden hinsichtlich Geschlecht und Alter unterscheiden. Es ist zunächst festzustellen, dass 216 Befragte von N=371 Studienteilnehmern (58,2 Prozent) den Stadtverbänden zuzuordnen sind und 155 (41,8 Prozent) den Flächenverbänden.

Abb. 28: Stadt-Land-Vergleich I:
Geschlecht in %

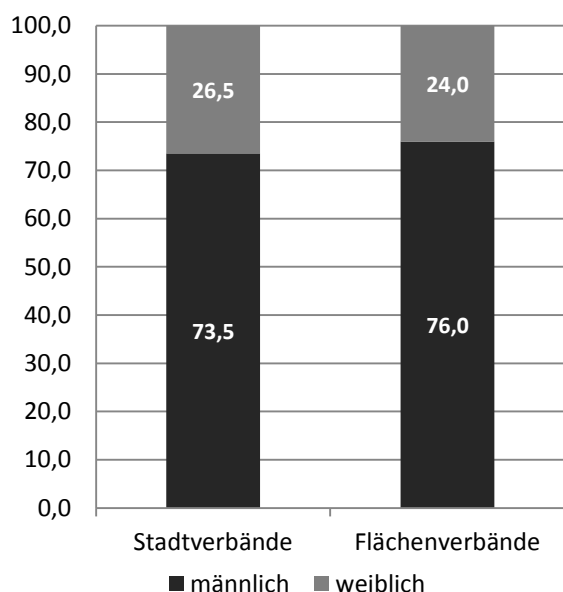
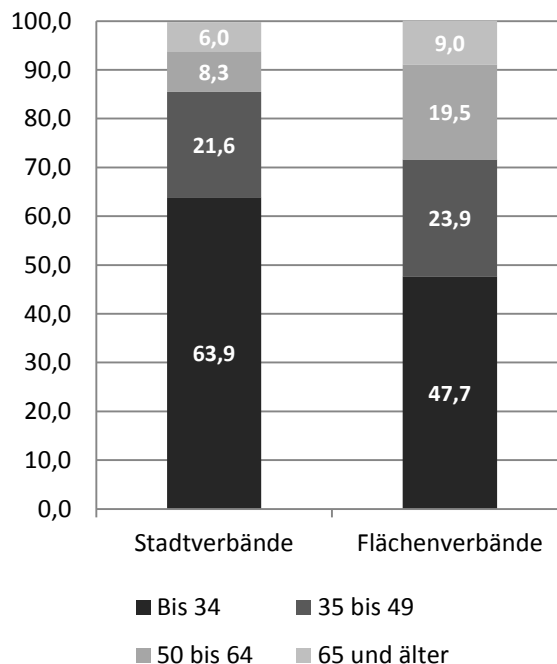


Abb. 29: Stadt-Land-Vergleich II:
Altersgruppen in %



Während der geschlechterspezifische Vergleich (Abb.28) nahezu keine Unterschiede zwischen Stadt- und Landverbänden zeigt, ist durch den Blick auf das Alter zu erkennen (Abb.29), dass der Anteil jüngerer Neumitglieder bis 34 in Stadtverbänden 16,2 Prozent höher ist als in Flächenverbänden. Im Gegenzug ist der Anteil älterer Mitglieder ab 50 mit 14,3 Prozent in Stadtverbänden nur etwa halb so groß wie in Flächenverbänden (28,5 Prozent).

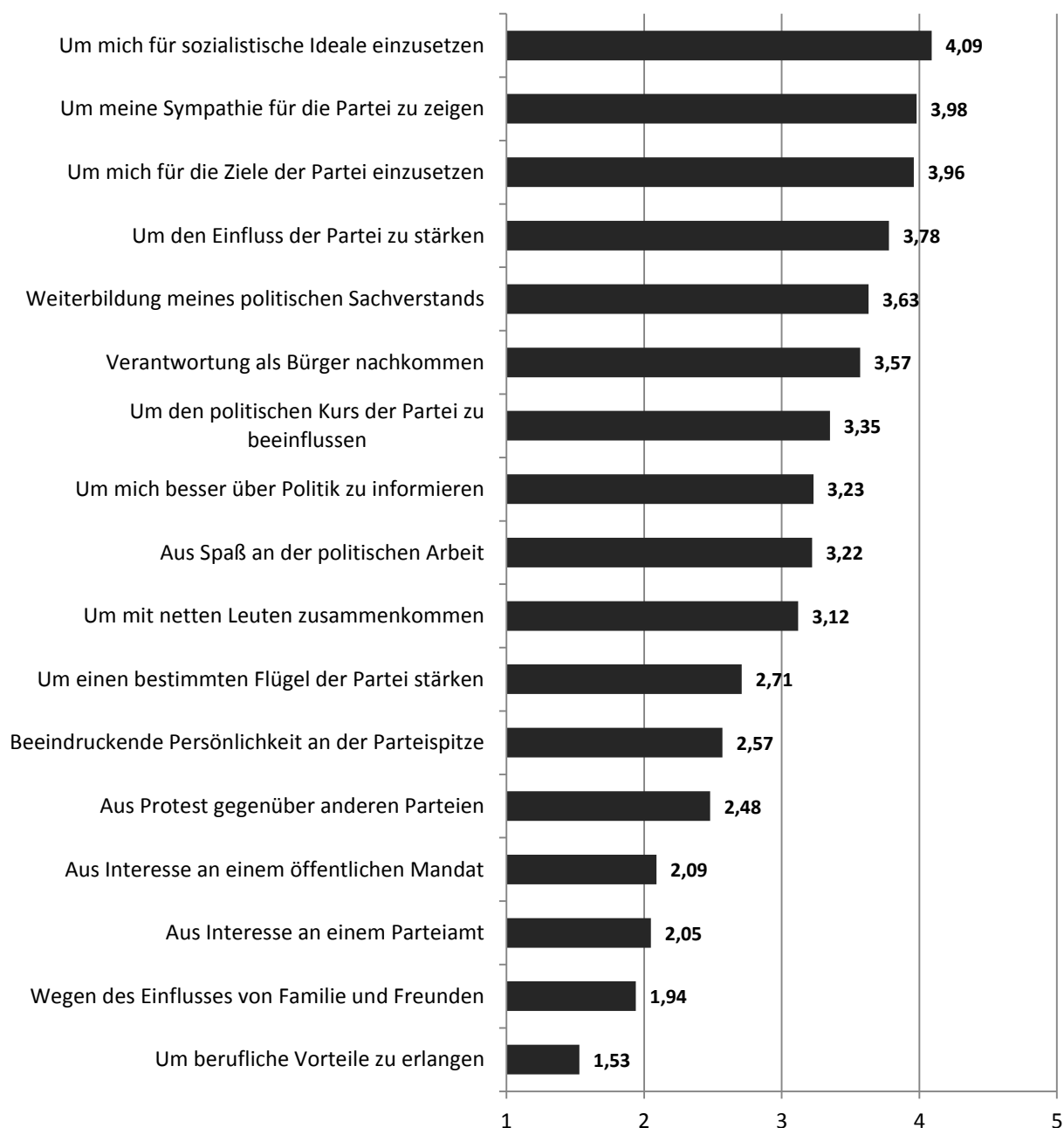
4.2 Motivationale und Sozialpsychologische Beitrittsfaktoren

4.2.1 Auswertung der Beitrittsmotive und Beitrittsimpulse

Im Rahmen der Mitgliederbefragung wurden die in Abschnitt 2.4.1 tabellarisch erfassten und erläuterten Beitrittsanreize erhoben. Die in Abb.30 erfassten Ergebnisse stellen dabei zunächst die Mittelwerte der einzelnen Motive absteigend geordnet dar, wobei die Pole „überhaupt nicht wichtig“ und „sehr wichtig“ mit 1 bzw. 5 kodiert sind („weniger wichtig“ (2), „teils-teils“ (3), „wichtig“ (4)). Jedes Motiv kann damit einen Wert von 1 bis 5 erreichen, der mittlere Skalenwert liegt bei 3 (=“teils-teils“).

Abb. 30: Einzelmotive absteigend geordnet (N variiert zwischen 363 und 372)

(Frage: [...] Bitte gib an, inwieweit, die folgenden Motive und Einflüsse für deine persönliche Eintrittsentscheidung wichtig waren.)

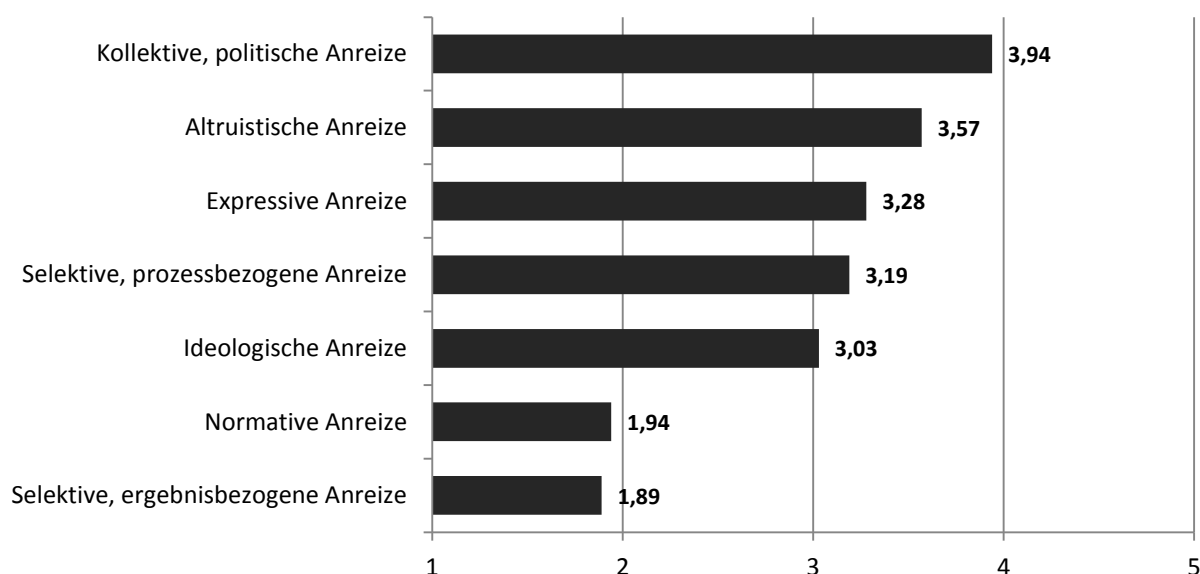


In einem weiteren Schritt erfolgt nun die Einordnung der Einzelmotive in ihre jeweiligen Motivkomplexe (Abb.31⁹⁸). Es ist zunächst festzustellen, dass sich in der Mitgliederbefragung 2016 die gleiche Motivreihenfolge ergibt, welche auch in beiden bundesdeutschen Studien für DIE LINKE ermittelt wurde.⁹⁹

Die höchsten Beitrittsanreize sind demnach kollektive, politische Anreize, d.h. diese, die die Stärkung der Partei als Ganzes und die Durchsetzung politischer Inhalte betreffen. Das am wichtigsten bewertete Motiv in diesem Bereich ist die Stärkung sozialistischer Ideale in der Politik, welches ebenfalls den größten Beitrittsanreiz im Kontext aller abgefragten Motive darstellt (Mittelwert: 4,09). Die weiteren Motive des Komplexes – „Um mich für die Ziele der Partei einzusetzen“ und „Um den Einfluss der Partei zu stärken“ – erreichen auf Platz 3 und 4 ähnlich hohe Bewertungen, wobei jedoch keines einen Wert von 4 erreicht. An zweiter Stelle stehen altruistische Anreize, die den Eintritt aus der Motivation einer Bürgerverantwortung heraus erklären, knapp gefolgt von den expressiven Anreizen. Letzterer Komplex erreicht den hohen Mittelwert von 3,28 jedoch maßgeblich durch das Item „Um Sympathie für die Partei zu zeigen“, welches den zweithöchsten Wert in Relation zu allen Einzelmotiven erlangt (3,98). Der zweite expressive Anreiz, d.h. der Beitritt aufgrund einer beeindruckenden Persönlichkeit an der Parteispitze, reiht sich hingegen mit einem Wert von 2,57 auf Platz 12 im unteren Drittel der Einzelmotive ein und spielt demnach für Neumitglieder in Sachsen eine

Abb. 31: Motivkomplexe absteigend geordnet

Alle Angaben sind Mittelwerte



⁹⁸ Die Berechnung der Mittelwerte enthält alle Motive, die in den bundesdeutschen Studien von 1998 und 2009 ebenfalls enthalten waren und klammert an dieser Stelle die zwei zusätzlichen Items „Aus Protest gegenüber anderen Parteien“ und „Weiterbildung meines politischen Sachverstands“ aus, um einen besseren Vergleich zu ermöglichen.

⁹⁹ Vgl. Spier et al. 2011, S.65.

vergleichsweise eher kleine Rolle. An vierter Stelle folgen selektive, prozessbezogene Anreize und nehmen unter den Motivkomplexen somit einen mittleren Stellenwert ein. Die Einzelmotive dieses Bereiches erreichen mit durchschnittlichen Bewertungen von 3,12 bis 3,23 die Plätze 8 bis 10 unter allen Items und unterscheiden sich daher hinsichtlich ihrer Bedeutung für die individuellen Beitrittsentscheidungen nur wenig voneinander. Die Vorteile, welche die Mitglieder in der politischen Arbeit als Bereicherung für sich selbst sehen, stellen somit durchaus Beitrittsanreize dar und werden von den Neumitgliedern in Sachsen insgesamt ein wenig höher bewertet als in den bundesdeutschen Mitgliederstudien, bei denen selektive, prozessbezogene Anreize zuletzt knapp unter dem mittleren Skalenwert angesiedelt waren.

Etwas weniger bedeutsam als der selektiv, prozessbezogene Motivkomplex, jedoch mit einem Wert von 3,03 immer noch über dem mittleren Skalenwert von 3 angesiedelt, sind ideologische Anreize. Dies stellt eine weitere Abweichung von den Ergebnissen der Studien von 1998 und 2009 dar, bei denen dieser Komplex unterhalb des mittleren Skalenwerts lag.¹⁰⁰ Es ist demnach zu konstatieren, dass die Motivation, einen bestimmten Flügel der Partei zu stärken (Mittelwert 2,71) und insbesondere den politischen Kurs zu beeinflussen (Mittelwert 3,35), einen nicht zu verachtenden Anreiz für Neumitglieder in Sachsen darstellen. Dieser impliziert einerseits die Sympathie der Neumitglieder für bestimmte Flügel und Gruppierungen innerhalb der LINKEN, andererseits jedoch auch möglicherweise eine Skepsis oder Unzufriedenheit gegenüber anderen Teilen der Partei, welche in dem Beitrittsanreiz mündet, den innerparteilichen Kurs zugunsten der eigenen Ansichten zu verändern. Als eine mögliche Polarisierung ist in diesem Zusammenhang etwa die innerparteilich kontroverse Diskussion über Regierungskoalitionen mit SPD und Bündnis90/Grüne denkbar, welche auch im nächsten Kapitel dieser Arbeit näher beleuchtet wird.

Mit einem wesentlich größeren Abstand zu den ideologischen Motiven stellen normative Anreize, d.h. der Einfluss von Familie und Freunden auf den Parteibeitritt, nur einen kleinen Faktor für die individuelle Beitrittsentscheidung dar. Der Einfluss des direkten sozialen Umfelds auf den Eintritt ist demnach als eher gering einzuschätzen.

Den kleinsten Wert – und damit die geringste Bedeutung – besitzen mit 1,89 die selektiven, ergebnisbezogenen Anreize, d.h. solche, die auf persönliche Vorteile durch die Parteimitgliedschaft abzielen. Berufliche Vorteile, etwa durch nützliche Kontakte, sowie politische Mandate und Ämter stellten somit den kleinsten Anreiz für die Neumitglieder bei ihrer Beitrittsentscheidung dar. Es gilt dennoch anzumerken, dass der selektiv, ergebnisbezogene Motivkomplex innerhalb der bundesdeutschen Studien eine noch

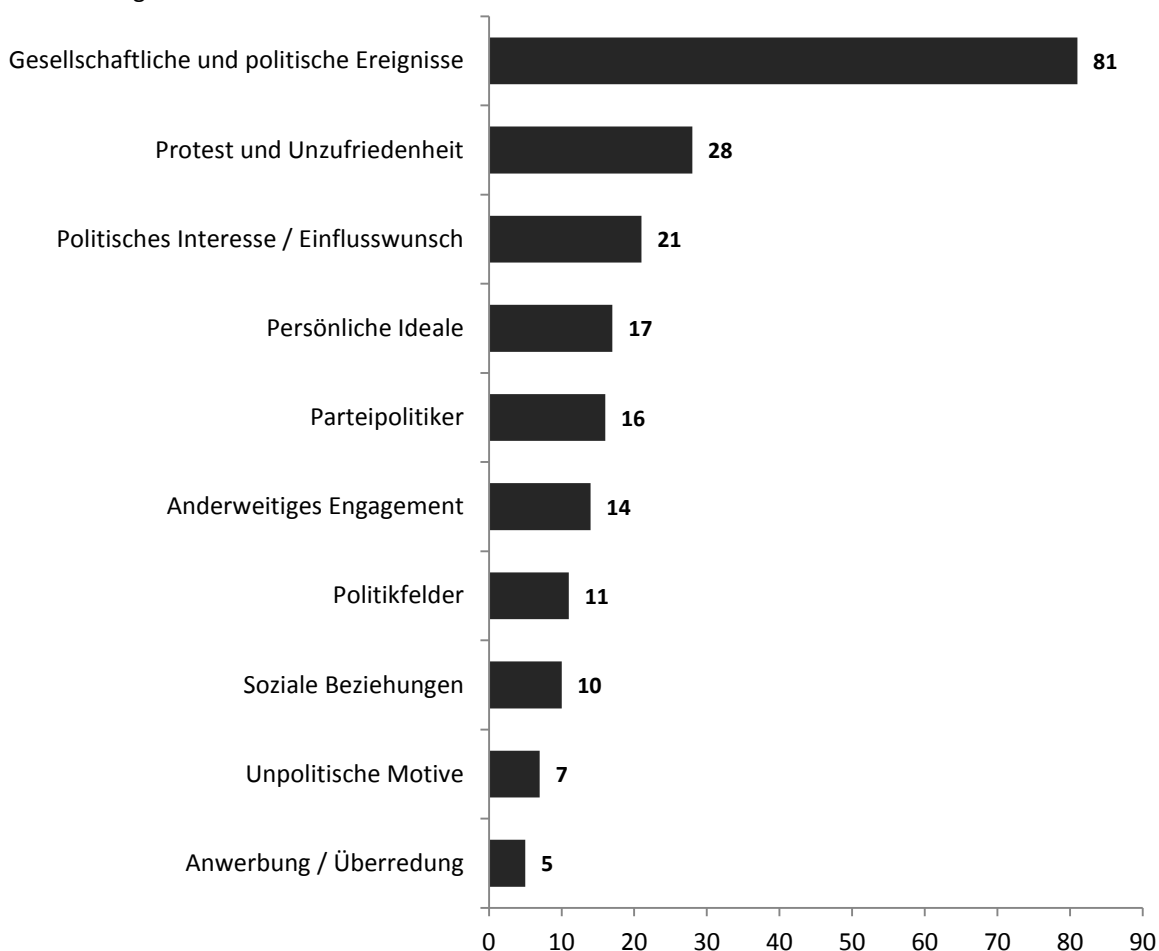
¹⁰⁰ Vgl. Spier et al. 2011, S.65.

schlechtere Bewertung erreichte und der Abstand zu normativen Anreizen, welcher in der Mitgliederbefragung 2016 lediglich 0,05 beträgt, wesentlich deutlicher war.¹⁰¹ In Relation zu den Erkenntnissen von 1998 und 2009 erlangen die Anreize dieses Komplexes unter den Neumitgliedern der sächsischen LINKEN einen höheren Stellenwert.

Nach den Motivkomplexen wurden im Rahmen der Mitgliederbefragung die individuellen Beitrittsimpulse der Neumitglieder erhoben. Insgesamt haben 161 von 378 Teilnehmern (42,6%) diese Frage beantwortet. Da die Frage nach den Impulsen offen gestellt wurde und es den Teilnehmern somit möglich war, ihre Antwort ausführlich zu schildern, haben einige der Befragten mehrere Impulse genannt, die sie letztendlich zum Beitritt bewogen haben. Die absoluten Häufigkeiten der (kategorisierten) Antworten in den folgenden beiden Abbildungen orientieren sich daher nicht an der Teilnehmerzahl, sondern an der tatsächlichen Zahl der angegebenen Impulse. Alle abgegebenen Antworten können zudem unverändert und vollständig im Anhang eingesehen werden (Anh.2).

Abb. 32: Individuelle Beitrittsimpulse (kategorisiert)

Absolute Häufigkeiten



¹⁰¹ Vgl. Spier et al. 2011, S.65.

Nach einer ersten Kategorisierung der Antworten (Abb.32) wird deutlich, dass vor allem gesellschaftliche und politische Ereignisse den Hauptimpuls für den Parteibeitritt darstellen. In diesen Bereich fallen alle Wahlen in Sachsen, wobei zu erwähnen ist, dass nicht nur die letzte Bundestagswahl für einen Zugewinn neuer Mitglieder sorgte, sondern die Befragten sehr häufig auch Landtags- und Kommunalwahlen als Impuls nannten. Weiterhin deutlich wurde, dass nicht nur der Wahlkampf selbst Personen zum Eintritt motiviert hat, sondern auch Wahlergebnisse einen wesentlichen Faktor darstellen. So nannten Befragte etwa die Entstehung der Rot-Rot-Grünen Koalition in Thüringen oder den Wahlerfolg der AfD sehr häufig als Impuls. Als andere Ereignisse in dieser Kategorie wurden etwa die Flüchtlingsströme, insbesondere von Personen die 2015 und 2016 beitraten, und die europäische Finanzkrise genannt (Eine genauere thematische Kategorisierung erfolgt an späterer Stelle in diesem Abschnitt).

Eine zweite wichtige Kategorie sind Protest und Unzufriedenheit als individueller Beitrittsimpuls. Hierbei wurde hauptsächlich die Unzufriedenheit mit den Regierungsparteien auf Bundesebene– CDU und SPD – als Ganzes sowie mit einzelnen Politikern genannt. Einen weiteren gewichtigen Punkt in dieser Kategorie stellt zudem die allgemeine Unzufriedenheit mit dem Wirtschafts- und Sozialsystem dar, sowie der daraus resultierende Unmut in Bezug auf die eigene Lebenssituation.

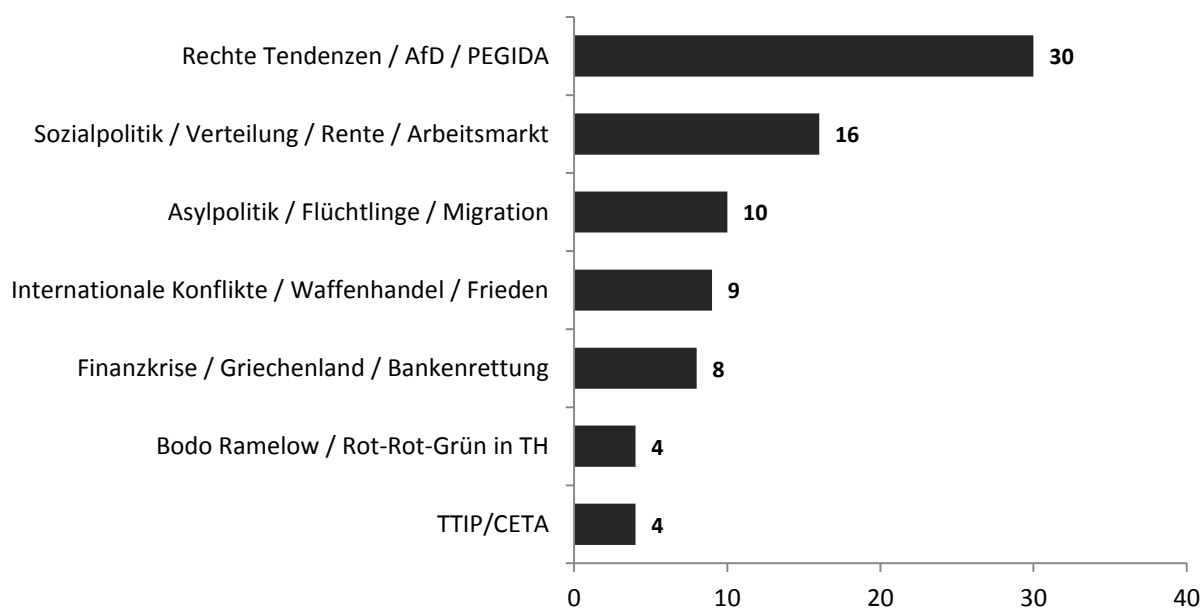
Als dritte und vierte wichtige Kategorien stellen politisches Interesse, insbesondere für sozialistische Literatur, und der generelle Wunsch nach mehr Partizipation sowie persönliche Ideale weitere Faktoren dar. Letztere werden oft betont durch das individuelle Streben nach Werten wie Gerechtigkeit und Frieden. An fünfter Stelle stehen Parteipolitiker, wobei besonders Spitzenpolitiker wie Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Bodo Ramelow als erster linker Ministerpräsident eines deutschen Bundeslandes von den Befragten erwähnt wurden. Weniger häufig genannt wurden hingegen Kommunalpolitiker.

Weitere, kleinere impulsgebende Faktoren sind das vorangegangene Engagement in anderen gesellschaftlichen Organisationen und Bürgerinitiativen, insbesondere im Rahmen von Pro-Asyl Bewegungen, sowie das spezifische Interesse für ein bestimmtes Politikfeld, wobei häufig sozialpolitische und ökologische Themen genannt wurden. Impulse, die auf das soziale Umfeld zurückgehen, beschreiben hingegen eine andere kleine Kategorie, in der der Beitrittsimpuls etwa durch die Freundschaft zu Parteimitgliedern begründet wurde oder durch die politische Sozialisation in der Familie. Den niedrigsten Einfluss üben letztlich unpolitische Motive und gezielte Anwerbungsmaßnahmen der Partei, wie etwa Flyer oder Gespräche am Wahlkampfstand, aus.

Neben der groben Kategorisierung in Abb.32 ermöglicht ein spezieller Blick auf die wichtigsten mobilisierenden Themen (Abb.33) ein Erkenntnis darüber, welche Ereignisse und Prozesse in den letzten fünf Jahren besonders zum Parteibeitritt motiviert haben. Auffällig dabei ist, dass das programmatische Hauptthema der LINKEN, die Sozialpolitik mit der Verteilungsfrage, in der Rangliste lediglich den zweiten Platz einnimmt. Dominierendes Thema, insbesondere ab dem Jahr 2015, ist hingegen die persönliche Wahrnehmung steigender rechter Tendenzen in der Gesellschaft durch das Aufkommen von Bewegungen wie PEGIDA und LEGIDA sowie die Wahlerfolge der AfD auf Landesebene. In diesem Zusammenhang antworteten die Befragten meist emotional, indem sie ihre Ängste und Besorgnisse in Bezug auf die künftige Entwicklung der Gesellschaft in Deutschland und Europa betonten. Der damit verknüpfte Themenkomplex Asylpolitik nimmt Platz 3 der Rangliste ein. Er umfasst die Antworten jener Befragten, die sich mit der sozialen Situation von Asylbewerbern oder dem Politikfeld Migration beschäftigten und dadurch ihren Eintritt begründeten.

In der unteren Hälfte der Abbildung spiegeln sich hingegen, mit Ausnahme des spezifischen Ereignisses des Landtagswahlergebnisses in Thüringen, wieder jahrelange programmatische Kernpunkte der LINKEN wider. Hierzu gehören die kritische Haltung zu Waffenexporten und dem Einsatz der Bundeswehr im Ausland, ebenso wie die Kritik der Partei in internationalen ökonomischen Fragen im Rahmen der Finanzkrise von 2008 und in Bezug auf die Verhandlungen über die transatlantischen Freihandelsabkommen der EU mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA).

Abb. 33: Mobilisierende Themen
Absolute Häufigkeiten



Werden in einem letzten Schritt im Rahmen der Auswertung der Beitrittsmotive bzw. Impulse die Motivkomplexe in Bezug zu soziodemografischen Merkmalen gesetzt, um auf mögliche Korrelationen mithilfe von Spearmans r_{SP}^{102} schließen zu können, wird deutlich, dass kaum Zusammenhänge zwischen Soziodemografie und Beitrittsmotivation vorliegen. Lediglich die Variablen Alter, formale Bildung und subjektive Schichteinstufung üben leichte Einflüsse auf die Beitrittsmotivationen der Neumitglieder aus (Tab.6). Zu erkennen ist etwa, dass das Alter (hier als Geburtsjahr erhoben) in einem schwachen Zusammenhang mit den selektiven Motivationskomplexen ($r_{SP}=0,182^{**}/0,155^{**}$) steht. Jüngere Studienteilnehmer neigten demnach etwas mehr dazu, die Motive dieses Komplexes für ihre persönliche Eintrittsentscheidung als wichtig zu bewerten. Sie tendieren demnach eher dazu, der Partei aus Hoffnung auf persönliche Vorteile beizutreten. Negative – ebenfalls schwache – Zusammenhänge entstehen hingegen mit Blick auf die formale Bildung der Teilnehmer. So sinkt die Wichtigkeit des selektiv prozessbezogenen ($r_{SP}=-0,146^{**}$), des kollektiv politischen ($r_{SP}=-0,186^{**}$) und des ideologischen Motivkomplexes ($r_{SP}=-0,193^{**}$) mit einer steigenden Bildung des Neumitglieds. Weiterhin besteht der schwächste festgestellte Zusammenhang zwischen subjektiver Schichteinstufung und kollektiv politischen Motiven, der mit einem Wert von $r_{SP}=-0,114$ ebenfalls eine negative Korrelation darstellt.

		Korrelationen							
			Selektiv, ergebnis bezogen	Selektiv, prozessb ezogen	Kollektiv, politisch	Norm.	Altru.	Ideol.	Expr.
Spearman -Rho	Alter	Korrelationsk.	,182**	,155**	-,047	,099	-,070	,010	-,051
		Sig. (2-seitig)	,001	,003	,377	,060	,183	,849	,330
		N	359	352	359	364	365	361	362
Formale Bildung		Korrelationsk.	-,087	-,146**	-,186**	-,017	-,052	-,193**	-,072
		Sig. (2-seitig)	,097	,006	,000	,744	,322	,000	,170
		N	361	354	362	366	368	363	365
Sub. Schichteinstuf.		Korrelationsk.	-,028	-,091	-,114*	-,003	,003	-,074	-,087
		Sig. (2-seitig)	,594	,089	,030	,955	,953	,160	,098
		N	361	354	361	366	367	363	364

*. Die Korrelation ist auf dem 0,05 Niveau signifikant (zweiseitig).

**.. Die Korrelation ist auf dem 0,01 Niveau signifikant (zweiseitig).

Tab.6: Spearmans r_{SP} für die Korrelationen zwischen Soziodemografie und Motivkomplexen (SPSS Output).

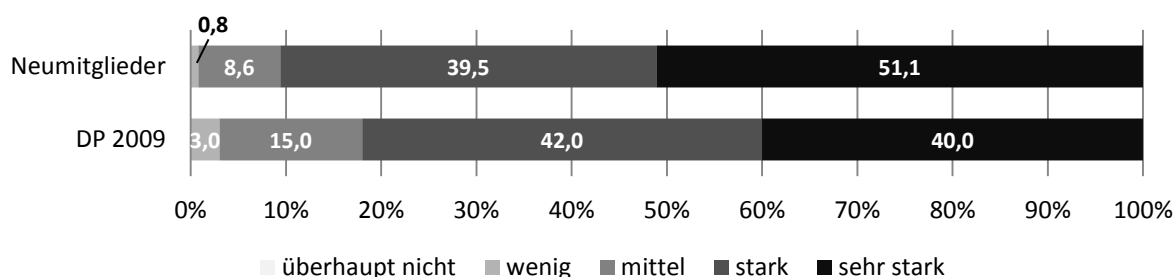
¹⁰² Spearmans r_{SP} (Rho) kann Werte zwischen -1 und +1 annehmen, um so eine Aussage über die Stärke und die Richtung eines statistischen Zusammenhangs zu ermöglichen. Ein Ergebnis von 0 würde bedeuten, dass kein Zusammenhang besteht, ein Wert von -1 oder +1 deutet hingegen auf einen perfekten negativen bzw. positiven Zusammenhang. Statistisch signifikante Ergebnisse werden mit *-Symbolen gekennzeichnet.

4.2.2 Auswertung der sozialpsychologischen Einflussfaktoren

Der sozialpsychologische Ansatz soll, wie in Abschnitt 2.4.2 beschrieben, zunächst das politische Interesse der Neumitglieder in mehreren Dimensionen untersuchen. In Abb.34 wird hierfür zunächst das generelle politische Interesse im Vergleich zu den Befragten aller Parteien der Deutschen Parteimitgliederstudie von 2009 dargestellt. In beiden Fällen gab keiner der Befragten an, über gar kein politisches Interesse zu verfügen. Der Bereich stark/sehr stark erreicht in der Mitgliederbefragung 2016 mit insgesamt 90,6 Prozent einen noch höheren Wert als in der Deutschen Parteimitgliederstudie (82,0 Prozent), wobei auch die Tendenz zur Antwortoption „sehr stark“ gegenüber „stark“ unter den Neumitgliedern der sächsischen LINKEN wesentlich größer ist.

Abb. 34: Allgemeines politisches Interesse (Neumitglieder N=372)

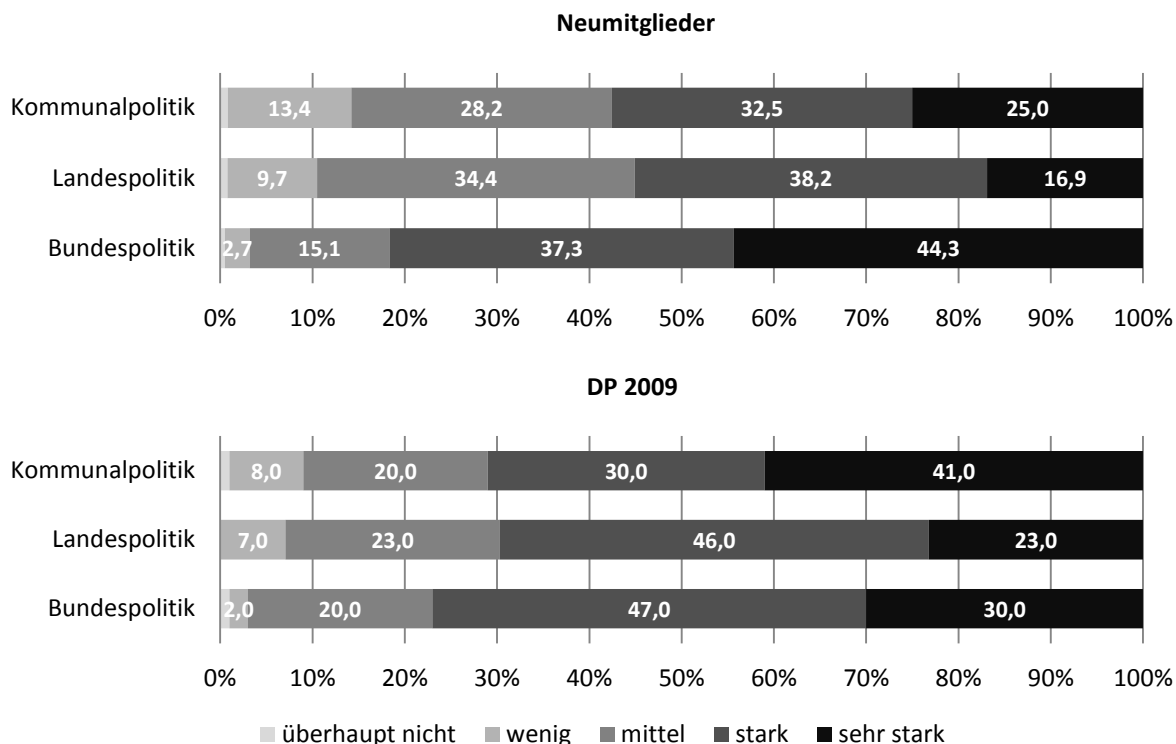
(Frage: Einmal ganz allgemein gefragt: Wie stark interessierst du dich für Politik?)



Der Blick auf das Interesse der Studienteilnehmer für verschiedene Politikebenen weicht unter den Neumitgliedern ebenfalls von den Erkenntnissen von Spier et al. aus dem Jahr 2009 ab (Abb.35). Zwar bleibt die Rangfolge der einzelnen Ebenen hinsichtlich ihrer Bedeutung erhalten (Bundespolitik vor Kommunalpolitik vor Landespolitik), der Vergleich zeigt jedoch größere Abweichungen bei der Mitgliederbefragung 2016. Dabei sticht zunächst hervor, dass das Interesse für Kommunalpolitik unter den Neumitgliedern vergleichsweise gering ist, da lediglich 57,5 Prozent ein starkes bis sehr starkes Interesse angegeben haben (DP 2009: 71,0 Prozent). Auch die Ergebnisse für die Landespolitik zeichnen ein ähnliches Bild: 55,7 Prozent der Neumitglieder antworteten mit „stark“ und „sehr stark“, was in Relation zu Spier et al., wo ein Anteil von insgesamt 69,0 Prozent ermittelt wurde, einen sehr viel geringeren Wert darstellt. Wesentlich größer ist hingegen das Interesse der Neumitglieder für bundespolitische Themen: Hier gaben 44,3 Prozent an, sich sehr stark (DP 2009: 30,0 Prozent) und 37,3 Prozent sich stark (DP 2009: 47,0 Prozent) zu interessieren, wodurch eine viel größere Tendenz zu einem sehr starken Interesse für Bundespolitik unter den Neumitgliedern der sächsischen LINKEN deutlich wird. Es ist demnach davon auszugehen, dass bundespolitische Themen einen deutlich größeren Mobilisierungseffekt für die sächsische LINKE hinsichtlich der Rekrutierung neuer Parteimitglieder entfalten als Schwerpunkte anderer Politikebenen.

Abb. 35: Interesse für Politikebenen (Neumitglieder N=370 - 372)

(Frage: [...] Wie stark ist dein persönliches Interesse für Kommunalpolitik,[...]?)

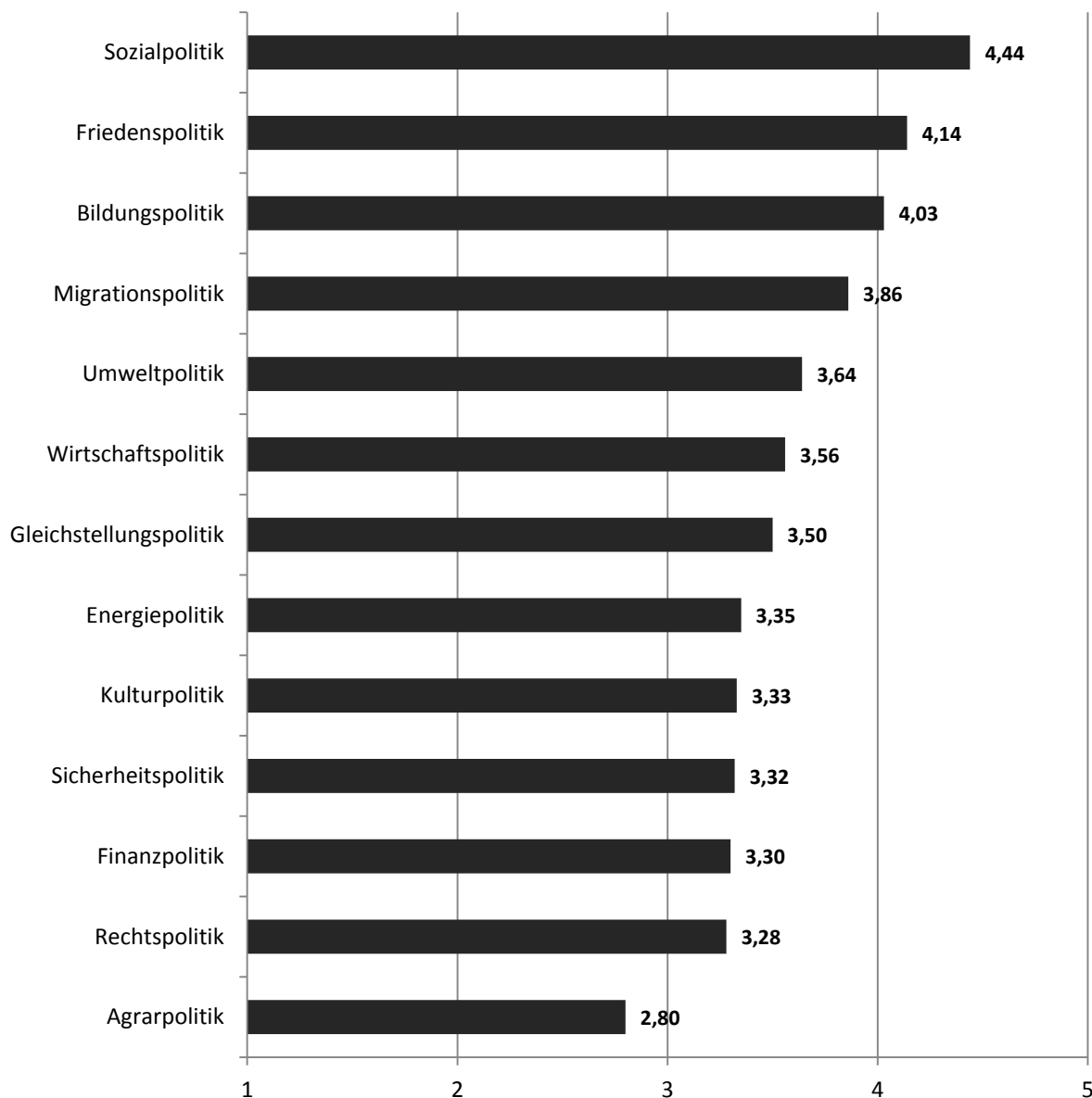


Als letzte Interessendimension wurden die Befragten nach verschiedenen Politikfeldern befragt (Abb.36). Da dies nicht in der Deutschen Parteimitgliederstudie erhoben wurde (und somit kein Vergleich möglich ist) und um eine bessere Übersicht zu gewährleisten, erfolgt die Darstellung in Abb.36 – ähnlich wie die Abbildung zu den Motivkomplexen – absteigend sortiert nach Mittelwerten. Dabei kann ein Wert zwischen 1 („überhaupt nicht“) und 5 („sehr stark“) erreicht werden.

Im Vergleich erreichen nur die Felder Sozialpolitik (4,44), Friedenspolitik (4,14) und Bildungspolitik (4,03) einen durchschnittlichen Wert über 4, d.h. ein starkes Interesse mit Tendenz zu „sehr stark“. Die Felder Migrationspolitik (3,86), Umweltpolitik (3,64), Wirtschaftspolitik (3,56) und Gleichstellungspolitik (3,50) erreichen ebenfalls ein durchschnittlich starkes Interesse, jedoch mit einer größeren Tendenz zu „mittel (3)“. Die Felder Energiepolitik (3,35) bis Rechtspolitik (3,28), deren Mittelwerte sehr eng aneinander liegen, erreichen ein mittleres Interesse mit Tendenz zu „stark“. Den letzten Platz belegt mit großem Abstand letztlich das Feld der Agrarpolitik (2,80), welches zwar auch ein mittleres Interesse erreicht, jedoch mit einem Wert unterhalb von 3 tendenziös zu „wenig“ neigt. Kein Politikfeld erlangt hingegen einen Wert unterhalb von 2,50, bzw. im Bereich „wenig“ bis „überhaupt nicht“.

Abb. 36: Interesse für Politikfelder (N variiert zwischen 370 und 376)

(Frage: [...] Wie stark ist dein Interesse für folgende Politikfelder?)



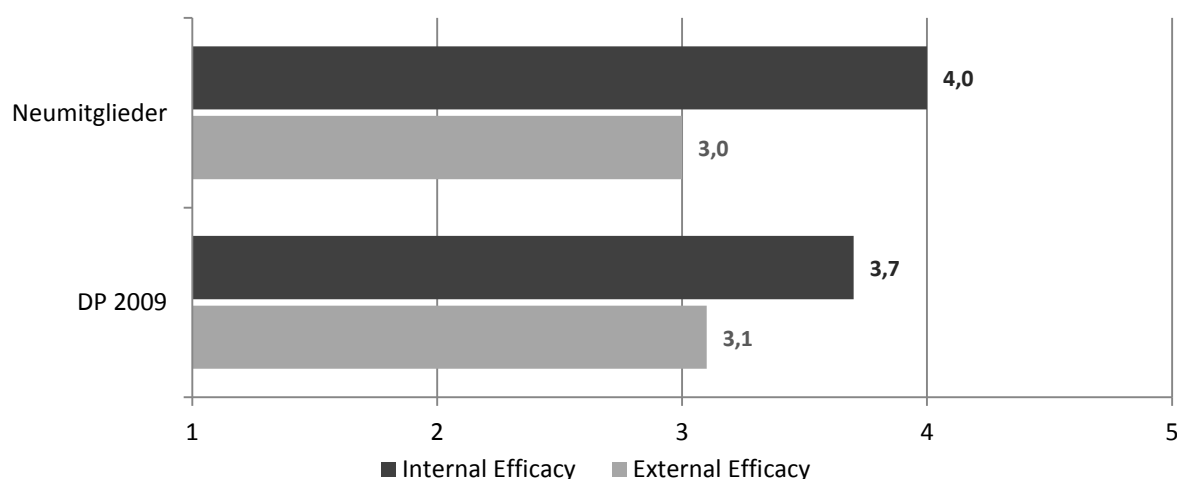
Insgesamt ist daher zu erkennen, dass sich besonders in den ersten drei Plätzen der Rangfolge traditionelle programmatische Schwerpunkte der LINKEN finden. Insbesondere die Profilierung der Partei zugunsten sozialpolitischer Ziele spiegelt sich in den Interessen der sächsischen Neumitglieder wider. Als zusätzliches wichtiges Feld, welches insbesondere für Neumitglieder der Jahre 2015 und 2016 bedeutsam ist, nimmt die Migrationspolitik den vierten Platz ein. Dies unterstützt die These, die sich bereits durch den Blick auf die Beitrittsimpulse bestätigt hat: Es gibt einen großen ereignisbezogenen Mobilisierungseffekt für die sächsische LINKE bedingt durch die Flüchtlingsbewegungen nach Deutschland und Europa. Auf dem fünften Platz nimmt schließlich die Umweltpolitik einen weiteren Interessenschwerpunkt der Neumitglieder ein, welcher ebenfalls bereits durch die

Beitrittsimpulse bestätigt wurde, bei denen zahlreiche Befragte ökologische Schwerpunkte als ihren persönlichen Eintrittsgrund nannten. Schlussendlich ist festzustellen, dass zwischen den Politikfeldern in der unteren Hälfte der Abbildung keine signifikanten Abweichungen erkennbar sind. Im Kontext der Tatsache, dass kein Antwortitem einen Wert unterhalb des mittleren Niveaus erreicht, scheint es daher so, dass die Neumitglieder politisch eher durch vielseitige Interessen geprägt sind.

Als letzten Schwerpunkt für den sozialpsychologischen Ansatz gilt es nun, die Ergebnisse der Political Efficacy auszuwerten. Dabei soll zunächst Internal und External Efficacy im Fokus stehen, welche durch die 5-stufige Likertskala Mittelwerte zwischen 1 und 5 annehmen können und sich durch die Bewertung der vier Aussagen aus Frage 10 ergeben (Abb.37).

Abb. 37: Political Efficacy

Internal und External Efficacy (alle Angaben sind Mittelwerte)



Die Ergebnisse der Neumitglieder bestätigen dabei weitestgehend die Erkenntnisse der Deutschen Parteimitgliederstudie für die Befragten aller Parteien von 2009: Die Internal Efficacy, d.h. die Bewertung der politischen Eigenkompetenz, erreicht einen höheren Wert als die External Efficacy, d.h. der Glaube, dass das politische System offen für Einflüsse von außen ist. Zu erkennen ist jedoch, dass die Range r zwischen Internal und External Efficacy unter den Neumitgliedern der sächsischen LINKEN etwas höher ist ($r=1,0$) als im Fall von Spier et al. ($r=0,6$). Dies liegt darin begründet, dass das Vertrauen in die eigene politische Kompetenz bei den Neumitgliedern höher ist, der Glaube an die Aufnahmebereitschaft des politischen Systems jedoch einen etwas niedrigeren Wert annimmt. Im Vergleich zu den von Spier et al. erhobenen Werten für die deutsche Gesamtbevölkerung (Internal Efficacy: 2,9 / External Efficacy: 2,5¹⁰³) sind die Mittelwerte der Parteimitglieder in beiden Studien deutlich

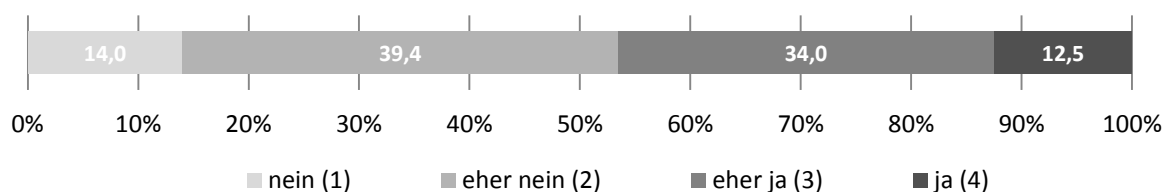
¹⁰³ Vgl. Spier et al. 2011, S.87.

höher, was für einen großen Einfluss der Efficacy-Dimensionen für die Eintrittsentscheidung spricht.

Weiterhin wurde eine parteiinterne Efficacy-Komponente (Abb.38) mit der Frage „Hast du ganz allgemein den Eindruck, dass du als Parteimitglied Entscheidungen und Positionen der Partei beeinflussen bzw. aktiv mitgestalten kannst?“ in die Befragung eingebracht, welche durch die 4-stufige Skala einen Mittelwert zwischen 1 und 4 annehmen kann. Es ist zunächst zu erkennen, dass mit 43 fehlenden Antworten (11,4 Prozent) über ein Zehntel der Befragten offensichtlich nicht bereit waren, sich zu dieser Frage zu äußern, was durchaus darauf zurückgehen kann, dass die Befragung nicht unabhängig von der Partei durchgeführt wurde und eine Antwort im Bereich „nein“ und „eher nein“ von diesen Studienteilnehmern als nicht erwünscht aufgefasst wurde. Von dieser These ausgehend ist anzunehmen, dass der errechnete Mittelwert von 2,45 tatsächlich etwas niedriger wäre, wenn die 43 Personen, die diese Frage übersprungen haben, eine Antwort hätten geben müssen.

Abb. 38: Parteiinterne Efficacy (N=335)

Mittelwert: 2,45



Der Glaube an die Bereitschaft der Partei, offen für Einflüsse der Neumitglieder zu sein, ergibt dennoch ein gespaltenes Ergebnis. Während 46,5 Prozent der Meinung sind, den parteiinternen Kurs beeinflussen zu können, drücken 53,4 Prozent mit der Antwort „nein“ und „eher nein“ ihre Skepsis in Bezug auf die parteiinternen Mitgestaltungsoptionen aus. Hieraus entsteht der Konflikt, dass sich die Neumitglieder zwar im Durchschnitt eine hohe politische Eigenkompetenz zuschreiben (siehe Internal Efficacy, Abb.37), jedoch zu einem größeren Teil nicht zu der Überzeugung gelangen, diese effektiv in der Parteiarbeit durch Partizipation an Entscheidungen und Beschlüssen wirksam machen zu können. Folglich ergibt sich ein mögliches Beitrittshehmnis bzw. ein Austrittsgrund durch Frustration.

Wird nun die Parteiaktivität der Mitglieder (Abb.24, Frage 5) auf einen möglichen Zusammenhang mit der Beurteilung der parteiinternen Efficacy untersucht (Tab.7), so ergibt sich für den Korrelationskoeffizienten r nach Pearson¹⁰⁴ ein Wert von 0,286**, welcher zwar auf einen eher schwachen, aber dennoch signifikanten Zusammenhang deutet. Demnach sind

¹⁰⁴ Pearsons r kann ähnlich Spearmans r_{SP} Werte zwischen -1 und +1 annehmen, um statistische Zusammenhänge zwischen verschiedenen Variablen zu ermitteln.

Mitglieder, die ihre Mitgestaltungsoptionen positiver einschätzen, auch aktiver mit Blick auf die Parteiarbeit.

Korrelationen

		Parteiinterne Efficacy	Parteiaktivität
Parteiinterne Efficacy	Korrelation nach Pearson	1	,286**
	Signifikanz (2-seitig)		,000
	N	335	326
Parteiaktivität	Korrelation nach Pearson	,286**	1
	Signifikanz (2-seitig)	,000	
	N	326	362

** . Die Korrelation ist auf dem Niveau von 0,01 (2-seitig) signifikant.

Tab.7: Zusammenhang zwischen Parteiaktivität und parteiinterner Efficacy (SPSS Output)

4.3 Auswertung der Einstellungsfragen

4.3.1 Wirtschaftliche Situation

Auf einer zehnstufigen Skala sollten die Befragten die wirtschaftliche Situation Deutschlands, Sachsens sowie ihre eigene beurteilen. Aus den Ergebnissen für die einzelnen Items ergeben sich zunächst die in Tab.8 dargestellten Lageparameter.

	N	Mittelwert	Median	Modus
Deutschland	368	7,26	8	8
Sachsen	361	5,91	6	7
Eigene Situation	353	5,00	5	5

Tab.8: Lageparameter zur wirtschaftlichen Situation

Aus einem ersten Vergleich der Werte ist erkennbar, dass die wirtschaftliche Situation in Deutschland sehr viel besser eingeschätzt wird als die anderen beiden Variablen. Dabei orientiert sich die Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Situation eher an dem Wert für das Land Sachsen, welches zwar einen etwas höheren Mittelwert erreicht, jedoch ebenfalls weit unter dem Wert für Gesamtdeutschland liegt.

Um die Beziehungen zwischen der Einschätzung der unterschiedlichen Variablen besser zu untersuchen und Rückschlüsse auf mögliche Zusammenhänge zu ermöglichen, bietet sich die Berechnung des Korrelationskoeffizienten r_{SP} nach Spearman an (Tab.9).

Korrelationen					
			Wirtschaftliche Situation in Deutschland	Wirtschaftliche Situation in Sachsen	Meine eigene wirtschaftliche Situation
Spearman -Rho	Wirtschaftliche Situation in Deutschland	Korrelationskoef.	1,000	,645**	,238**
		Sig. (2-seitig)	.	,000	,000
		N	368	361	360
	Wirtschaftliche Situation in Sachsen	Korrelationskoef.	,645**	1,000	,279**
		Sig. (2-seitig)	,000	.	,000
		N	361	361	353
	Meine eigene wirtschaftliche Situation	Korrelationskoef.	,238**	,279**	1,000
		Sig. (2-seitig)	,000	,000	.
		N	360	353	363

** . Die Korrelation ist auf dem 0,01 Niveau signifikant (zweiseitig).

Tab.9: Spearmans r_{SP} für die Einschätzung der wirtschaftlichen Situation (SPSS Output)

Der Blick auf Tab.9 zeigt neben schwachen positiven Zusammenhängen zwischen der Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Situation und denen in Deutschland ($r_{SP}=0,238^{**}$) und Sachsen ($r_{SP}=0,279^{**}$) auch eine mittlere Korrelation zwischen den Ergebnissen für Deutschland und Sachsen ($r_{SP}=0,645^{**}$). Dies bedeutet, dass die Befragten die Situationen in Bezug zueinander beurteilt haben und ein höherer Wert des einen Items gleichzeitig auch in einem höheren Wert für die anderen beiden Items resultiert. Wird nun die soziodemografische Komponente der subjektiven Schichteinstufung ebenfalls mit den wirtschaftlichen Beurteilungen der Studienteilnehmer korreliert, so ergeben sich die in Tab.10 dargestellten Werte. Die Korrelation der Schichteinstufung mit der eigenen ökonomischen Situation ergibt mit einem Wert von $r_{SP}=0,384^{**}$ einen erwartungsgemäßen Zusammenhang, welcher bestätigt, dass diejenigen Befragten, die sich einer höheren Schicht zuordnen, ebenfalls dazu tendieren, ihre wirtschaftliche Situation besser einschätzen. Ebenfalls wird – wenn auch nur leicht – die Einschätzung der Situation in Sachsen durch die subjektive Schichteinstufung als intervenierende Variable beeinflusst ($r_{SP}=0,133^*$). Kein Zusammenhang besteht hingegen zur Beurteilung der bundesdeutschen Situation, d.h. diese Variable wird nicht durch die persönliche Zuordnung in eine gesellschaftliche Schicht beeinflusst.

		Korrelationen			
		Wirtschaftliche Situation in Deutschland	Wirtschaftliche Situation in Sachsen	Meine eigene wirtschaftliche Situation	
Spearman-Rho	Sub. Schichteinstufung	Korrelationskoef.	,078	,133 *	,384 **
		Sig. (2-seitig)	,138	,011	,000
		N	367	360	362

** . Die Korrelation ist auf dem 0,01 Niveau signifikant (zweiseitig).

* . Die Korrelation ist auf dem 0,05 Niveau signifikant (zweiseitig).

Tab.10: Wirtschaftliche Situation in Abhängigkeit zur subjektiven Schichteinstufung (SPSS Output)

Die vorliegenden Ergebnisse bestätigen, dass die Studienteilnehmer alle drei Items der Frage 14 in einem Verhältnis zueinander beantwortet haben und die Einschätzung der einen Variable die jeweils anderen beeinflusst. Sie zeigen weiterhin deutlich, dass sich Neumitglieder der sächsischen LINKEN ökonomisch unterhalb der – subjektiv als besser empfundenen – wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland und Sachsen einordnen.

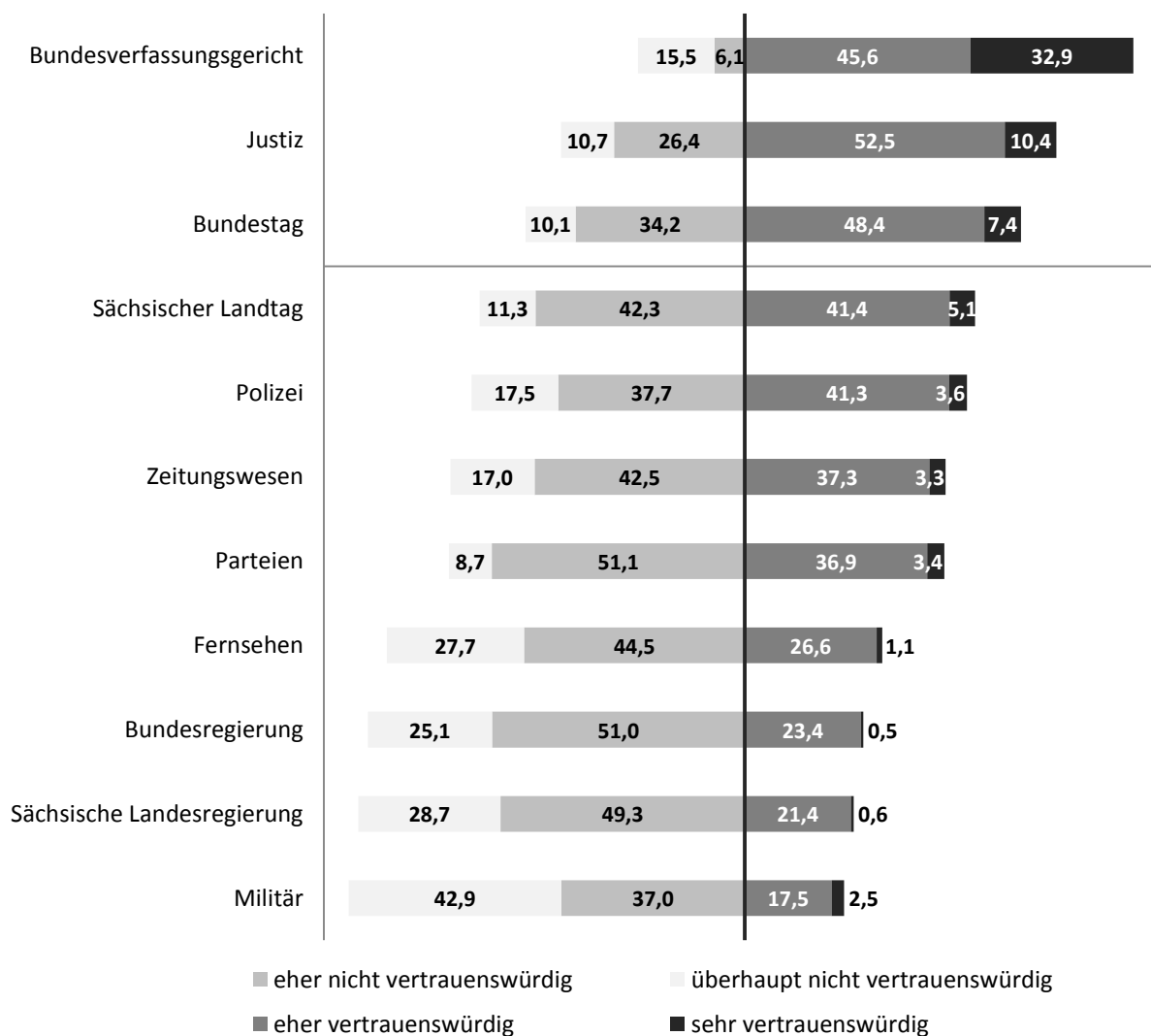
Wird dies nun mit Werten der sächsischen Bevölkerung aus anderen Studien verglichen, so zeigt sich ein abweichendes Bild. So ergaben die statistischen Erhebungen für den Sachsen-Monitor im März 2016, dass 78 Prozent der Befragten ihre persönliche wirtschaftliche Situation in einem Bereich von „eher gut“ und „sehr gut“ einschätzen – Ein

Wert, der 5 Prozent über der Einschätzung der ökonomischen Lage in Sachsen liegt, welche in der gleichen Studie mit 73 Prozent als „eher gut“ oder „sehr gut“ ein niedrigeres Ergebnis erreicht.¹⁰⁵ Folglich ergab die Erhebung, dass die sächsische Bevölkerung ihre eigene Situation oberhalb, d.h. nicht wie bei den Neumitgliedern unterhalb, der Lage in Sachsen einschätzt. Diese sehen sich demnach durchaus als Angehörige einer ökonomisch benachteiligten Bevölkerungsgruppe.

4.3.2 Institutionenvertrauen

Für die Frage nach dem Institutionenvertrauen ergeben sich aus der Mitgliederbefragung 2016 die in Abb.39 (Relative Häufigkeiten) und Tab.11 (Mittelwerte zwischen 1 [„überhaupt nicht vertrauenswürdig“] und 4 [„sehr vertrauenswürdig“]) dargestellten Ergebnisse.

Abb. 39: Institutionenvertrauen in % (N variiert zwischen 354 und 367)
(Frage: Hältst du folgende Institutionen für vertrauenswürdig?)



¹⁰⁵ Vgl. dimap 2016, S.11.

Institution	N	Mittelwert
Bundesverfassungsgericht	362	3,05
Justiz	364	2,63
Bundestag	366	2,53
Sächsischer Landtag	355	2,40
Parteien	358	2,35
Polizei	366	2,31
Zeitungswesen	365	2,27
Fernsehen	364	2,01
Bundesregierung	367	1,99
Sächsische Landesregierung	359	1,94
Militär	354	1,80

Tab.11 Institutionenvertrauen, Mittelwerte absteigend sortiert.

Es wird zunächst deutlich, dass lediglich drei der elf Institutionen Beurteilungen erhielten, die in ihrer Summe mehrheitlich im Bereich „eher vertrauenswürdig“ und „sehr vertrauenswürdig“ liegen: Das Bundesverfassungsgericht (78,5 Prozent / Mittelwert 3,05), die Justiz (62,9 Prozent / Mittelwert 2,63) und der Bundestag (55,8 Prozent / Mittelwert 2,53). Für die Institutionen Landtag, Polizei, Zeitungswesen und Parteien ergibt sich hingegen ein gespaltenes Bild. Zwar halten noch immer über 40 Prozent der Neumitglieder diese Institutionen für vertrauenswürdig, eine Mehrheit von über 50 Prozent antwortete jedoch im Bereich „eher nicht“ bis „überhaupt nicht vertrauenswürdig“. Am schlechtesten schneiden schließlich das Fernsehen, die Bundesregierung, die sächsische Landesregierung und das Militär ab, welche bezüglich der Vertrauenswerte bei den Neumitgliedern auf über 70 Prozent, im Falle des Militärs fast 80 Prozent, Ablehnung stoßen. Interessant ist dabei das vergleichsweise schwache Abschneiden des Fernsehens als mediale Institution im Vergleich zu den wesentlich höheren Ergebnissen des Zeitungswesens.

Wird das gesamte Institutionenvertrauen¹⁰⁶ auf eine mögliche Abhängigkeit zu der soziodemografischen Variable Alter geprüft, so ergibt sich mit einem Wert von 0,117* für den Korrelationskoeffizienten r nach Pearson¹⁰⁷ ein sehr schwacher, aber dennoch signifikanter Zusammenhang, welcher impliziert, dass das Alter der Neumitglieder einen kleinen Einfluss auf ihr Vertrauen zu den verschiedenen Institutionen hat (Tab.12). Da nicht das Alter in Jahren, sondern das Geburtsjahr erhoben wurde, wird hierdurch ein etwas größeres Institutionenvertrauen jüngerer Neumitglieder ausgedrückt, welches sich insbesondere bei Bundestag ($r=0,216^{**}$), Parteien ($r=0,201^{**}$) sowie Justiz und Bundesverfassungsgericht (jeweils $r=0,183^{**}$) äußert.

¹⁰⁶ Die Variable basiert in der Berechnung auf dem Mittelwert aller abgefragten Institutionen.

Korrelationen			
		Alter	Institutionenvertrauen
Alter	Korrelation nach Pearson	1	,117*
	Signifikanz (2-seitig)		,038
	N	373	312
Institutionenvertrauen	Korrelation nach Pearson	,117*	1
	Signifikanz (2-seitig)	,038	
	N	312	314

*. Die Korrelation ist auf dem Niveau von 0,05 (2-seitig) signifikant.

Tab.12: Pearsons r für den Zusammenhang zwischen Alter und Institutionenvertrauen (SPSS Output)

Werden die Werte der Neumitglieder nun mit den Erkenntnissen des Sachsen-Monitors von 2016 verglichen, so ergeben sich etwa Unterschiede für die Polizei und das Fernsehen, welche mit einem Wert von 70,0 Prozent (Polizei)¹⁰⁸ und 58,0 bzw. 75,0 Prozent (Fernsehen)¹⁰⁹ im Bereich „groß“ bis „sehr groß“ bei der sächsischen Bevölkerung ein wesentlich höheres Vertrauen genießen, als bei den Neumitgliedern der sächsischen LINKEN (44,9 Prozent bzw. 27,7 Prozent). Justiz und Bundestag, die im Sachsen-Monitor hingegen lediglich eine Vertrauenswürdigkeit von 55,0 Prozent bzw. 33,0 Prozent erreichten¹¹⁰, finden unter den Neumitgliedern ein höheres Vertrauen (62,9 Prozent und 55,8 Prozent). Ebenso genießen Parteien als Institutionen der demokratischen Willensbildung unter den Neumitgliedern mit 40,3 Prozent im Vergleich zur sächsischen Bevölkerung (17,0 Prozent¹¹¹) eine wesentlich größere Vertrauensbasis. Das Vertrauen in Bundes- und Landesregierung, bei den Neumitgliedern als Mitglieder einer Oppositionspartei mit 23,9 Prozent bzw. 22,0 Prozent erwartungsgemäß niedrig, spiegelt sich nicht im Sachsen-Monitor wider, jedoch belegt die Bundesregierung mit einem Vertrauenswert von 33,0 Prozent ebenfalls einen niedrigen Platz im Ranking¹¹². Ein deutlich besseres Vertrauen drücken die Befragten des Sachsen-Monitors hingegen mit 46,0 Prozent der Landesregierung aus. Eine Gemeinsamkeit besteht darüber hinaus in Bezug auf die Werte zum sächsischen Landtag. Dieser erreicht bei den Neumitgliedern mit 46,5 Prozent im Bereich „eher“ bis „sehr vertrauenswürdig“ einen ähnlichen Wert wie im Sachsen-Monitor (43,0 Prozent¹¹³).

¹⁰⁸ Vgl. dimap 2016, S.21.

¹⁰⁹ Vgl. ebenda, S.35 (im Sachsen-Monitor unterteilt in öffentlich-rechtlich und privat).

¹¹⁰ Vgl. ebenda, S.21.

¹¹¹ Vgl. ebenda.

¹¹² Vgl. ebenda.

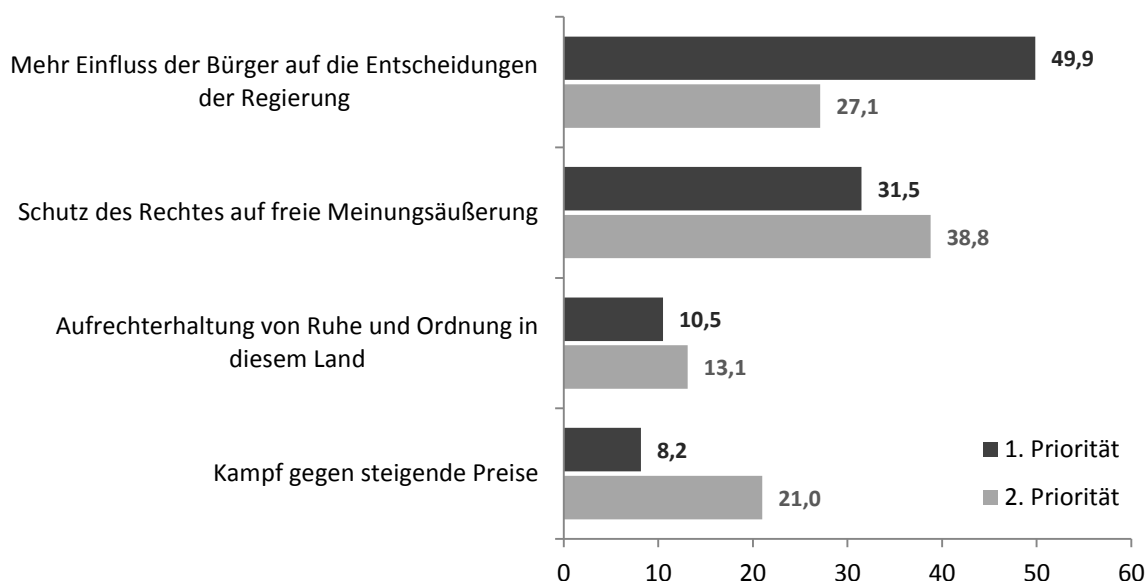
¹¹³ Vgl. ebenda.

4.3.3 Materialismus und Postmaterialismus

Mithilfe von Frage 16 wurden die materialistischen und postmaterialistischen Tendenzen der Neumitglieder im Hinblick auf die Priorität politischer Zielsetzungen erhoben. Als Basis diente eine Fragestellung, die für die Berechnung des Inglehart-Index genutzt wird. Abb.40 zeigt hierfür zunächst die relativen Häufigkeiten der einzelnen Ziele unter Einbezug ihres Rangplatzes, d.h. ob sie von den Befragten als erste oder zweite Priorität gewählt wurden.

Abb. 40: Materialismus und Postmaterialismus I: Einzelne Items in % (N=343)

(Frage: [...] Wenn du zwischen diesen Zielen wählen müsstest, welches Ziel erschien dir persönlich am wichtigsten? Welches am zweitwichtigsten?)



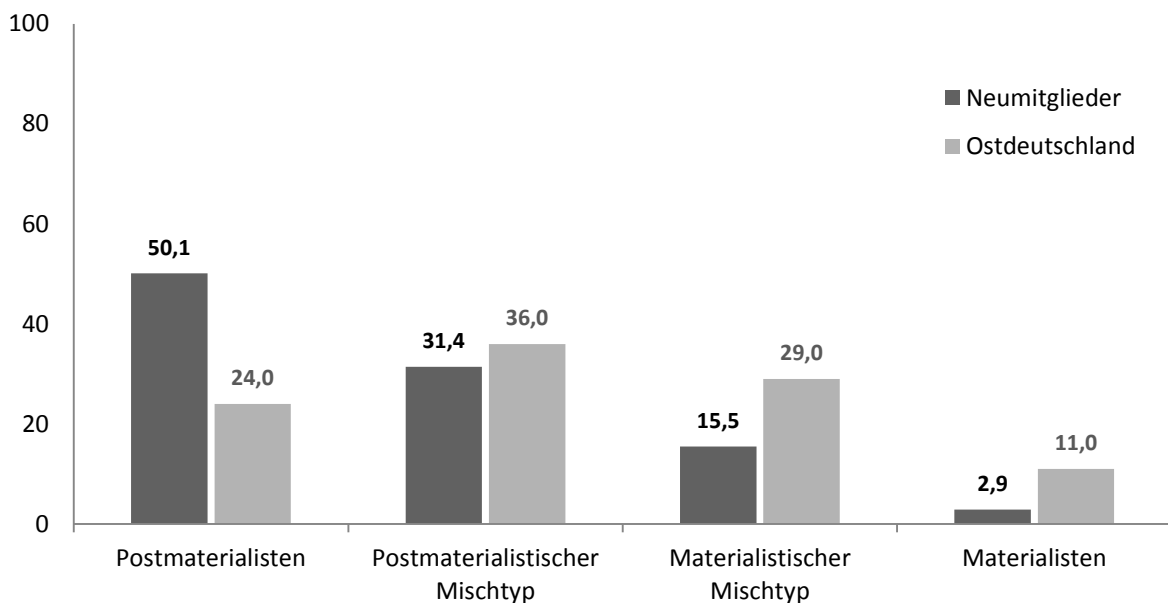
Es wird deutlich, dass beide postmaterialistischen Ziele sowohl als erster als auch als zweiter Rang wesentlich häufiger gewählt wurden als die materialistischen Items. Dabei legen die Neumitglieder besonders viel Wert auf den Einfluss auf politische Entscheidungen, welcher bei fast jedem zweiten Befragten (49,9 Prozent) die erste Priorität darstellt. Den höchsten Wert der materialistischen Ziele erreicht hingegen der Kampf gegen steigende Preise (Inflationsbekämpfung), der bei etwas mehr als einem Fünftel der Studienteilnehmer (21,0 Prozent) als zweite Priorität gewählt wurde. Insgesamt betrachtet zeichnen sich laut Umfrageergebnissen materialistische Politikziele unter den Neumitgliedern der sächsischen LINKEN jedoch nur durch eine geringe Bedeutung aus.

Dies wird folglich auch dann deutlich, wenn in einem zweiten Schritt alle Befragten einem der – in Abschnitt 2.5.2 (Tab.2) vorgestellten – Ideal- und Mischtypen zugeordnet werden. Es entsteht die in Abb.41 dargestellte Verteilung, welche darüber hinaus die Ergebnisse der Mitgliederbefragung 2016 den jüngsten Werten für Ostdeutschland (2014) gegenüberstellt, die hier dem Datenreport 2016 des statistischen Bundesamtes¹¹⁴ entnommen wurden.

¹¹⁴ Vgl. Destatis (Hg.): Datenreport 2016, Bonn 2016, S.419.

Abb. 41: Materialismus und Postmaterialismus II: Typen (Neumitglieder N=341)

Angaben in %



Die Zuweisung zu den verschiedenen Typen unterstreicht die Ergebnisse aus Abb.40. Mehr als 50 Prozent der Befragten sind demnach dem postmaterialistischen Idealtyp zuzuordnen, d.h. haben sowohl als erste als auch als zweite Priorität ein postmaterialistisches Ziel gewählt. Fast ein Drittel (31,4 Prozent) haben ein postmaterialistisches Ziel als erste sowie ein materialistisches Ziel als zweite Priorität eingeordnet. 15,5 Prozent entschieden sich hingegen für ein materialistisches Politikziel als oberste Priorität und ein postmaterialistisches auf dem zweiten Rang und lediglich 2,9 Prozent wählten beide materialistischen Ziele aus.

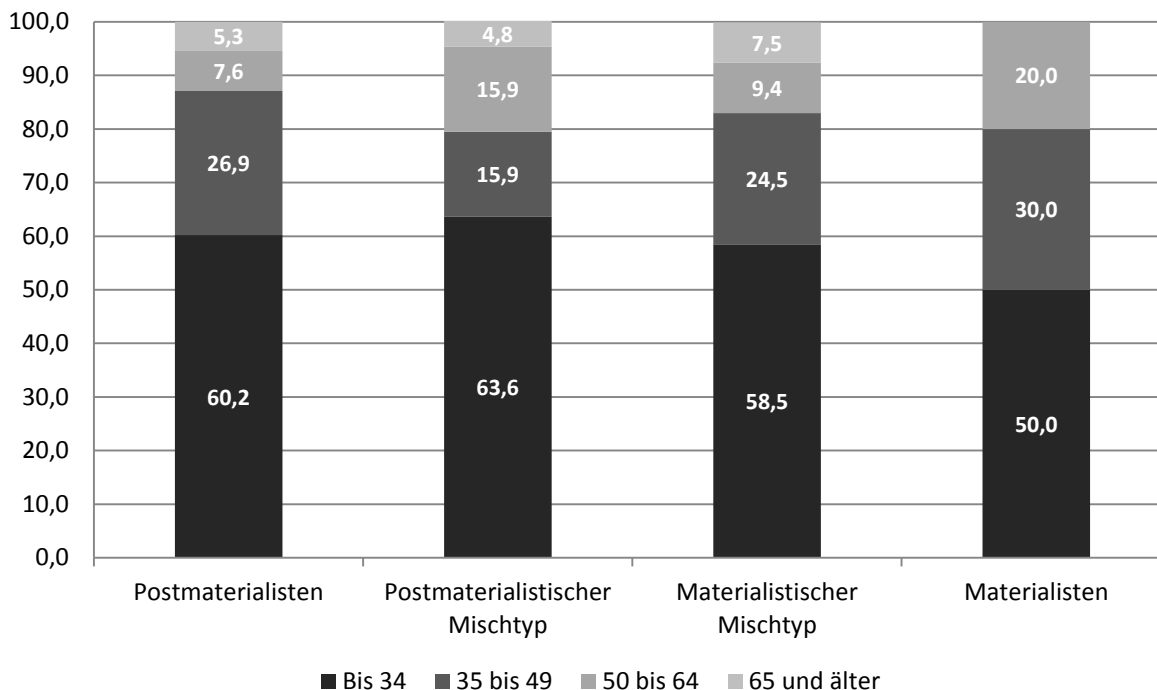
Für die Bevölkerung in Ostdeutschland, bereits im Vergleich zu den alten Bundesländern tendenziell materialistischer geprägt¹¹⁵, wurden hingegen Werte erhoben, die sich nicht mit der Neumitgliederstruktur der sächsischen LINKEN decken. Zwar ist der relative Anteil derer, die dem postmaterialistischen Typ bzw. Mischtyp zuzuordnen sind, auch in der Bevölkerung höher (60,0 Prozent), jedoch wählten mit 24,0 Prozent nur etwas weniger als die Hälfte im Vergleich zu den Neumitgliedern die postmaterialistischen Ziele als ihre höchsten Prioritäten aus. Auch der Anteil materialistischer Idealtypen ist mit 11,0 Prozent in Ostdeutschland fast viermal größer als bei den Studienteilnehmern der Mitgliederbefragung 2016. Die Ergebnisse zeigen weiterhin durch den hohen Anteil an Mischtypen (65,0 Prozent), dass die Bevölkerungsprioritäten eher dazu tendieren, sowohl postmaterialistische als auch materialistische Ziele – unter einer leichten Favorisierung der postmaterialistischen Items – in den Fokus zu rücken. Demgegenüber steht das klare postmaterialistische Profil der Neumitglieder.

¹¹⁵ Vgl. Destatis 2016, S.419.

Werden die einzelnen Typen schließlich in Abhängigkeit zu verschiedenen Alterskategorien gesetzt, so entsteht das in Abb.42 dargestellte Ergebnis. Zu erkennen ist, dass sich die Altersstruktur von rechts nach links – d.h. von den Materialisten bis hin zu den Postmaterialisten – etwas verjüngt, sich jedoch nicht signifikant voneinander unterscheidet.

Abb. 42: Materialismus und Postmaterialismus III: Altersgruppen (N=341)

Angaben in %

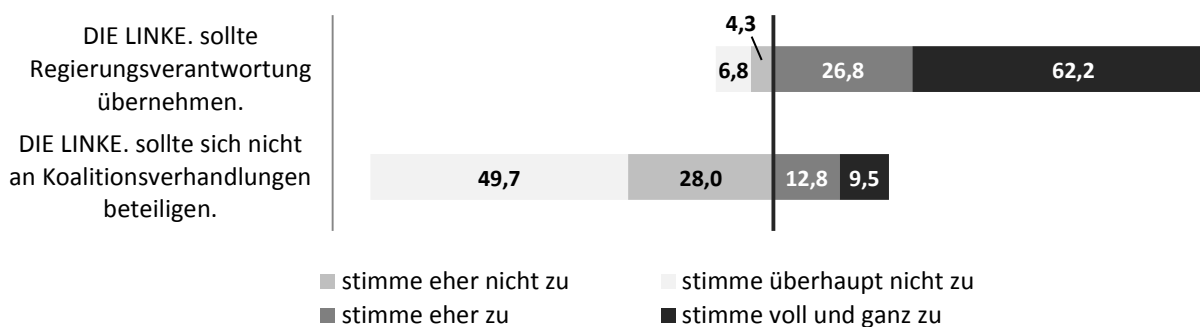


4.3.4 Protestpotenzial und Regierungsverantwortung der Partei DIE LINKE

Als vierter thematischer Block in Komplex III werden mit Frage 17 die Einstellungen der Neumitglieder zu zwei parteiinternen Kontroversen näher beleuchtet: Die Möglichkeit einer Regierungsbeteiligung der LINKEN sowie das Protestpotenzial der Partei. Das Ergebnis für erstere Fragestellung wird in Abb.43 dargestellt.

Abb. 43: Einstellungen zur Regierungsbeteiligung in % (N=370 bzw. 368)

(Frage: Inwiefern stimmst du folgenden Aussagen über DIE LINKE. zu?)

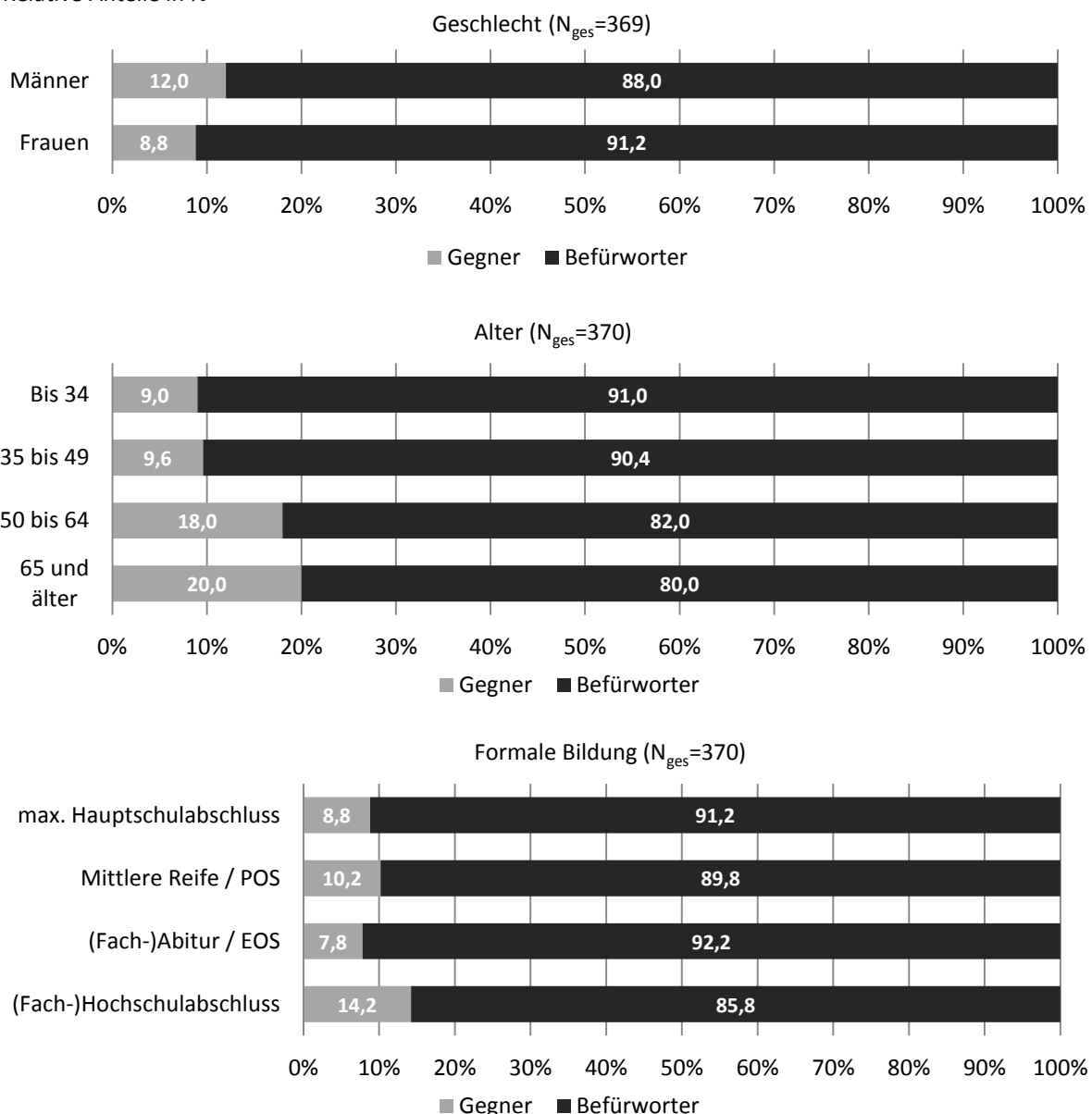


Es wird deutlich, dass 89,0 Prozent der Befragten allgemein einer Regierungsbeteiligung der LINKEN zustimmen und nur etwas mehr als ein Zehntel der ersten Aussage nicht zustimmen. Die zweite Aussage, welche hier eine Art Gegenprobe darstellt, da eine Zustimmung der ersten Aussage eine Ablehnung der zweiten impliziert, unterstreicht im Wesentlichen dieses Ergebnis: Lediglich 22,3 Prozent lehnen die Teilnahme an Koalitionsgesprächen ab.

In nächsten Schritt wird in Abb.44 die Einstellung der Mitglieder gegenüber einer Regierungsbeteiligung in Abhängigkeit der Merkmale Geschlecht, Alter und formale Bildung dargestellt. Dabei wurde die 4-stufige Antwortskala der Frage insofern vereinfacht, dass diejenigen, die „stimme voll und ganz zu“ und „stimme eher zu“ wählten, als Befürworter gelten und alle verbliebenen Befragten als Gegner.

Abb. 44: Zustimmung für Regierungsbeteiligung nach Soziodemografie

Relative Anteile in %



Die Grafik zeigt nur geringe Einflüsse der aufgeführten soziodemografischen Merkmale. So ist etwa zu erkennen, dass die Ablehnung einer möglichen Regierungsbeteiligung ab einem Alter von 50 Jahren etwa doppelt so hoch ist als bei jüngeren Neumitgliedern. Ältere Studienteilnehmer drücken demnach eine größere Skepsis aus. Mit Blick auf die formale Bildung hingegen ist lediglich festzustellen, dass sich die Gruppe der höchstgebildeten Neumitglieder durch den größten Gegneranteil auszeichnet (14,2 Prozent). Insgesamt unterstreicht die Abbildung jedoch gruppenübergreifend eine große Zustimmung für eine Regierungsverantwortung der LINKEN.

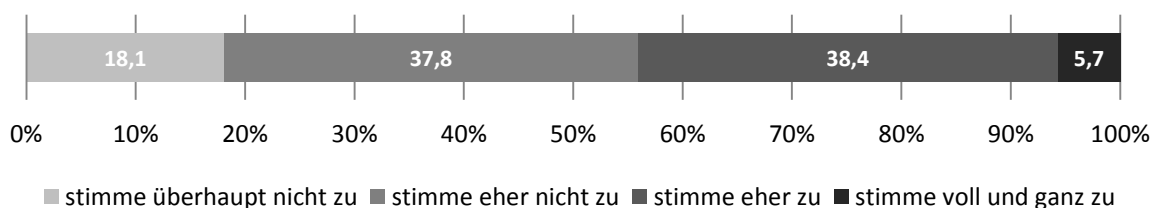
Anders als die vorherige Frage deutet die Beurteilung der Aussage „DIE LINKE ist eine Protestpartei“ auf gesplante Ansichten der Neumitglieder (Abb.45). 55,9 Prozent stehen ihr ablehnend gegenüber und 44,1 Prozent stimmen ihr eher oder voll und ganz zu. Trotz der leichten Tendenz, DIE LINKE nicht als Protestpartei wahrzunehmen, ist das Ergebnis demnach weit weniger eindeutig. Es unterstreicht jedoch die Resultate des Beitrittsmotives „aus Protest zu anderen Parteien“, welches bereits in Komplex II ausgewertet wurde. Hier zeigte sich ein ähnlich gesplantes Ergebnis, nach dem etwa 30,0 Prozent dieses Motiv für ihren individuellen Beitritt als wichtig bewerteten und 54,6 Prozent nicht.

Aus den Werten ist ablesbar, dass die Frage, ob DIE LINKE nun eine Protestpartei ist, von den Neumitgliedern nicht eindeutig beantwortet wird. Es zeigt sich jedoch deutlich, dass der Protestfaktor, der für eine größere Gruppe der Neumitglieder bereits ein wichtiges Beitrittsmotiv darstellt, ebenso das Verständnis der Partei in den Köpfen jener Mitglieder prägt. Protest als begünstigende Variable für eine Beitrittsentscheidung zur LINKEN stellt demnach einen nicht zu verachtenden Schwerpunkt dar, der das Identitätsverständnis der Partei bei den Mitgliedern formt und beeinflusst.

Ein signifikanter Zusammenhang zwischen soziodemografischen Merkmalen und dem individuellen Verständnis der LINKEN als Protestpartei ist zudem, ebenso wie eine Korrelation zu den Gegnern einer Regierungsbeteiligung, nicht gegeben.

Abb. 45: DIE LINKE als Protestpartei (N=370)

(Aussage: DIE LINKE ist eine Protestpartei)

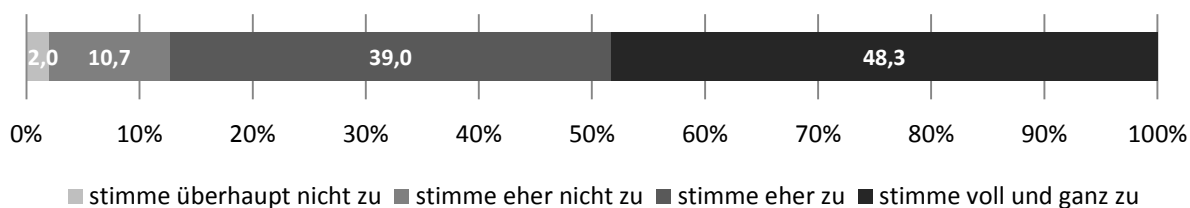


4.3.5 Demokratie

Im Rahmen des Untersuchungsfeldes „Demokratie“ wurden die Einstellungen der Neumitglieder zur Demokratie einerseits als diffuse Staatsform und andererseits als spezielle Ausprägung in Form der Demokratie in Deutschland erhoben. Die Befragung ergab zunächst die in Abb.46 dargestellten Ergebnisse für die Haltung der Neumitglieder zur Demokratie als Staatsform. Es ist anzumerken, dass 22 Studienteilnehmer (5,8 Prozent) zu dieser Frage keine Angaben machten.

Abb. 46: Haltung zur Demokratie als beste Staatsform (N=356)

(Aussage: Demokratie ist die beste Staatsform)

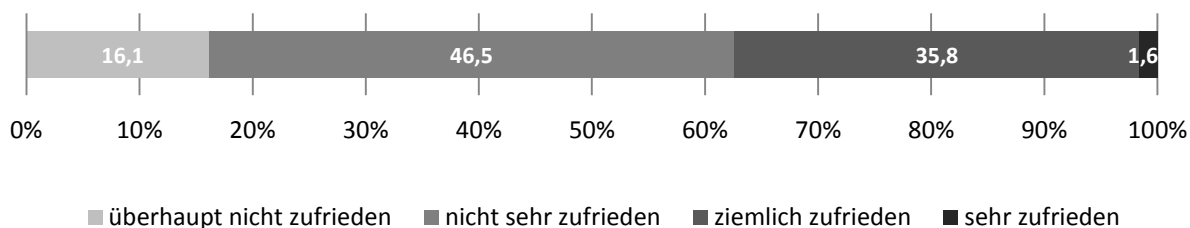


Erkennbar ist eine große Zustimmung von 87,3 Prozent zugunsten der Demokratie, welche demnach im Verständnis der Neumitglieder als beste Staatsform verankert ist. Damit liegt der Wert im Vergleich zur ostdeutschen Gesamtbevölkerung 5,3 Prozent höher: Bei der letzten Erhebung des statistischen Bundesamtes 2014 zur gleichen Fragestellung gaben in den neuen Bundesländern lediglich 82,0 Prozent der Befragten eine positive Haltung gegenüber der Demokratie als Staatsform an.¹¹⁶

Die Bewertung der Demokratie in Deutschland (Abb.47) unterscheidet sich mit einer Zufriedenheit von 37,4 Prozent im Bereich „ziemlich“ und „sehr“ ebenfalls etwas von den Werten, die 2014 für die Ostdeutschen erhoben wurden. Hier gaben 47,0 Prozent an, mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland insgesamt zufrieden zu sein, wonach ein Unterschied von 9,4 Prozent besteht.¹¹⁷ Dieser kann möglicherweise auch damit erklärt werden, dass Teile der Neumitglieder zwar in der Demokratie als Staatsform den besten

Abb. 47: Demokratiezufriedenheit (N=372)

(Frage: Bist du mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, alles in allem gesehen zufrieden?)



¹¹⁶ Vgl. Destatis 2016, S.408.

¹¹⁷ Vgl. ebenda, S.409.

Weg sehen, aber der deutschen Umsetzung eher skeptisch gegenüberstehen. Bereits im Datenreport des statistischen Bundesamtes wird deutlich, dass die Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland in den neuen Bundesländern wesentlich schwächer ausgeprägt ist, als in den alten Bundesländern, in denen 77,0 Prozent ihre Zufriedenheit bekundeten.¹¹⁸ Gleichzeitig ist die positive Einstellung gegenüber einem sozialistischen System als Staatsform in Ostdeutschland mit 76,0 Prozent viel höher als in Westdeutschland (45,0 Prozent)¹¹⁹; ein Zwiespalt, der sich mit hoher Wahrscheinlichkeit auch in der Neumitgliederstruktur der (sächsischen) LINKEN, die sich als demokratisch- sozialistische Partei versteht, manifestiert.

Andere Faktoren, die die Beurteilung der Demokratie in Deutschland ebenfalls beeinflussen, werden in Tab.13 aufgeführt. So ist die Bewertung der Demokratiezufriedenheit etwa abhängig von den Werten, die die Studienteilnehmer für die ökonomische Situation in Deutschland ($r_{SP}=0,327^{**}$) und Sachsen ($r_{SP}=0,217^{**}$) wählten. Als soziodemografisches Merkmal ist zudem das Alter anzuführen, wonach jüngere Befragte tendenziell etwas mehr dazu neigen, ihre individuelle Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland besser zu bewerten ($r_{SP}=-0,186^{**}$).

Korrelationen			
			Demokratie in Deutschland
Spearman-Rho	Wirtschaftliche	Korrelationskoeffizient	,327**
	Situation in	Sig. (2-seitig)	,000
	Deutschland	N	364
	Wirtschaftliche	Korrelationskoeffizient	,217**
	Situation in Sachsen	Sig. (2-seitig)	,000
		N	357
Alter		Korrelationskoeffizient	-,186**
		Sig. (2-seitig)	,000
		N	372

** . Die Korrelation ist auf dem 0,01 Niveau signifikant (zweiseitig).

Tab.13: Spearmans r_{SP} für Korrelationen zur Demokratiezufriedenheit (SPSS Output)

¹¹⁸ Vgl. Destatis 2016, S.409.

¹¹⁹ Vgl. ebenda, S.410.

5 Zusammenfassung und Fazit

Die Mitgliederbefragung 2016 stellte für den sächsischen Landesverband der LINKEN ein Pionierprojekt dar. Erstmals wurde die Neumitgliederstruktur umfassend im Rahmen einer wissenschaftlichen Studie empirisch untersucht.

Die Ergebnisse des soziodemografischen Teils zeigen, dass sich die Mitgliederstruktur der Partei einerseits verjüngt und andererseits männlicher wird. Beides ist dadurch zu erklären, dass ältere (weibliche) Mitglieder allmählich versterben. Die schwindende Gesamtmitgliederzahl des Landesverbandes kann durch steigende Beitrittszahlen seit der letzten Bundestagswahl zudem etwas gebremst werden. Neben der geschlechter- und altersspezifischen Betrachtung der soziodemografischen Merkmale ist weiterhin festzustellen, dass sich der relative Anteil höher gebildeter Personen tendenziell vergrößert, was die Ergebnisse für die formale Bildung der Neumitglieder belegen. Die Ressourcentheorie nach Verba/Nie von 1972 liefert demnach auch nach über 40 Jahren für die Neumitglieder der LINKEN in Sachsen im Zeitraum 2011 bis 2016 eine gute Erklärungsleistung, die den Beitritt anhand soziodemografisch bedingter Ressourcen erklärt. Nicht zu verachten ist jedoch auch die Erklärungsleistung der Cleavagetheorie, welche besonders hinsichtlich der, im Vergleich zu anderen Parteien, hohen Gewerkschaftszugehörigkeit und der niedrigen subjektiven Schichteinstufung typische Gruppen bzw. Cleavages innerhalb der LINKEN aufzeigt. Auch der Anteil der Arbeiter unter den Neumitgliedern, welcher für das Selbstverständnis der LINKEN als Arbeiterpartei von Bedeutung ist, ist relativ zu anderen Parteien höher und unterstreicht die Repräsentation dieser Gruppe innerhalb der Gesamtmitgliederstruktur, obgleich sie bei weitem keine Mehrheit darstellt. Zusammenfassend zu Komplex I ist demnach festzustellen, dass beide vorgestellten Theorien einen Beitrag zur Erfassung der Neumitglieder aus soziodemografischen Gesichtspunkten leisten, wobei besonders die u.a. von Spier et al. 2011 eher skeptisch betrachtete Cleavagetheorie innerhalb der Mitgliederbefragung 2016 Aussagekraft besitzt. Sie belegt, dass Cleavages trotz der höheren sozialen Mobilität im 21. Jahrhundert dennoch eine Rolle für die Zusammensetzung der Parteimitglieder spielen können – einerseits, wie im Fall der Arbeiter, in der tatsächlichen Zugehörigkeit zu einer Gruppe, andererseits in der Identifikation der Parteimitglieder mit bestimmten sozialen Schichten der Gesellschaft.

Hinsichtlich der motivationalen Einflüsse auf die individuellen Beitrittsentscheidungen, welche nur schwache Korrelationen zu soziodemografischen Merkmalen aufweisen, bilden sich die Ergebnisse von Spier et al. 2011 auch in der Mitgliederbefragung 2016 ab.

Kollektive, politische, altruistische und expressive Anreize stellen demnach die wichtigsten Motive für den Eintritt unabhängig von Alter, Geschlecht, formaler Bildung etc. dar.

Konkrete Beitrittsimpulse finden sich hingegen maßgeblich in politischen und gesellschaftlichen Ereignissen sowie, für DIE LINKE bezeichnend, in der Unzufriedenheit der Neumitglieder mit der eigenen oder der gesellschaftlichen Gesamtsituation. Dabei zeichneten sich im Untersuchungszeitraum tagespolitische Themen der Asylpolitik in Verbindung mit rechten Tendenzen innerhalb der Bevölkerung (AfD und PEGIDA) als größter Schwerpunkt aus, der wie kein anderer zu einer Mobilisierungswelle für die sächsische LINKE führte. „Klassische“ linke Positionen, die sich mit der sozialen Frage, Rente und dem Arbeitsmarkt beschäftigen, wurden hierdurch hingegen als wichtigste mobilisierende Leitthemen verdrängt, obgleich die Sozialpolitik das bedeutsamste Interessenfeld für die Neumitglieder darstellt.

Der Blick auf die sozialpsychologischen Faktoren unterstreicht weiterhin die, trivial erscheinende, Erkenntnis von Spier et al. 2011¹²⁰, dass das politische Interesse einen wesentlichen Faktor für den Parteibetritt darstellt. Ein wesentlicher Unterschied zu den Ergebnissen der Deutschen Parteimitgliederstudie von 2009 stellt jedoch dabei die Ausprägung der Interessenslagen innerhalb der Mitgliederbefragung 2016 dar, in der Kommunalpolitik und Landespolitik, zugunsten eines höheren Interesses für die bundespolitische Ebene, viel weniger Bedeutung besitzen. Zudem zeigen die Ergebnisse der Studie ein vergleichsweise hohes Selbstvertrauen in die eigene politische Kompetenz sowie einen ausgeprägten Partizipationswunsch der Neumitglieder (Internal Efficacy), welche nicht zuletzt auch durch die hohe Rücklaufquote der vorliegenden Studie belegt wird, bei gleichzeitiger Auffassung, dass DIE LINKE eine eher geringe Bereitschaft besitzt, die parteiinterne Partizipation der Neumitglieder konstruktiv aufzunehmen – ein Spannungsfeld, welches Austritte beschleunigen und Eintritte hemmen könnte.

Hinsichtlich der Einstellungsfragen wurde zudem deutlich, dass postmaterialistische Ziele bei den Neumitgliedern eine weitaus höhere Bedeutung erlangen als in der Bevölkerung. Ebenso ist das Vertrauen in legislative Institutionen, wie dem Bundestag, höher.

Mit Blick auf die Frage nach der Demokratiezufriedenheit spiegelt sich hingegen die kritische Ansicht der ostdeutschen Bevölkerung ebenso wie eine positivere Haltung zu sozialistischen Ideen in der Neumitgliederstruktur der sächsischen LINKEN wider: Zwar wird die Demokratie weithin als beste Staatsform anerkannt, die deutsche Ausprägung stößt jedoch sowohl in Bevölkerung als auch in der Partei auf ein tendenziell skeptisches Meinungsbild.

¹²⁰ Vgl. Spier et al. 2011, S.93.

Weniger skeptisch wird hingegen unter den Neumitgliedern eine Regierungsbeteiligung der LINKEN angesehen, für die sich eine große Mehrheit ausspricht. Sollte dieser Trend erhalten bleiben, würde sich die parteiinterne Diskussion in Sachsen allmählich durch ein wachsendes Lager der Befürworter zugunsten einer Regierungsbereitschaft auflösen.

In Bezug auf weitere wissenschaftliche Untersuchungen, die an die vorliegende Studie anknüpfen können, ergeben sich eine Vielzahl von Möglichkeiten. So kann der Datensatz, welcher für die Mitgliederbefragung 2016 angefertigt wurde, als weitere Grundlage für wissenschaftliche Analysen genutzt werden. Da die Mitgliederbefragung selbst das Ziel hatte, die Neumitglieder im Kontext einer großen Gesamtübersicht zu erfassen, können spezifischere Forschungsfragen auf die hier dargestellten Ergebnisse aufbauen. Denkbar wären etwa Problemstellungen, die sich speziell mit der Rolle der Frau innerhalb der LINKEN beschäftigen, welche sich in ihrem Selbstverständnis auch als feministisch bezeichnet¹²¹. Weiterhin kann der Fokus etwa stärker auf den Vergleich verschiedener Kreisverbände gelegt werden.

Als mögliche Erweiterung der hauptsächlich quantitativen Studie ist auch eine qualitativere Ausrichtung denkbar, die sich beispielsweise in Form von narrativen Interviews noch stärker mit den Beitrittsmotivationen beschäftigt. Ebenso erscheint auch eine geografische Erweiterung der Mitgliederbefragung 2016, in der etwa die Landesverbände der alten und neuen Bundesländer verglichen werden, sowohl wissenschaftlich relevant, als auch interessant.

Nicht zuletzt können die vorgestellten Erkenntnisse in der parteipolitischen Praxis dazu beitragen, neue und bessere Rekrutierungskonzepte für Neumitglieder zu erstellen um auf diesem Weg dem eingangs erwähnten Mitgliederschwund entgegenzuwirken.

¹²¹ Vgl. DIE LINKE 2011, S.5.

IV Literaturverzeichnis

Algasinger, Karin/Patzelt, Werner: Das Parteiensystem Sachsens, in: Niedermayer Oskar (Hg.): Intermediäre Studien in Ostdeutschland, Opladen 1996, S.237-262.

Andersen, Uwe (Hg.): Parteien – Parteiensysteme – Parteienforschung, Schwalbach 2009.

Bayerisches Landesamt für Statistik (Hg.): Zensusdatenbank – Zensus 2011 der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, in: <https://ergebnisse.zensus2011.de/> (Letzter Zugriff: 01.01.2017).

Biehl, Heiko: Parteimitglieder neuen Typs? Sozialprofil und Bindungsmotive im Wandel, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Bd.35 (2004), Heft 4, S.264-284.

Biehl, Heiko: Parteimitglieder im Wandel. Partizipation und Repräsentation, Wiesbaden 2005.

Boll, Bernhard/Holtmann, Everhard (Hg.): Parteien und Parteimitglieder in der Region. Sozialprofil, Einstellungen, innerparteiliches Leben und Wahlentscheidung in einem ostdeutschen Bundesland – Das Beispiel Sachsen-Anhalt, Wiesbaden 2001.

Bruter, Michael/Harrison Sarah; Tomorrow's Leaders?: Understanding the Involvement of Young Party Members in Six European Democracies, in: Comparative Political Studies 42, 2009.

Bukow, Sebastian: Die professionalisierte Mitgliederpartei, Wiesbaden 2013.

Bürklin et al.: Die Mitglieder der CDU, in: Publikationen der Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin 1997.

Burmester, Hanno et al.: Die Partei 2025. Impulse für zukunftsfähige politische Parteien, in: Publikationen der Heinrich-Böll-Stiftung, 2015.

Butzlaff, Felix/Hambauer, Verena: Mitgliederbefragung der SPD. Die SPD-Mitglieder und das Votum zum Koalitionsvertrag, Göttingen 2014.

Chrapa, Michael/Wittich Dietmar: Die Mitgliedschaft, der große Lümmel, Forschungsbericht zur Mitgliederbefragung der PDS 2000, Berlin/Halle 2001.

Crouch, Colin: Postdemokratie, Bonn 2008.

Decker, Frank/Neu, Viola (Hg.): Handbuch der deutschen Parteien, Wiesbaden 2007.

Decker, Frank et al.: Rekrutierungswege moderner Volksparteien. Vergleichende Analysen zur Mitgliederorganisation und Ergebnisse einer Praktikantenbefragung im Deutschen Bundestag, in: Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung, 2014.

Demuth, Christian/Lempp, Jakob (Hg.): Parteien in Sachsen, Dresden und Berlin 2006.

Destatis (Hg.): Datenreport 2016, Bonn 2016.

Deutscher Gewerkschaftsbund Bezirk Sachsen (Hg.): Zahlen & Mitglieder, in: <http://sachsen.dgb.de/uber-uns/bezirk/zahlen-mitglieder>, (Letzter Zugriff: 01.01.2017).

DIE LINKE (Hg.): Bundessatzung der Partei DIE LINKE, §2, in: <https://www.die-linke.de/partei/dokumente/bundessatzung-der-partei-die-linke/2-die-basis-der-partei/2-erwerb-der-mitgliedschaft/> (Letzter Zugriff: 01.01.2017).

DIE LINKE (Hg.): Programm der Partei DIE LINKE, Erfurt/Berlin 2011.

dimap (Hg.): Sachsen-Monitor 2016. Ergebnisbericht, Bonn 2016.

Dose, Nicolai: Warum schrumpfen Mitgliederparteien?, in: Gesellschaft, Wirtschaft, Politik, Jg. 61 (2012), Heft 3, S.293-302.

Falke, Wolfgang: Die Mitglieder der CDU. Eine empirische Studie zum Verhältnis von Mitglieder- und Organisationsstruktur der CDU 1971 – 1977, Berlin 1982.

Fishbein, Martin/Ajzen, Icek: Beliefs, Attitudes, Intentions and Behaviour. An Introduction to Theory and Research, Reading (Mass.) 1972.

Florack, Martin et al.: Strategien erfolgreicher Mitgliederrekrutierung der politischen Parteien, in: Schmid, Josef/Zolleis, Udo: Zwischen Anarchie und Strategie: Der Erfolg von Parteiorganisationen, Wiesbaden 2005.

Heidar, Knut: Party Membership and Participation, in: Katz, Richard S./Crotty, William J. (Hg.): Handbook of Party Politics, London u.a. 2006, S. 301-315.

Herrmann, Konstantin (Hg.): Sachsen seit der friedlichen Revolution. Tradition, Wandel, Perspektiven, Markleeberg 2010.

Inglehart, Ronald: The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles among Western Publics, Princeton 1977.

Institut für Praktische Theologie der Universität Wien (Hg.): Berechnung des Inglehart-Index, in: https://werteforschung-pt-ktf.univie.ac.at/fileadmin/user_upload/i_pt_ktf_werteforschung/Materialien_und_Downloads/Inglehart_Index_-_Materialismus_Postmaterialismus.pdf (Letzter Zugriff: 01.01.2017).

- Jesse, Eckhard: Die Volksparteien in der Krise, in: Das Parlament vom 25.9.06, S. 8.
- Jesse, Eckhard: DIE LINKE. Der smarte Extremismus einer deutschen Partei, München 2008.
- Jesse, Eckhard et al.: Politik in Sachsen, Wiesbaden 2014.
- Klein, Markus: Partizipation in politischen Parteien. Eine empirische Analyse des Mobilisierungspotenzials politischer Parteien sowie der Struktur innerparteilicher Partizipation in Deutschland, in: Politische Vierteljahresschrift, Bd. 47 (2006), H.1, S.35-61.
- Kleinert, Hubert: Abstieg der Parteiendemokratie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 2007, Bd. 57, H. 35-36, S. 3-11.
- Kölln, Ann-Kristin: Wie reagieren Parteien auf den Mitgliederschwund?, in: Publikationen der Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin 2015.
- Lipset, Seymour M./Rokkan, Stein: Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments, in: Lipset, Seymour M./Rokkan, Stein (Hg.): Party Systems and Voters Alignments. Cross-National Perspectives, New York 1967, S. 1-64.
- Mielke, Gerd: Auf verlorenem Posten? Parteien in der Bürgergesellschaft. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 2007, Bd. 20, H. 4, S. 63-71.
- Neu, Viola: Die Linke: eine Volkspartei?, in: Kronenberg, Volker/Mayer, Tilman (Hg.): Volksparteien: Erfolgsmodell für die Zukunft? Konzepte, Konkurrenzen und Konstellationen, Freiburg 2009.
- Neu, Viola: Die Mitglieder der CDU. Eine Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung, in: Publikationen der Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin 2007.
- Nie, Norman/Verba, Sidney: Participation in America. Political Democracy and Social Equality, New York 1972.
- Niedermayer, Oskar: Ein Modell zur Erklärung der Entwicklung und Sozialstruktur von Parteimitgliedschaften, in: Jun, Uwe et al. (Hg.): Die Zukunft der Mitgliederpartei, Opladen und Farmington Hills 2009, S. 91-109.
- Niedermayer, Oskar (Hg.): Handbuch Parteienforschung, Wiesbaden 2013.
- Niedermayer, Oskar: Parteimitglieder in Deutschland: Version 2015, Berlin 2015.
- Niedermayer, Oskar et al. (Hg.): Abkehr von Parteien? Parteiendemokratie und Bürgerprotest, Wiesbaden 2013.

Oberreuter, Heinrich: Politische Parteien. Stellung und Funktion im Verfassungssystem der Bundesrepublik, in: Mintzel, Alf/Oberreuter, Heinrich (Hg.): Parteien in der Bundesrepublik, Bonn 1990.

Onlinepräsenz von soSci Survey, in: <https://www.soscisurvey.de/index.php?page=info> (Letzter Zugriff: 01.01.2017).

Onlinepräsenz der Partei DIE LINKE.Sachsen, in: <https://www.dielinke-sachsen.de/partei/vor-ort/> (Letzter Zugriff: 01.01.17).

Sachsen.de (Hg.): Wahlergebnisse der Kreistagswahl 2014, in: https://www.statistik.sachsen.de/wpr_neu/pkg_s10_erg_kt.prc_rg_kt?p_bz_bzid=KT14&p_ebene=SN&p_ort=14&p_wart=KT (Letzter Zugriff: 01.01.17).

Schlönvoigt, Dieter: Nachwuchsförderung braucht ein Gesamtkonzept, in: Publikationen der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 2008.

Seyd Patrick/Whiteley, Paul: Labour's Grassroots. The Politics of Party Membership, Oxford 1992.

Spier, Tim et al. (Hg.): Parteimitglieder in Deutschland, Wiesbaden 2011.

Stock, Alexander: Neumitglieder im Visier: Das Rekrutierungsmanagement der politischen Nachwuchsorganisationen am Beispiel der NRW-Landesverbände, Marburg 2008.

Walter-Rogg, Melanie/Gabriel, Oskar W. (Hg.): Parteien, Partieliten und Mitglieder in einer Großstadt, Wiesbaden 2004.

Wiesendahl, Elmar: Mitgliederparteien am Ende? Eine Kritik der Niedergangsdiskussion, Wiesbaden 2006.

Verba, Sidney/Schlozmann, Kay L./Brady, Henry E.: Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics. Cambridge (Mass.) 1995.

V Anhang

Anhang 1: Begleit- und Erinnerungsschreiben zur Befragung Hauptschreiben (Postalisch und Email)

Liebe/r (*Vorname des Befragten*),

Im Rahmen einer akademischen Masterarbeit führt Kevin Scheibel, ehemaliger Praktikant unserer Landesgeschäftsstelle und Masterstudent an der TU Chemnitz am Institut für Politikwissenschaft, eine Studie zu Neumitgliedern der Partei DIE LINKE. Sachsen, ihren Motivationen zum Parteieintritt, sowie ihren Einstellungen durch. Relevant für die Befragung sind dabei alle Mitglieder, die zwischen dem 1. Januar 2011 und dem 31. Mai 2016 in die Partei eingetreten und weiterhin Mitglied der Partei sind. Deshalb erhältst Du heute diese Mail.

Da wir als Partei ein großes Interesse daran haben - auch im Sinne der Neumitgliederwerbung und Mitgliederbetreuung - ein repräsentatives Bild von den Interessenlagen unserer Mitglieder zu bekommen, unterstützen wir das Projekt gerne und möchten dich hiermit herzlich bitten, dir 10 bis 15 Minuten Zeit zu nehmen und den Fragebogen für die Studie auszufüllen.

Deinen individuellen Teilnahmelink findest du hier: (*individueller Teilnahmelink*)

Wir können Dir garantieren, dass alle Daten selbstverständlich anonym ausgewertet werden und keine Rückschlüsse auf dich als Person möglich sind. Es geht nur und ausschließlich darum, ein möglichst umfassendes Bild unserer Neumitglieder zu erhalten und wissenschaftlich auszuwerten.

Wir danken Dir schon jetzt herzlich für deine Teilnahme und verbleiben

Mit solidarischen Grüßen

Thomas Dudzak

im Namen der Landesgeschäftsstelle

1. Erinnerungsschreiben (nur Email)

Liebe/r (*Vorname des Befragten*),

vor etwa einer Woche haben wir dir eine Email inklusive Teilnahmelink zu unserer Mitgliederbefragung im Rahmen einer akademischen Studie gesendet. Solltest du bereits daran teilgenommen haben, möchten wir dir an dieser Stelle sehr herzlich dafür danken.

Falls du bisher noch nicht die Gelegenheit gefunden, oder du die Mail übersehen hast, möchten wir dir heute nochmals zur Erinnerung deinen Teilnahmelink senden:

(individueller Teilnahmelink)

Mit solidarischen Grüßen

Thomas Dudzak

im Namen der Landesgeschäftsstelle

2. Erinnerungsschreiben (nur Email)

Liebe GenossInnen,

Die aktuelle Mitgliederbefragung neigt sich dem Ende zu und wir wollen an dieser Stelle noch einmal für die große Teilnahmebereitschaft in den letzten Wochen danken. Für alle, die bisher noch nicht dazu gekommen sind besteht noch bis einschließlich Montag, den 08.08., die Möglichkeit, den Fragebogen online unter folgendem Link auszufüllen:

(individueller Teilnahmelink)

Die Auswertung erfolgt unmittelbar nach dem Ende der Befragung. Die Ergebnisse werden transparent zugänglich gemacht.

Mit solidarischen Grüßen

Thomas Dudzak

im Namen der Landesgeschäftsstelle

Anhang 2: Antworten der qualitativen Erhebung zu den Beitrittsimpulsen

Der nachfolgende SPSS Output beinhaltet alle Antworten auf die Frage „Wenn du dich an deinen Beitritt zur Partei zurückerinnerst: Gab es einen besonderen Anlass oder Auslöser, der dich zu diesem Schritt bewogen hat?“ Die Antworten sind inhaltlich vollständig und wurden lediglich hinsichtlich der Rechtschreibung leicht korrigiert.

Beitrittsimpuls

„... die Sozialistische Alternative (SAV) sowie die Antikapitalistische Linke (AKL)“

"Das Kapital"

„20 Jahre Arbeitslosigkeit!, Wut auf das derzeit herrschende System, Eigene Überzeugung, nicht länger untätig sein“

„Abendessen mit Gregor Gysi“

„Abschaffung der Studiengebühren in Hessen und damit die CDU einen Dämpfer verpasst.“

„Aktionen gegen Homophobie in Plauen (Podiumsdiskussion)“

„Aktive Hilfe im Bundestagswahlkampf 2013“

„aktuelle Stadtplanungspolitik der Stadt Dresden“

„Allgemeiner Rechtsruck weltweit“

„Als Christ bin ich mit der Politik der CDU unter Frau Merkel nicht einverstanden. .auch darum!“

„Als ich festgestellt habe, dass Bündnis 90 keine politische Heimat mehr ist.“

„Als Polizeibeamter loyal gg. dem Dienstherrn zu sein und trotzdem oft eine abweichende Meinung zu haben!“

„Anstellung im Landesverband“

„Arbeit in der Entwicklungshilfe, Mutter geworden“

„Asylpolitik“

„Aus Frust über das Ergebnis der vergangenen Bundestagswahl.“

„aus Sorge, dass sozialistische Positionen nicht mehr vertreten werden könnten“

„Bekanntwerdung der TTIP-Verhandlungen, Verschärfungen in der Debatte um Sicherheitspolitik, stagnierende Entwicklungen in der Gleichstellungspolitik“

„Berichterstattung bezüglich der Ukraine, und die fehlgeschlagene Rettungspolitik in Griechenland, Spanien, Portugal“

„Beschäftigung mit den Arbeiterbewegungen des 20Jhds. Die Linke als Fortführung dieses Prozesses gesehen, in welchem man teilnehmen sollte.“

„Beteiligung der BRD / Bundeswehr an Kriegseinsätzen“

„Bielefeld“

„Bundestagswahl“

„Bundestagswahl mit erdrückender Großer Koalition“

„CSU-Forderung, die Linke vom Verfassungsschutz zu beobachten“

- „Da ich im Jugendverband bin war es eine für mich logische Schlussfolgerung auch Parteimitglied zu werden“
- „Da ich mich selber seit langer Zeit Politisch engagiere in der Öffentlichkeit und auch seit mehreren Jahren im Internet bezüglich Facebook mit (der Seite Wurzeln gegen Nazis) und auch Privat als User ohne die Seite“
- „Das Entstehen von Pegida und den darauffolgenden linken Gegenprotest.“
- „Das Erstarren der AfD und die widersprüchliche Wahrnehmung der Linken in der Öffentlichkeit (sie kämpft für den kleinen Mann, aber wird von diesem beschimpft).“
- „Das Erstarren rechter Politik und rechtsextremer Gruppen in Europa.“
- „Das Handeln der etablierten Parteien, wie CDU/CSU und SPD sowie der Aufwind der AfD. Die immer ungerechte Umverteilung. Die steigende Armut und die Lobbypolitik für die Wirtschaft.“
- „Das ich zum damaligen Zeitpunkt schon jahrelang als geprüfter Schweißer gearbeitet habe und trotzdem noch ALG II aufstocken musste und ich von der SPD stark enttäuscht war“
- „Dass sie die einzige ernstzunehmende SOZIALISTISCHE Partei Deutschlands ist“
- „Das Thema Umwelt zu stärken“
- „Das Wiederaufkommen rechter Tendenzen und die traurigen Zustände in best. Branchen des Arbeitsmarktes“
- „Dauerfrustration über Merkelpolitik, gleichzeitig Begeisterung für Gregor Gysi Wirken. Ausschlaggebend war letztendlich der sehr nette und persönliche Kontakt zu den Genossen im Stadtverband/Kreisverband. Nach einem Jahr als aktiver Sympathisant bin ich dann eingetreten.“
- „Debatte um Begriff Unrechtsstaat im Zshg. mit der DDR - sozusagen als Protest gegen diese Rückwärtsgewandtheit“
- „Demonstration von Pegida sowie Legida“
- „Der Aufstieg linker Politiker/Bewegungen in anderen Ländern (Jeremy Corbyn, Bernie Sanders, Podemos usw.) und der Wunsch eine linke Bewegung in Deutschland zu unterstützen.“
- „Der gemeinsame Wahlkampf mit der Jugendgruppe 2014 in Glauchau“
- „der Rechtsruck in der Gesellschaft (PEGIDA, AfD)“
- „Der Rentenbeginn, der bewirkte, dass ich nicht mehr aus politischen Gründen finanziell erpressbar bin“
- „Der Scheiss- Braunkohleabbau in der Lausitz, gehört abgestoppt.“
- „der unverstellte Blick in mein direktes Lebensumfeld.“
- „Die Abstimmung zum Syrieneinsatz der Bundeswehr im Deutschen Bundestag“
- „Die allgemeine, politische Lage. Da gibt es keinen einzelnen Knackpunkt.“
- „Die Art und Weise der Freien Wähler bei der Vernachlässigung von Jungmitglieder.“
- „Die bekackte CDU hat mich zur Linken getrieben“
- „Die Berichterstattung über AfD und Pegida und meine Ohnmacht und Hilflosigkeit“
- „Die Bundesregierung hat beschlossen mich umzubringen“
- „Die CDU/CSU, SPD, FDP helfen nur sich selbst und so haben unsere Gesundheit geschädigt !!!“
- „Die derzeitige Krise des kapitalistischen Systems.“
- „Die derzeitige politische Lage , wie Rente , oder Erstarren der rechten Parteien hatte mich im Mai 16 dazu ermutigt.“
- „die drohende absolute Mehrheit für die CDU bei der Bundestagswahl 2013“

- „Die EU-Finanzkrisenpolitik, besonders gegenüber Irland/Griechenland.“
- „die fehlende staatliche Unterstützung für meine berufliche Neuorientierung bzw. Fachschulausbildung“
- die Flüchtlings-"Krise"
- „Die klare Haltung gegen Faschisten und Kriegen, Sozial und Bildungspolitik, die Förderung der Jugendarbeit und der Kultur“
- „Die PEGIDA Bewegung in Dresden, in bin der Hochzeit von Pegida in DIE LINKE eingetreten, um mein persönliches Statement gegen Pegida zu bekunden.“
- „Die Politik Merkel Gabriel ist für mich absolut unerträglich!“
- „Die politische Situation ist nicht einfach. Ich möchte nicht nur Meckern, ich möchte mit euch daran arbeiten, dass alles besser wird für Deutschland und die Bürger.“
- „Die politische Situation und der zufällige Wahlkampfstand der LINKEN“
- „Die politische Teilhabe, beschränkt auf Wahlbeteiligung, war mir zu wenig. Ich wollte mich intensiv einbringen.“
- „Die Sendung "Markus Lanz" mit Sahra Wagenknecht“
- „die starken Ergebnisse der AfD bei den Landtagswahlen und Wähler*innenverlust für die Linke“
- „Die Unzufriedenheit mit dem gesamten System welches insbesondere in Deutschland nur noch darauf beruht die Bevölkerung in Leiharbeit und Niedriglohnarbeit zu zwingen. Und weil die linke die einzige Kraft ist welche tatsächlich gegen Rassismus und Faschismus wie dem der AfD entgegen tritt“
- „die wachsende soziale Ungerechtigkeit in Deutschland“
- „Die Wahl“
- „Die Wahl Bodo Ramelow's zum Ministerpräsidenten Thüringens“
- „Die Wahl Ramelows zum 1. linken Ministerpräsidenten der BRD“
- „Die Wahlergebnisse zu den Landtagswahlen 2016. Und den Erfolg der afd“
- „Die Werbung der Linken in Dresden "entscheide dich", denn genauso ist es.“
- „Die Zukunft mit zu gestalten“
- „Durch das Politikstudium und großes Interesse an linker politischer Theorie entstand meine Überzeugung und letztlich auch der Entschluss zum Parteibeitritt“
- „Durch die grosse Unterstützung der Linken bei unserem Arbeitskampf bei Amazon.“
- „Ein Gespräch mit einem Freund, der darin meinte, dass es nichts Armseligeres gäbe, als tatenlose Intellektuelle :)“
- „Ein längerer Aufenthalt in Portugal.“
- „Ein langjähriger Freund von mir war der FDP beigetreten. Ich wollte nicht hinnehmen, dass er auf die Politik einen größeren Einfluss hat als ich, da ich ihn für politisch wenig kompetent halte.“
- „Ein wesentlicher Faktor ist die Gesundheitspolitik und die "Flüchtlingskrise"“
- „Eine Rede von Gregor Gysi“
- „eine Rede von Gregor Gysi im Bundestag“
- „Einer Partei beizutreten ist ungefähr das unsexyste was mensch so als Jugendlicher machen kann. Jedoch muss darum gehen alle Knotenpunkte der Macht dahin gehend umzuwerfen das der Mensch nicht mehr ein niederes und geknechtet Wesen zu sein hat. Deswegen muss man halt auch in/mit solchen Aparten(Parteien) Gegenhegemonie entwickeln.“
- „einseitige Haltung der anderen Parteien in der Schuldenkrise Griechenlands“

- „Erhalt des Weltfriedens und den Kampf gegen die Dummheit der Menschen. Ursachenbekämpfung gegen Verdummung“
- „Erinnerungen meiner Mitgliedschaft in der SED, folgend PDS; 23% Linkswähler zu der letzten Kommunalwahl in unserem Ort“
- „es war der richtige Zeitpunkt“
- „Es war einfach an der Zeit.“
- „Ewiger Streit im Stadtverband zum Parteitag der Stadtpartei“
- „Fehlende linke Umweltpolitik.“
- „Finanzkrise und deren nicht erfolgten Konsequenzen“
- „Finanzkrise, Krise der EU...“
- „Flüchtlingsstrom / Anfänge von Legida“
- „Frau Merkel meinte als Reaktion auf die anhaltenden Proteste gegen Ceta und TTIP, dass man jetzt mehr Gas geben müsste und endlich zum Abschluss der Abkommen kommen müsste. Das war dann der Sprichwörtlich letzte Tropfen der das Fass zum Überlaufen brachte.“
- „Friedenspolitik, Einsatz für Geflüchtete in Chemnitz, AfD-Erfolg“
- „FSJ Stelle“
- „Für die nächste Generation einstehen.“
- „Für die Stärkung der Partei DIE LINKE, Die Zusammenkünfte der Parteigenossen, Die Diskussionen "für soziale Verbesserung" und die Kollegialität“
- „Genauerer Kennenlernen des Bundestag -und Landtagsabgeordneten“
- „Generationswechsel innerhalb des Ortsverbands und besser Möglichkeiten für politische Bildung/ Selbstfindung“
- „gesellschaftliche Entwicklung insgesamt und Erkenntnis über den Wert "Gerechtigkeit"“
- „gesellschaftliche Verhältnisse“
- „Gregor Gysi“
- „Griechenland aka Bankenrettung“
- „Großer Einfluss von MdB Jörn Wunderlich“
- „Gysis Rücktritt“
- „<https://www.neues-deutschland.de/artikel/998906.ex-piraten-hissen-die-rote-fahne.html>“
- „Ich bin ein überzeugter Genosse, kein Wendehals u. werde immer Genosse bleiben“
- „Ich bin gerne in der Politik und mache es gerne für die armen Menschen, weil sie mir leid tun. Ich habe einen Beruf als Wirtschaftsgehilfin und als Hilfschwester im Krankenhaus gearbeitet.“
- „ich bin Mitglied des SDS und wollte über Hochschulpolitik hinausgehen. Konkreter Anlass war mein Interesse an der Stadtteilpolitik, in dem Stadtteil, in dem ich lebe.“
- „Ich bin überzeugter Christ, zugleich auch Sozialist. Ich war einfach mit der Politik der CDU/CSU total unzufrieden. Und deren Widersprüche mit ihrem Glauben und der gelebten Politik haben mich verrückt gemacht. Die Linke bietet mir die möglich diese Fehler zu hinterfragen und eine andere, bessere Lösung zu finden.“
- „Ich habe ein Praktikum in Eilenburg gemacht - beim LinksPunkt“
- „Ich habe einen guten Freund mit denselben Ansichten und wir haben uns gemeinsam zu dem Schritt entschlossen.“

- „ich habe überlegt, für den Jugendverband das Amt des jupos wahrzunehmen“
- „Ich hatte damals gerade 'Das Kapital' gelesen.“
- „Ich stand zur Wahl in einen Gemeinderat und wenn ich etwas mache, dann richtig.“
- „Ich war zu DDR-Zeiten Genossin u. hatte auch Funktionen, die jetzige Weltpolitik macht es erforderlich mich wieder zu den Linken zu bekennen, ich möchte wieder dazugehören“
- „Ich will echte linke Politik gestalten.“
- „Ich wollte endlich Politik selber machen. Habe mich erkundigt. Bin bei den Linken gelandet (,bin aber durch Familie, Freunde und Schule vorbelastet) und habe mich gleich zur Kommunalwahl 2014 aufstellen lassen für das Mandat des Stadtrates (hätte sonst wahrscheinlich noch etwas gewartet). Habe knapp das Ziel verfehlt. Wurde dafür Sachkundiger EW des Stadtentwicklungsausschuß.“
- „Ich wollte mich engagieren und nicht mehr nur im Internet meckern.“
- „Ich wollte mich politisch engagieren und gleichgesinnte Leute treffen und mich mit ihnen austauschen.“
- „Ich wollte mit Menschen zusammen sein, die in etwa politisch mit mir übereinstimmen.“
- „Ich wollte offen meine politische Zugehörigkeit zeigen!“
- „Ich wurde von einen Vorstandsmitglied über Facebook angesprochen, ob ich nicht Lust hätte mal im Parteibüro vorbeizuschauen.“
- „ihr habt mich einfach überzeugt...“
- „Im Rahmen meiner Tätigkeit als Stadträtin und Kreisrätin gab und gibt es Genossen/Genossen, die mich persönlich sehr beeindruckten.“
- „in einer Verbindung zu Menschen zu stehen, mit gleichen Idealen und Ideen“
- „Irgendwann kam die Selbsterkenntnis, dass der sozialistische Weg der richtige ist, weil sich anders die großen Fragen der Zukunft nicht lösen lassen“
- „Ja“
- „Ja wegen das soziale in der Partei, was ich auch im Stadtrat versuche durchzusetzen. Habe mich eingesetzt für einen sozialen Laden, der auch eröffnet wurde für die sozial Benacht. und Flüchtlinge. Aber von uns wollen die Bürger viel, viel mehr sehen u. hören.“
- „Ja, meine Kinder wollten, dass ich Parteiengreifend werde und wir kamen auf die Linke!“
- „Ja: die Schweinereien die im JobCenter Rochlitz abgingen und die Rolle der Stadträte in RL; Idioten!“
- „Ja. Kampf von Katrin Kagelmann und Sabine Kunze gegen eine schwarze Übermacht, zum Erhalt meiner Heimat im regionalen Planungsverband“
- „Jetzt denke ich, ich war zu voreilig...“
- „Katja Kipping - Aussagen zum Neoimperialismus + Antiimperialismus“
- „kein besonderer Anlass, Eintritt war gut durchdachte Entscheidung“
- „Kommunalwahl (Stadtrat) Glauchau“
- „Kommunalwahlen 2014“
- „Kommunalwahlen 2014; Ich strebte ein Platz im Stadtrat an.“
- „Landtagswahl Sachsen-Anhalt 2016 Wahlergebnis der AFD“
- „lange mit dem Gedanken gespielt, Flyer "Trau' Dich!" im Briefkasten gab den letzten Anstoß zum Eintritt :)“
- „Legida Demonstrationen, Migrationsarbeit der Stadt, Veranstaltung mit Gregor Gysi“

- „Linke ist die einzige nichtneoliberale Partei. Das sollte unterstützt werden“
- „Man kann nur über Dinge reden, die man selber mal gemacht hat.“
- „Mandatsträgerschaft“
- „Mehr oder weniger die immer rechteren Tendenzen in der Gesellschaft und eine Ambition, dem entgegen zu wirken,“
- „Mein bester Freund hat mich im Urlaub sprichwörtlich zugekäst ;)“
- „Mein bester Freund ist ebenfalls Mitglied.“
- „Mein Studium der Wirtschaftswissenschaften mit Schwerpunkt VWL - Inhalte des Studiums stimmten mit Zielen des Bundeswahlprogramms überein.“
- „Meine Arbeit als Freiwillige in der Flüchtlingshilfe“
- „Meine Einstellung war schon immer links, aufgrund meiner Familiengeschichte. Auslöser war letztendlich die Entwicklung in unserer Stadt und auch im Land.“
- „Meine Lebensgeschichte“
- „Meine politische Bildung und Erziehung“
- „Mindestlohnpolitik u. soziale Gerechtigkeit, Wahlprogramme“
- „nein“
- „Nein“
- „Nein,“
- „nein, dadurch, dass ich lange Zeit in der linksjugend aktiv war, habe ich schon seit längerem mit der Partei im großen und ganzen sympathisiert und mich irgendwann zur Mitgliedschaft entschieden“
- „nur Anlass: Wahl B. Ramelow als MP, r2g in TH, aber das bestimmt nicht als Ursache, bitte Fragestellung überarbeiten“
- „Oskar Lafontaine hatte gerade wieder was besonders Krudes gesagt und ich dachte, man sollte alten Männern wie ihm mal was entgegensetzen.“
- „Oskar Lafontaine, ist mein Vorbild, er steht zu den Arbeitern und weiß genau was vor sich geht,“
- „PEGIDA“
- „Pegida und Afd“
- „Personalnotstand und gefährliche Pflege im deutschen Gesundheitswesen“
- „Praktikum bei der RLS“
- „Praktikum bei einer Abgeordneten“
- „Rechtslage zum Datenschutz im Internet, TTIP/Ceta“
- „Rede von Gregor Gysi, Gespräche mit Genossen“
- „Refugee Protest March 2012“
- „Rücktritt einer Person“
- „Rückzug nach Sachsen nach 7 Jahren und der Schock über das gesellschaftliche Klima, dass ich dort vorfand“
- „Schlechte Altersstruktur im Stadtrat und somit keine Vertretung der Jugend im Ort“
- „Schlechtes Abschneiden der Linken bei der letzten Wahl“
- „sehr schwach Opposition (GroKo)“

- „Soziale Ungerechtigkeit, Hartz-IV, Ungleichgewicht zwischen Arm und Reich, Ausbeutung des Arbeitnehmers, viel zu geringe Löhne trotz Mindestlohn, Altersarmut“
- „soziale Ungerechtigkeiten und Verkrustungen im politischen Establishment“
- „SPD Haltung zu Grexit und TTIP“
- „Stadtratswahlen in Leipzig/ Merkels Debatte zur Wahl“
- „steigende Menge an rechtsdenkenden Menschen in meiner Umgebung“
- „steigende soziale Ungerechtigkeit“
- „Steigender Rechtspopulismus, Einsatz für Pflegepersonal“
- „Studienzeit und Teilnahme SDS Leipzig“
- „Übernahme eines Mandates als Parteiloser“
- „Ukraine Krise und die Unfähigkeit der führenden Parteien in der Flüchtlingsfrage“
- „Umzug nach Dresden“
- „Ungerechtigkeiten, zu große soziale Unterschiede, die immer größer werden, Geldmacht und Geldgier“
- „Unpolitisierte Mitschüler*innen“
- „unsoziale Gleichgewicht“
- „Unsoziales Verhalten der SPD.“
- „Unterstützung, die ich und andere wiederholt erhalten haben.“
- „Unzufriedenheit mit der Europa- und Bundespolitik der SPD“
- „Veränderung der heiklen Lage zu Beginn des Jahres 2016“
- „von 1999-2011 Stadtrat für PDS-Linkspartei, hierbei Einflussnahme: Nach Ausscheiden Interesse an Informationen u. Mitsprache“
- „Wachsende Ungerechtigkeit zwischen Arm und Reich, Waffenhandel z.B. Saudi Arabien“
- „Wahl Bodo Ramelow zum Ministerpräsidenten in Thüringen“
- „Wahlergebnisse der AFD bei den Landtagswahlen 2016“
- „Wahlergebnisse der AfD in Sachsen-Anhalt anlässlich Landtagswahl 2016“
- „War seit 1949 aktiv politisch tätig (SED,PDS,Linkspartei). Hatte sogar Jahrzehnte lang Funktionen zuletzt Vors. Stadtverband der Linkspartei. Lahmarschigkeit der höheren Funktionäre (Kreisvorstand, Landesvorstand) veranlassten mich, 2013 aus der Partei auszutreten. Genossen wollten auf meine Mitarbeit nicht verzichten, deßhalb wieder eingetreten.“
- „Wegen den "aufstieg" der AFD war ich sehr besorgt! Ich wollte mir das nicht einfach so ansehen, sondern ich wollte etwas dagegen tun. Das war der Auslöser. Daraufhin habe ich mich für die Partei Die Linke entschieden weil diese Partei die Werte vertritt die ich auch gerne Leben würde.“
- „Wegen der Gewerkschaft und den Sozialverbänden, ist es die Partei die Linke welche hauptsächlich durch ihren parlamentarischen Einfluss die effektivste soziale Kraft in Deutschland ist.“
- „Wegen der zunehmenden Dekadenz in dem kapitalistischen System“
- „Weil Die linke die einzigste Partei ist, die sich für moderne Wirtschaftspolitik interessiert und Cool ist!“
- „Wirtschaftskrise 2008, US-Außenpolitik --> Neoliberalismus als die "neue Gefahr" für uns alle“
- „Wollte mich links engagieren, aber nicht in anarchistischen oder zu radikalen Kreisen.“

▪ „Zunehmender Einfluss der Rechtspopulisten und damit zusammenhängender Antisemitismus, als auch Intoleranz bzgl sexueller Orientierung und Diskriminierung des anderen Geschlechts und wesentlicher Gefährdung des inneren Frieden Europas.“

„Zunehmender Rassismus, Dauerkrise des Kapitalismus etc.“
